

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Belegungs-  
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.  
 Unter Kreuzband für Preussland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonelle  
 oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt I, Nr. 1608.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 15. März 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Zentrum und Polenbewegung in Oberschlesien.

Aus dem ober-schlesischen Industriebezirk wird uns geschrieben:  
 Die ober-schlesische Polenbewegung ist im Unterschiede von der  
 Polenbewegung in den Provinzen Polen und Westpreußen jüngerer  
 Datums. Oberschlesien hat eine total andere historische Stellung  
 als jene beiden Provinzen, indem es bei den Teilungen Polens  
 nicht in Betracht kam. So lange der Unterricht in den ober-  
 schlesischen Volksschulen polnisch war, brauchten sich die Oberschlesier  
 auch nicht über Germanisation zu beklagen.

Mit der behördlichen Germanisation begann erst die Polen-  
 bewegung in Oberschlesien. Vor dreißig Jahren wurde der heute  
 zu einem schon einflussreichen Blatt gewordene „Katolik“ gegründet.  
 Die Träger und Leiter der Bewegung waren Lehrer und Geistliche,  
 besonders die letzteren, und unter ihnen besonders die jüngeren  
 Elemente, die Kapläne, die eigentümlicherweise in der ober-  
 schlesischen Bevölkerung oft mehr Einfluss haben als die Pfarrer.  
 Politisch bildete die junge Bewegung ein bloßes Anhängel des  
 Zentrums, das bis in die letzten Jahre über Oberschlesien absolut  
 herrschte.

Mit der Zeit ist aber die Bewegung so erstarbt, daß sie einen  
 nicht unwichtigen Faktor im politischen Leben Oberschlesiens zu  
 spielen verliert. In erster Linie verdankt sie das den  
 Behörden, die durch ihr Vorgehen nach echt preussischer Art nur  
 allzu oft die ober-schlesischen Polen reizten. Die massenhaften,  
 ursprünglich rein religiösen Vereine in der polnischen Bevölkerung  
 wurden nach und nach immer mehr Herde der polnischen Agitation;  
 die Geistlichen gaben darin den Ton an.

Zu zweiter Linie hat die polnische Bewegung ihre mächtige  
 Förderung der Politik des Zentrums und des Breslauer  
 Fürstbischofs, des Kardinals Georg Kopp, zu verdanken. Dem  
 offiziellen Zentrum lag viel daran, nicht in den Verdacht zu  
 geraten, als ob es die Bestrebungen der Polen unterstütze, die  
 übrigens auch nach und nach über ihr Ziel hinauszuschießen be-  
 gannen, indem sie sich nicht mehr bloß gegen die Germanisation  
 wehrten, sondern sich mit dem Gedanken der Wiederherstellung  
 Polens ernsthaft beschäftigten. Die Wünsche der Polen, daß das  
 Zentrum gelegentlich auch einmal einen polnischen Kandidaten für  
 die Reichs- oder Landtagswahl aufstelle, wurden vom Zentrum  
 zu sehr von oben herab behandelt. Die Folge waren weitausläufige  
 Kandidatenstreitigkeiten, wie wir sie in den Wahlkreisen  
 Rensselt, Nies-Bybank und im Industriebezirk erlebt  
 haben und in Zukunft sicher wieder erleben werden. Ferner  
 betrieb die Zentrumspresse den Kampf gegen die Germanisation  
 nur sehr lau und brachte sogar gelegentlich Artikel gegen die ober-  
 schlesischen „Hebretskulteure“. Das hatte natürlich nur die Wirkung,  
 daß die Polen immer mehr versuchten, selbständig und unabhängig  
 vom Zentrum aufzutreten.

Die Politik des Breslauer Bischofs förderte diese Pläne ganz  
 ungemein dadurch, daß sie, was sie natürlich nicht beabsichtigte,  
 die ganze polnische Bewegung zu einer immer mehr rein weltlichen machte.  
 Den Geistlichen wurde zunächst verboten, sich am politischen Leben  
 aktiv zu beteiligen, vor allem sich für die Polenbewegung zu interessieren.  
 Dann gedachte Bischof Kopp durch einen Erlass die halb religiösen,  
 halb politischen Vereine, insbesondere die Aloysiusvereine, die an  
 jedem größeren Orte vertreten sind und untereinander gute Ver-  
 bindungen haben, wieder vollständig unter die Bevormundung der  
 Kirche zu bringen. Kopp erwartete wahrscheinlich, daß die Ober-  
 schlesier noch die Alten seien und seinen Worten eilig gehorchen würden.  
 Doch geschah das Unerwartete: ein Aloysiusverein nach dem andern  
 erklärte sich mit der vom Bischof gewünschten Verwandelung des Ver-  
 eins nicht einverstanden, setzte die geistlichen Vorstenden, die bei  
 der Verwirklichung des Vereins nicht mitthun wollten, an die Lust  
 und betrieb seine Geschäfte allein, zunächst natürlich noch in der alten  
 Weise, halb religiös, halb politisch, aber doch mit immer ent-  
 schiedenerer Abgrenzung des Politischen. Der Prozeß der Verwirklichung  
 der polnischen Vereine ist noch längst nicht abgeschlossen, wird aber  
 sicher zur Stärkung und Selbständigmachung der polnischen Be-  
 wegung führen.

So bildete sich der Gegensatz zwischen der herrschenden Zentrum-  
 partei und der polnischen Bewegung immer schärfer heraus. Wenn es  
 auch noch nicht zu einem offenen Bruche kam, und das Zentrum  
 sich immer bemühte, die gänzliche Loslösung der Polen durch einig-  
 entgegenkommen zu verhindern, so war der Friede zwischen beiden  
 doch nur ein fauler.

Zu dem es aber neuerdings dennoch — auch die Nähe der  
 Wahlzeit konnte es nicht hindern — zu einer Explosion jenes auf-  
 gesammelten Zündstoffes. Es ist zwar angeht die Wachtmittel  
 des ober-schlesischen Zentrums, seiner Geschlossenheit im politischen  
 Schachern und angesichts der Unentschlossenheit der Polenfürher  
 nicht unmöglich, daß doch wieder Waffenstillstand oder Frieden ge-  
 schlossen wird; vorläufig aber laßt wider Kampf zwischen dem  
 offiziellen Zentrum und der „Katolik“-Partei. Auf jener Seite steht  
 ein großer Teil des Klerus, die „Verkoppten“, auf dieser heimlich  
 der kleinere Teil des Klerus. Heute aus der alten Kopp feindlichen  
 Schule ober-schlesischer Geistlichkeit und öffentlich die Majorität des  
 Volkes, soweit es sich überhaupt mit politischen Dingen zu befaßen  
 begonnen hat.

Ein verhältnismäßig recht unbedeutendes Ereignis führte den  
 Ausbruch der Explosion herbei. Der ober-schlesische Pfarrer und  
 Landtagsabgeordnete für Pleß, Wolczyk, starb. Der „Katolik“  
 feierte ihn als Volksheld, den sich die übrigen Geistlichen, ins-  
 besondere die jüngeren, zum Muster nehmen sollten. Leider würden  
 Männer wie Wolczyk immer seltener; das Volk sollte Gott  
 um Geistliche bitten, die sich wieder mehr der Sache des  
 Volkes (sollte heißen: der national-polnischen Bestrebungen)  
 annähmen. Ein „deutscher“ Geistlicher, der geistliche Rath  
 Schirmer in Weiden, war so unglücklich, in den katolischen  
 Dampfblättern die im „Katolik“ verstreut vorgebrachten Vorwürfe  
 gegen den jetzigen Klerus scharf zurückweisen zu wollen. Er sollte  
 sich dadurch vom „Katolik“ eine Abfuhr und es kam zu heftigen  
 Auseinandersetzungen zwischen beiden Richtungen, die schließ-  
 lich eine große Versammlung ober-schlesischer Geistlicher  
 einberufen. Diese Versammlung sollte die Nicht-  
 anwesenenden schriftlich zur Unterschrift aufgefordert werden.  
 Verweigerung dieser Unterschrift gelte als Beweis der  
 Begünstigung der „Katolik“-Partei. Denn die Erklärung „steht fest“,

daß der „Katolik“ bestrebt sei, Mißtrauen zwischen Volk und Geis-  
 tlichkeit zu säen, das gute Verhältnis beider zu einander zu stören.  
 Die Geistlichkeit verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß sie das Volk  
 zu germanisieren und seine ererbten Sitten zu ändern trachte; sie  
 weist die „Anmaßung“ des „Katolik“ zurück, der sich „erdreiste“  
 habe, sich in innere kirchliche Angelegenheiten zu mischen und  
 kirchlich-liturgische Vorschriften zu kritisieren gewagt habe,  
 der sogar das Volk ermuntere, sich über seine Geistlichen,  
 mit denen es nicht zufrieden sei, beim Bischof zu beschweren. Sie  
 klagen den „Katolik“ an, daß er durch die Verheerung des Volkes gegen  
 den Klerus das Wachstum der Sozialdemokratie  
 fördere. Sie verweisen auf die durch sie erfolgte Gründung der  
 „Gazeta Katolicka“ als einen Beweis dafür, daß sie polnische Sitte  
 und Sprache schätzen.

Das Hauptinteresse an dieser Erklärung hat für uns der der  
 „Katolik“-Partei gemachte Vorwurf, daß sie „langsam aber sicher“  
 das Wachstum der Sozialdemokratie fördere. Wörtlich ver-  
 standen ist dieser Satz natürlich falsch und der in ihm enthaltene  
 Vorwurf gegen den „Katolik“ ungerechtfertigt. Und doch enthält  
 er etwas Wahres. Die Entstehung der „Katolik“-Partei ist das vor-  
 läufige Resultat des auch in Oberschlesien zu konstatierenden Er-  
 wachens des Volkes. Sie umfaßt gerade den intelligenten Teil  
 des Proletariats und der Bauernkreise, die sich endlich gegen die  
 uralte klerikale Tyrannei auflehnen. Auf die Dauer können aber  
 namentlich beim Proletariat die einseitig nationalen Bestrebungen  
 nicht verfangen, selbst die radikalsten Formen der Polemisation  
 fesseln es nicht mehr; ohne daß es bei anderen bürgerlichen Parteien  
 Zwischenstellungen macht, kommt es von der ihm gerade inhaltlosen  
 und reaktionären Polenbewegung herüber zur gebaltvollen und das  
 Wohl der arbeitenden Klassen vertretenden sozialdemokratischen  
 Bewegung. Dieses Ueberlaufen des intelligenten Theiles des an der  
 Polenbewegung beteiligten Proletariats zur Sozialdemokratie  
 schreitet mit der Ausbreitung jener immer weiter fort, und in diesem  
 Sinne befördert allerdings die „Katolik“-Partei das Wachstum der  
 Sozialdemokratie. Es ist, wenn sich die Polenbewegung vollständig  
 auf eigene Füße stellt, sicher, daß die Sozialdemokratie Oberschlesiens  
 nicht mit dem offiziellen Zentrum, sondern mit seinem abtrünnigen  
 Kinde, der Polenbewegung, den Entscheidungskampfen wird.

Die Herkunft eines Theiles der ober-schlesischen Sozialdemokratie  
 offenbart sich nebenbei auch darin, daß dieser Theil seine zugehörigen  
 nationalen Bestrebungen auch in der Sozialdemokratie weiter zu  
 pflegen bemüht ist, was gelegentlich zu inneren Zwistigkeiten  
 und Rückschlägen in die polnische Bewegung Anlaß giebt.  
 Zum Theil erklärt diese Thatsache die häßlichen Zwistigkeiten  
 unserer eigenen Parteigenossen in Oberschlesien.

Die angeführte Erklärung eines Theiles der ober-schlesischen  
 Geistlichen gegen den „Katolik“ hat natürlich nur Del ins Feuer ge-  
 gossen. Eine große Anzahl Geistlicher schied seine von ihm ver-  
 langte schriftliche Zustimmung zur Erklärung nicht ein, auf die  
 Gefahr hin, für Parteigänger des „Katolik“ gehalten zu werden.  
 Selbst deutschgesinnte Pfarrer verweigerten die Unterschrift, weil sie  
 mit der Art Schirmer's und seiner Freunde, gegen den „Katolik“  
 einzuschreiten, nicht einverstanden sind. Dem „Katolik“ aber machte  
 es geringe Mühe, die Erklärung der Gegner zu zerplücken. In seiner  
 Gegenerklärung weist er auch deutlich genug nach Breslau als den  
 Ursprungsort des Aufstretens jener Geistlichen gegen ihn. Kardinal  
 Kopp in Breslau gilt nämlich mit recht als der gewaltigste Gegner  
 der ober-schlesischen Polenbewegung. Inzwischen haben auch andere  
 Blätter Oberschlesiens die Sache aufgegriffen, und der alte, so lange  
 verheimlichte Streit zwischen Deutschen und Polen ist hiezig ent-  
 brannt.

Die politische Bedeutung dieses Streites ist ohne Zweifel für  
 Oberschlesien sehr groß oder wird wenigstens sehr groß werden.  
 Was augenblicklich aus ihm resultieren wird, ist ungewiß; die Nähe  
 der Wahlen beeinflusst die Entwicklung der Angelegenheit zu sehr.  
 Der „Katolik“-Partei mangelt noch das Selbstvertrauen, das sie be-  
 stehen muß, wenn sie selbständig neben dem Zentrum und gegen es  
 auftreten will. Es ist deshalb wohl das Wahrscheinlichere, daß sich  
 die beiden feindlichen Brüder noch einmal die Hände reichen, daß sich  
 die Polen gegen einige Reichstagsmandate noch einmal als brave  
 Unterthanen des verkoppten Zentrums betragen. Damit wäre freilich  
 die Entscheidung weit hinaus geschoben, aber nicht aufgehoben. Das  
 Zentrum, auch das schlesische, muß mehr und mehr Regierungspartei  
 werden, während die ober-schlesischen Polen immer mehr in die  
 Opposition gedrängt werden.

Wir Sozialdemokraten sind bei der ganzen Angelegenheit die  
 tertii gaudentes, mag ihre vorläufige Entwicklung sein wie sie  
 will. Schließen Polen und Deutsche wieder einen faulen Frieden,  
 so nageln wir die Polen auf ihre Grobmäuligkeit und demokratischen  
 Phrasen fest und haben eine Masse Unzufriedener als Ueberläufer  
 zu erwarten. Trennen sich die beiden aber schon jetzt, dann desto  
 besser; wir haben es dann mit zwei schwächeren, statt mit einem  
 starken Gegner zu thun, mit Gegnern, die sich noch dazu selbst be-  
 kämpfen; die Fortschrittler aber, die dann allerdings zunächst die  
 „Katolik“-Partei machen würde, kämen am Ende uns zu gute, wie  
 wir oben gezeigt haben. Die „Vorsicht“ der Sozialdemokratie ist  
 in Oberschlesien die national-polnische Bewegung.

### 1848.

### Erinnerungstage der Revolution.

15. März.

In Berlin hatte das brutale Vorgehen des Militärs in der  
 Brüderstraße viel böses Blut in der Bürgerschaft gemacht. Die  
 Soldaten hatten an den Ausläufen gang unbetheiligte Bürger, die  
 von der entgegengesetzten Seite der Straße kamen, mit den Säbeln  
 zusammengeworfen, sodas selbst der Stadtkommandant v. Ditsurth  
 und der Minister des Innern v. Bodelschwingh strenge Unter-  
 suchung der Vorfälle und Bestrafung der Schuldigen zu-  
 sagten. Schon vom frühen Morgen an strömten zahlreiche  
 Menschenmassen nach dem Schauplatz der militärischen Ver-  
 theten, wo das mit Blut besudelte Pflaster von dem Ge-  
 mebel des vorhergehenden Tages zeigte. Die von der  
 Bürgerschaft gewählte Deputation begab sich auch in die gerade  
 tagende Stadtverordneten-Versammlung und forderte Zurück-

ziehung des Militärs, so lange nicht das Volk wirklich  
 Personen oder Eigenthum angegriffen habe, und ferner Organisirung  
 einer Bürgerkommission zur Aufrechterhaltung  
 der Ordnung und Beschwichtigung des Volkes. Die Stadt-  
 verordneten-Versammlung trat darüber sofort in Verhandlung und nach  
 einigen Stunden beschied der Vorsteher die Deputation: die Stadt-  
 verordneten-Versammlung habe sofort Mitglieder an den Gouverneur,  
 an den Oberbürgermeister und den Polizeipräsidenten abgeordnet,  
 um dort im Sinne der von den Bürgern gestellten Forderungen  
 thätig zu sein. Die angegangenen Behörden, auch die Minister,  
 gaben sämmtlich sehr beruhigende Zusicherungen und sprachen sich  
 namentlich auch für Einführung der gewünschten Bürgerwache aus.  
 Man glaubte nun, daß das Militär nicht mehr, die Massen propa-  
 gierend, die Straßen und Plätze durchziehen werde; als jedoch der Abend  
 kam, wurden wieder Truppen-Abtheilungen aus dem Schlossportal vor-  
 geschoben, und damit war der Konflikt aufs neue geschaffen. Wieder bildeten  
 sich große Menschenmassen, auf die plötzlich, nachdem einige  
 Trompetensignale gegeben waren, Infanterie und Kavallerie los-  
 stürzte. Das Volk wurde in die Breitestraße, Brüderstraße und  
 Neumannsgasse gedrängt. An der Ecke der Breitenstraße und Neumanns-  
 gasse beginnt man eine Barrikade zu bauen. Das Volk wird jedoch  
 weiter zurückgedrängt. Einige Kompagnien dringen in die schmalen  
 Gassen ein, die zur Spree führen und sehen die Verfolgung  
 bis zur Gertrauden-, Jungfern- und Grünstraßen-Brücke fort.  
 Die Brücken werden vom Volke aufgesogen, worauf die Soldaten  
 über den Fluß hinüber schießen, eine Reihe von Menschen tödten  
 und viele verwunden. Auch auf dem Pflaster der Neumannsgasse  
 und der Spreegasse lagen Tode. — Die „Vossische Ztg.“ berichtete  
 über die Vorgänge, daß man den Prinzen von Preußen (den späteren  
 Kaiser Wilhelm I.) mit seinem Stabe persönlich leitend und an-  
 ordnend gegen 8 Uhr abends auf den Straßen gesehen habe, was  
 jedoch später offiziell bestritten wurde. — Mittlerweile waren auch  
 die Nachrichten von dem Siege der Revolution in Wien nach Berlin  
 gedrungen und erhöhten die Aufregung der in Bewegung gerathenen  
 Volksmassen. Nachts wurde es wieder ruhig auf den Straßen.

In Wien hatten am 14. März die Fürsprecher eines gewalt-  
 thätigen Vorgehens am Hofe die Vorhand gewonnen. Fürst Windisch-  
 grätz wurde beauftragt, „Ruhe und Ordnung wieder herzustellen“.  
 Aber schon am 15. besann man sich eines anderen. Vom Jubel des  
 Volkes unringt, erschien der Kaiser in einem offenen, im Schritt  
 fahrenden Wagen auf den Straßen. Die Fahrt glich einem wahren  
 Triumphzug. Der Kaiser weinte, als er sah, wie sich die  
 jubelnden Massen um seinen Wagen drängten, ihm die Hände  
 entgegenstreckten und die Pferde auszuspannen versuchten. „Einem  
 so guten Volke dürfe man die verlangte Konstitution nicht vor-  
 enthalten“, äußerte er. Nachmittags erschien das folgende  
 Manifest:

„Die Pressefreiheit ist durch unsere Erklärung der Aufhebung  
 der Zensur in derselben Weise gewährt, wie in allen Staaten, wo  
 sie besteht. — Eine Nationalgarde, errichtet auf den Grundtagen  
 des Heiligs und der Intelligenz, leistet bereits die erspriechlichsten  
 Dienste. — Wegen Einberufung von Abgeordneten aller Pro-  
 vinzialstände und der Zentral-Kongregationen des lombardisch-  
 venetianischen Königreiches in der möglichst kürzesten Frist mit  
 verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung  
 der bestehenden Provinzialverfassungen zum Behufe der von uns  
 beschlossenen Konstitution des Vaterlandes ist das nächste Verfügt. —  
 So auch erwarten wir mit Zuversicht, daß die Gemüther sich be-  
 ruhigen, die Studien wieder ihren geregelten Fortgang nehmen,  
 die Gewerbe und der friedliche Verkehr sich wieder beleben werden.  
 — Dieser Hoffnung vertrauen wir um so mehr, als wir uns  
 heute in Eurer Mitte mit Rührung überzeugt haben, daß die  
 Treue und Anhänglichkeit, die Ihr seit Jahrhunderten unseren  
 Vorfahren ununterbrochen und auch uns bei jeder Gelegenheit be-  
 wiesen habt, Euch noch jetzt wie von jeher beseelt.“  
 Wien, 15. März 1848.

Ein Jubelsturm erhob sich. In die Hofburg ergoß sich ein  
 Strom von Dankadressen und Dankdeputationen. Vor der  
 Universität knieten die Studenten auf offenem Platz zu einem Dank-  
 gebet nieder. Inzwischen war die ungarische Reichsdeputation, die  
 eine Adresse der Magnaten- und Ständetafel nach Wien bringen  
 sollte, angelangt. Abends schwamm die Stadt in einem wahren  
 Freuden- und Feuermeer. In den Vorstädten und der Umgebung  
 freilich röhete sich der Himmel noch immer von brennenden Fabriken.  
 Das Proletariat war unbefriedigt gelassen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 14. März.

Als Wahltermin für die Erneuerung des Reichs-  
 tags soll einer Meldung der „Berl. Börsen-Ztg.“ aus Weimar  
 zufolge Donnerstag, der 16. Juni, in Aussicht genommen sein.  
 Die Stichwahlen sollen im ganzen Reiche am Sonnabend, den  
 25. Juni, stattfinden. Die „Freis. Ztg.“ bemerkt dazu:

„Daß die Stichwahlen überall am 9. Tage nach den  
 Hauptwahlen stattfinden können, halten wir für ausgeschlossen,  
 zumal das Wahlergebnis der Hauptwahl erst am vierten Tage  
 nachher festgestellt wird.“

Wir halten den nahen Stichwahltermin für gar nicht  
 unwahrscheinlich. —

Das preussische Abgeordnetenhaus sehte heute die Beratung  
 des Kultusstaats beim Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“ fort.  
 In der fünfständigen Debatte hielt es kein Redner für angebracht,

auf die zahlreichen Mißstände in unserem Volksschulwesen, auf die überfüllten Klassen, die fogenannten fliegenden Klassen u. dergl. hinzuweisen, oder die eigenthümliche Art zur Sprache zu bringen, wie namentlich in letzter Zeit wiederholt Lehrer während der Unterrichtsstunden politische Reden gegen die Sozialdemokratie gehalten haben. Derartige Vorkommnisse erscheinen den Vertretern der Geldsachinteressen im preussischen Landtag zu unwichtig. Statt dessen unterhielten sie sich wieder einmal stundenlang über die feindselige Haltung der Schule gegenüber der Kirche und über andere Fragen, an denen die Mehrheit des Volkes kein Interesse hat. Das Zentrum wiederholte seine bekannten Wünsche auf Auslieferung der Schule an die Kirche, verlangte eine weitere Verabfolgung der Schulpflicht und stellte andere ähnliche Forderungen zur Verdrümmung des Volkes auf. Daneben brachten die Polen ihre bekannten Klagen über die Vernachlässigung des polnischen Unterrichts in Westpreußen und Posen zur Sprache. Auch von dem im vorigen Jahre angenommenen Lehrerbeförderungsgesetz war hin und wieder die Rede, ohne daß jedoch ein Mitglied es für nöthig hielt, die eigenartige Behandlung zu kritisieren, die manche Gemeinden ihren Lehrern zu theil werden lassen. Die Durchführung des Gesetzes bezeichneter Kultusminister Dr. Woffe im allgemeinen als eine gelungene. Unsere Volksschullehrer sind vielfach anderer Ansicht.

Da die Verhandlungen des Etats nicht von der Stelle kommen, findet heute eine Abendkündigung statt. —

**Zur Flottenvorlage** ist neues von Bedeutung heute nicht zu vernachlässigen. Die „Germania“ weist die Annahme einiger Blätter zurück, daß der Besuch des Fürstbischöflichen Kopp beim Papst irgend etwas mit der Haltung ihrer Partei zur Flottenvorlage zu thun habe. Der Besuch verfolge lediglich kirchliche Zwecke und sei schon seit langem geplant gewesen. Von anderer Seite verlautet, es handle sich um die katholischen Missionare in China.

Die Zentrumsfraktion wird ihre Beratung am Dienstag fortsetzen. Sobald der Bundesrath sich über seine Stellungnahme zu den Anregungen aus der Budgetkommission über die Kostendeckung entschieden hat, wird diese Kommission wieder zusammentreten. Die „Rdn. Volksztg.“ nimmt an, daß die zweite Lesung des Flottengesetzes im Plenum garnicht mehr vor Ostern vorgenommen werden wird. Dagegen scheint man in Zentrumskreisen den Marine-Etat für das Jahr 1898/99 noch vor Ostern erledigen zu wollen. Einige linksstehende Zentrumsblätter fahren fort, scharf gegen die „Bevollmächtigten“ ihrer Fraktion zu polemisieren.

Die badische-offiziöse „Süddeutsche Reichs-Korrespondenz“ in Karlsruhe bringt eine Auslassung über die Stellung der Regierung zur Deckung der Flottenkosten. Ihre Ausführungen gipfeln in folgender Ankündigung:

„Wir glauben zu wissen, daß die verbündeten Regierungen geneigt sein dürften, eine Erklärung dahin abzugeben, daß die Beschaffung der Kosten für die Flottenvermehrung in keinem Falle durch Erhöhung der bestehenden oder Einführung neuer indirekter Steuern erfolgen werde.“

Die indirekten Steuern sollen nicht erhöht werden. Die direkten will man nicht erhöhen. Was bleibt da übrig, wenn die Einkünfte aus den jetzigen Einnahmequellen nicht zu reichen? Die Bölle auf Getreide und sonstige unentbehrliche Lebensmittel! Zu gleicher Zeit sollen die Arbeitenden und Armen den Agrariern höhere Kornpreise und dem Staat höhere Einnahmen zur Bezahlung der Flottenpolitik leisten! —

Die **Militär-Strafprozess-Ordnung** wird in zweiter Lesung am Dienstag im Reichstag begonnen werden. Von sozialdemokratischer Seite sind eine große Anzahl von Änderungsanträgen eingebracht worden, welche die Vorlage, wie sie aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen ist, wenigstens einigermaßen mit dem bekannten Versprechen des Fürsten Hohenlohe in Einklang setzen sollen. Ob dies gelingen wird, ist allerdings sehr zweifelhaft, da selbst die bayerischen Zentrums-Abgeordneten unter Gröber's Führung für die minderwertigen Kommissionsbeschlüsse eintreten werden. Neugierig kann man sein, wie weit die freisinnige Volkspartei sich von ihrem Vertreter in der Kommission, dem Abg. Lenzmann, absagen wird. Von konservativer Seite liegen einige Verschlechterungsanträge, die zum theil die Regierungsvorlage wiederherstellen wollen, vor. —

### Minister v. Bodelschwingh über den 18. März.

Der 18. März ist unseren Staatsmännern ein höchst unangenehmer Tag. Anstatt dieses große historische Datum sachlich und objektiv zu begreifen und aus den Vorgängen jener Zeit zu lernen, suchen sie kampfsucht allerlei zusammen, um den Revolutions-Gedenktag und seine Helden zu schmähern. „Kreuz-Zeitung“ und „Reichsbote“ haben selbst lyrische Schimpfgedichte losgelassen, um den 50-jährigen Jubiläumstag herabzusetzen.

Zumitlen dieser Bemühungen ergeht es den Feinden einer freibürgerlichen Volksweltung aber gar sonderlich. Während sie sonst sehr unzufrieden sind mit den Ergebnissen der 48er Erhebung, der Einführung der Konstitution, der Pressefreiheit u. während die „Kreuz-Ztg.“ aufs lebhafteste bedauert, daß die Regierung damals weichen nachgegeben habe, statt „stark“ zu bleiben, findet sie jetzt plötzlich eine ganz andere Bekard in den Reaktionsorganen. In irgend einer Art muß man den Versuch machen, die Feiern des Gedenktag zu beeinträchtigen — freilich ein fruchtloses Beginnen!

Der Regierungspräsident v. Dieß veröffentlicht eine kleine Schrift, in der das Verhalten seines Onkels, des Staatsministers v. Bodelschwingh, der bis zum 18. März das preussische Ministerium leitete, auf grund von Briefen desselben dargestellt wird. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Frage, wer den Abzug der Truppen am Morgen des 19. März aus Berlin veranlaßt und wer den Rufus des Königs „An meine lieben Berliner“ veranlaßt habe. Die „Schuld“ hieran wurde vielfach dem Minister v. Bodelschwingh beigegeben, während die Briefe v. Bodelschwingh's zeigen, daß der Verlauf ein anderer war. Diese Frage ist an sich nicht uninteressant, weil sie Streiflichter wirft auf die Psychologie der leitenden Personen des Staates in jenen kritischen Tagen. Aber den Gegnern der Revolution soll die Erörterung zu einem ganz anderen Zwecke dienen, als festzustellen, wie es kam, daß die Regierung zurückwich.

Der wichtigste der Briefe des Ministers v. Bodelschwingh lag im Jahre 1869 schon einmal dem Fürsten Bismarck vor, der die Veröffentlichung wünschte — welche allerdings dann doch unterblieb —, weil sie sich „aus politischen Gründen empfahl“. Welches waren die wichtigen „politischen Gründe“, zu denen Bismarck den Brief Bodelschwingh's auszuheben wollte? Er schrieb an den Pastor v. Bodelschwingh, den Sohn des Ministers, Gründer der bekannten Anstalt zu Bethel bei Bielefeld:

„Dasselbe liefert weiteres Beweismaterial, um die Legende zu zerstreuen, als ob es der Märzrevolution bedürft habe, um den König Friedrich Wilhelm IV. zum Gelah der Verfassung zu bestimmen. Ihr Herr Vater ist ein klassischer Zeuge in allen Fragen, welche unsere innere politische Entwicklung in den 40er Jahren betreffen, und es ist daher von hohem Interesse, aus seinem Schreiben zu erfahren, daß bereits jahrelang vor den Märztagen des Jahres 1848 die Regierung des Königs sich von der Nothwendigkeit überzeugt hatte, die Verfassung des Landes in konstitutionellem Sinne auszubauen, und daß der Barrikadenkampf, den man Märzrevolution nennt, nicht

**100 000 Arbeiter** in einem 6 Kilometer langen Zuge, in dem 200 Kränze getragen wurden, desfilirten gestern, am Gedenktag der Wiener Revolution, durch drei Stunden vor dem Grabe der Märzgefallenen, an dem Reden in allen Sprachen Oesterreichs gehalten wurden. Die ernste Feier spielte sich in den würdevollsten Formen ab; auch in der Provinz beging das Proletariat in der großartigsten Weise den unvergesslichen Gedenktag.

In Wien kam es nach der Feier zwischen ezechischen Anarchisten und Polizisten zu einem abgesehen unerheblichen Scharmügel.

Die extremen Deutsch-Nationalen brachten ganze 800 Mann zu ihrer ersten Märzfeier, der diesjährigen, zusammen.

Die Deutsch-Liberalen gaben sich ein Festbankett, das mit einem natürlich begeisterten ausgenommenen Hoch auf den Kaiser eröffnet wurde! —

**China.** Aus Peking wird gemeldet, Frankreich beabsichtigt Lei-tschau in der Provinz Kwantung als Flottenstützpunkt zu besetzen. Die Provinz Kwantung ist die südlichste Provinz China's und grenzt mit einem schmalen Streifen an das französische Tongking. Lei-tschau liegt auf einer großen Halbinsel, die sich der Insel Hainan entgegenstreckt, und dann halbwegs von Tongking bis Hongkong.

In Korea scheint die russenseindliche Stimmung zur Zeit die Oberhand zu behalten. Es wird aus Seoul telegraphirt: Das koreanische Kabinet notifizirte dem russischen Gesandten am 12. d. M. seine Absicht, die russischen Militär-Instrukteure und den russischen Finanzbeirath zu entlassen. —

### Deutsches Reich.

— Vor der Sammlungs-politik wird im Rheinland entschieden gewarnt. So schreibt am Schlusse längerer Ausführungen die nationalliberale „Rdn. Ztg.“:

Die Agrarier des nächsten Reichstags können in fünf langen Jahren der Industrie böse Ueberraschungen bereiten. Wir beneiden alle die Herren, die jetzt so hoffnungsfreudig und leichtgläubig der eigenartigen buntschillernden Fahne folgen, um in ihrem politischen Optimismus, der sie treibt, einen dunkeln Weg einzuschlagen, der durch das Licht der gegebenen Thatfachen kaum eine Spanne breit erleuchtet und darüber hinaus in tiefer Finsterniß verläuft liegt. Wir würden einen solchen Sammelruf mit Freuden begrüßen und unterstützen haben, sobald dieser Weg ausreichend beleuchtet und genügend deutlich erkennbar wäre. Dazu gehört aber vor allem, daß wir mit Zuversicht ermitteln könnten, wohin denn die Wirtschaftspolitik treibt, welche die zur Zeit in dieser Frage ausschlaggebenden Staatsmänner der gegenwärtigen Regierung einzuschlagen beabsichtigen. Ueber diese Absicht aber herrscht zur Zeit naturgemäß noch volles Dunkel. Wir stehen erst am Anfange der ersten Vorbereitungen. Es sollen erst die nothwendigsten Grundlagen zu statistischen Vorkarbeiten und Ermittlungen gemacht werden. Ganz klar sind dagegen die Absichten der Agrarier, die den nächsten Reichstag und damit die wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen beherrschen möchten. Die Industrie und der Handel haben von diesen Absichten nur Unheil zu erwarten; sie müssen also unbedingt verlangen, daß die Träger dieser Absichten in die Erde gestellt werden. Wir möchten wünschen, daß die Herren, welche jetzt vorzeitig den Ruf zum Sammeln erlassen haben, nicht bereuen, wenn es sich um Lösung praktischer Fragen handelt, die Erfahrung jenes Hirten machen werden, der vorzeitig über den Wolf gesetzt hat. Die Herren haben mit ihrem übereilten und unzeitgemäßen Vorgehen eine schwere Verantwortlichkeit auf sich genommen. Wir würden uns freuen, wenn die Zukunft uns belehren sollte, daß in dem jetzigen Sammelrufe eine Unterstützung derjenigen Politik zu finden sei, die auf eine Sammlung der gemeinschaftlichen Interessen in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe hinausläuft.“

Und ihre feindselige Schwester, die literarische „Rdn. Volks-Ztg.“, schreibt, nachdem sie festgestellt hat, daß weder Graf Hompesch noch ein anderes parlamentarischer Mitglied der Zentrumsfraktion den Rufus unterzeichnet hat:

„Von den Leitern des Westfälischen und des Rheinischen Bauernvereins, welche geglaubt haben, in Verbindung mit den konservativen Parteien, den Antisemiten und der Hälfte der Nationalliberalen den „Sammlungs“-Rufus unterzeichnen zu können, wird man annehmen müssen, daß sie unter der „Sammlung“ wirtschaftlich wieder etwas Anderes verstehen, als diese Parteien. Nach ihren bisherigen Kundgebungen gehen dieselben z. B. in ihren

erforderlich war, um die Entschleunigungen des Königs herbeizuführen. Er war etwas Ueberflüssiges, und das Blut, welches er gelostet hat, ist für andere Zwecke und Pläne als zur Erlangung einer Verfassung in Preußen vergossen worden. Die Regierung Friedrich Wilhelms IV. war vor dem Kampf am 18. zur Einführung der Verfassung entschlossen und nach dem Siege der Truppen auch am 19. vollkommen stark genug, um jede Konzeßion zu verjagen, wenn der König es gewollt hätte.“

Also Bismarck. Nebenächliche Umstände verhinderten dann die Veröffentlichung des Bodelschwingh'schen Briefes, der jenen Beweis angeblich erbringen sollte. Während die „Kreuz-Ztg.“ gegen die Revolution zehet, weil sie „das Blatt Papier zwischen König und Volk“ geschoben hat, soll nun die Berliner Erhebung gänzlich unnöthig und überflüssig gewesen sein. Alles was gemeinlich als Erfolg des Aufstandes gilt, wollte die Regierung freiwillig geben; hätte sie es nicht geben wollen, so wäre sie stark genug gewesen, um die Massen in den Straßen zu zerstreuen. Der Abzug der Truppen, die Bewilligung der Verfassung, der Genuß der Todten vom Balkon des Schlosses — alles freiwillig gegeben. Folglich ist es ganz unnöthig, die Märzgefallenen zu feiern. Vielmehr sollte man Friedrich Wilhelm IV. feiern. Dies die Logik und die Konsequenzen der Bismarck'schen Auslegung des Bodelschwingh'schen Briefes.

Nun ist allerdings der Bodelschwingh'sche Brief, datirt vom 30. März 1848 und an einen Freund gerichtet, ein werthvolles politisches Dokument. Nicht weil er zeigt, daß nicht v. Bodelschwingh den Abzug der Truppen und den Rufus an meine Berliner veranlaßt hat, oder auch nicht, weil er die Veranlassung zu jenen Schritten anderen Personen und besonders dem König selbst beimißt, sondern weil er sehr schön darlegt, wie die preussische Regierung, Bodelschwingh eingeschlossen, keineswegs freiwillig, sondern gedrängt und gezwungen durch die Volksbewegung, wie sie sich seit langem schon entwickelt hatte und sich in den Märztagen immer kräftiger erhob, den Rückzug vom Absolutismus antreten mußte. Wir brauchen aus dem umfangreichen Schreiben v. Bodelschwingh's nur einiges zu entnehmen, um die Situation klar zu stellen. Bodelschwingh schrieb:

„Als nach der Pariser Revolution auch in Deutschland im Laufe weniger Tage ein Land nach dem anderen seine unblutige Revolution machte, erlaunte ich bald, daß auch bei uns entscheidende Schritte geschehen müßten, daß namentlich in unserem Verfassungsweisen die Linie nicht einzuhalten sei, welche der König im verfloßenen Jahre als unübersteigbar so laut bezeichnet hatte und die ich zu verteidigen berufen gewesen war, daß mit einem Worte eine sogenannte Konstitution bei uns nun unvermeidlich geworden sei. Natürlich war es nicht leicht, den König, noch schwerer, einige meiner Kollegen an diesen Gedanken zu gewöhnen, doch war er bereits durchgedungen, als mit Aussicht hierauf der allgemeine Landtag auf den 27. April berufen wurde. Früher konnte er damals nicht berufen werden. . . . Schon im vorigen Herbst (1847) wurde es bei uns als nöthig anerkannt, daß zur Wiederherstellung oder vielmehr zur ersten Belebung des Deutschen Bundes entscheidende Schritte geschehen müßten. . . .“

agrarpolitischen Forderungen denn doch nicht so weit, wie die Leiter des Bundes der Landwirthe, während sie andererseits weiter gehen als die mitunterzeichneten Nationalliberalen. Auch dieser Theil der „Sammlungs“-Politiker wird daher seine Vorbehalte machen, wie die anderen Theile es schon gethan haben. Im Hinblick auf die politische Seite der „Sammlung“ aber bleibt angehängt der Unterzeichnung des Rufus durch die Leiter der genannten Vereine nur die Alternative, daß dieselben entweder die darin für den Bestand der Zentrumsparthei liegenden Gefahren nicht erkennen, was wir bis auf weiteres annehmen möchten, oder gewillt sind, aus wirtschaftlichen Erwägungen eine gegen den Bestand der Zentrumsparthei gerichtete Aktion mitzumachen. In letzterem Falle würde, davon sind wir überzeugt, die große Mehrheit der Mitglieder der Bauernvereine jedenfalls für die „Sammlung“ nicht zu haben sein.“

Von anderer Seite wird übrigens behauptet, daß der agrarische Zentrumsmann Graf von Hohenbroch den Rufus unterzeichnet habe. —

— **Nationalliberale Wahlvorbereitungen.** Die „Nationalliberale Correspondenz“ schreibt: „Wenn auch der Tag, an welchem die Reichstagswahlen stattfinden sollen, noch nicht feststeht, so muß doch mit der Thatfache gerechnet werden, daß die maßgebenden Stellen dahin einig sind, die Wahlen mit oder unmittelbar nach Ablauf des Mandats des gegenwärtigen Reichstages vorzunehmen zu lassen. Aus äußeren Rücksichten wird als Termin ein Tag der dritten Juniwoche angesehen werden, damit auch die Stichwahlen noch vollzogen sein können, ehe anfangs Juli die Schulferien beginnen. Unter diesen Umständen sind die Wahlvorbereitungen nun schleunigst zum Abschluß zu bringen, so daß nach Ostern der Wahlkampf auf der ganzen Linie ausgenommen werden kann. Die Zentralkommission der nationalliberalen Partei hat demgemäß Vorkehrung getroffen, daß alsbald nach Ostern der allgemeine Delegirten-tag veranstaltet werden kann, welcher das Wahlprogramm der Partei zu beschließen hat. Der Zentralkommission der Partei ist auf nächsten Sonntag einberufen, um die endgiltigen Beschlüsse darüber zu fassen. Der zur Vorbereitung des Delegirten-tages bereits im Spätherbst v. J. eingesetzte Ausschuß wird als Termin den Sonntag nach Ostern und als Ort für die Abhaltung des Delegirten-tages Berlin in Vorschlag bringen. Der Ausschuß zur Vorbereitung des Delegirten-tages hat in einem Rundschreiben bereits angefordert, daß jeder Obmann in seinem Reichstags-Wahlkreise unverzüglich die Wahl der Delegirten herbeizuführen möge. Der Ausschuß betont in dem Rundschreiben ausdrücklich, wie dies auch 1896 schon geschehen ist, daß auf das preussische Vereinsrecht strengstens Rücksicht zu nehmen sei, weshalb er selbst nur mit Personen, und zwar in jedem Reichstagswahlkreise nur mit je einem Obmann, in keiner Weise aber mit Vereinen oder sonstwie mit Organisationen der Partei in Verbindung treten könne. Wir unterstützen den Wunsch des Ausschusses, daß die von ihm zugeordneten Obmänner sich unverzüglich in geeigneter und durch das Gesetz gestatteter Weise mit anderen Gefinnungsgewonnen innerhalb ihres Wahlkreises in Verbindung setzen, um die Delegirten zu benennen, und wir hegen das Vertrauen, daß die mit dem Delegirten-tag bezweckte Sammlung und Kräftigung der nationalliberalen Partei in vollkommener Weise erfolgreich durchgeführt werden kann.“

Nach den großen Differenzen, die der Sammlungsaufruf in den Reihen der Nationalliberalen ganz aufgedeckt hat, kann der Parteitag recht interessant werden. —

— Die Postdampfer-Vorlage zieht ihre Konsequenzen. Nach Meldung der „Hamb. Börsenhalle“ schweben Verhandlungen zwischen der Packetfabriklinie und der Ringlinie, die auf Verschmelzung beider Gesellschaften hinielen. Während bisher innerhalb je vier Wochen drei Verbindungen mit Ostasien bestanden, die einmalige Verbindung des Lloyd und die zweimalige Verbindung durch die Ringlinie, wären künftig innerhalb je vier Wochen nur zweimal Verbindungen mit Ostasien übrig bleiben. Die Erhöhung der Subvention des Reiches würde also geradezu eine Einschränkung der Verbindungen Deutschlands mit Ostasien zur Folge haben. Ohne dies ist angehängt der Dampfervorlage schon vor kurzem die Nimmerlinie in die Packetfabrik-Linie übergegangen. Die Nimmerlinie hatte seit einiger Zeit auch eine regelmäßige Verbindung mit Ostasien unterhalten. Man erhebt sich daraus, bemerkt die „Freis. Ztg.“, wie die Abschaffung des Subventionensystems statt fördernd gerade einschränkend auf die nationale Seeschifffahrt wirken kann. —

— **Wieder ein neues kleines Mittel für die nothleidenden Agrarier.** Die „Berl. Pol. Nachrichten“ schreiben offiziell:

„Infolge von Anträgen des deutschen Landwirtschaftsrathes ist der Reichskanzler schon vor einiger Zeit wegen anderweiter Be-

Zwei Tage später, am 16. (März) trafen die Nachrichten von dem Ansturz Wiens in Berlin ein. Die Lage der Dinge war total verändert, es mußte ganz anders operirt werden. . . .“

Sodann schildert Bodelschwingh den Beginn der Straßennunruhen und die Absicht der Bevölkerung, dem Könige durch eine Massenpetition ihre Forderungen zu überbringen; er fährt dann fort:

„Ich glaube ihnen zu vorzukommen zu müssen, weil selbst jedes Geschenk schwächen müßte. Darum schrieb ich in der Nacht vom 17. bis 18. das Patent vom 18. und sandte Voten ab an den Oberbürgermeister, den Stadtverordneten-Vorsteher, den Polizeipräsidenten mit der Befehung, alles aufzubieten, damit keine Auswegelung stattfinde. Es sei der Tag erschienen, wo durch großartigen Entschluß des Königs Deutschland und Preußen in eine neue Phase treten werde. Jede bedeutende Demonstration könne diesen Schritt unmöglich machen oder den Zweck vereiteln. . . .“

Deutlicher kann der Stand der damaligen Dinge nicht gezeichnet werden. Aber eine „Freiwilligkeit“ auf Seiten der Regierung und eine „Ueberflüssigkeit“ des Straßenkampfes ist daraus nicht zu ersehen. Bodelschwingh selbst ist der Meinung, daß eine Konstitution unvermeidlich geworden war. Warum unvermeidlich? Infolge der Pariser Februarereignisse und ihrer Folgen in den deutschen Ländern. Aber nicht etwa infolge der königlichen Freiwilligkeit; den König an diesen Gedanken zu gewöhnen, war vielmehr „nicht leicht“. Dann waren es wieder die Wiener Ereignisse, welche die Lage der Dinge „total veränderten“ d. h. außerordentlich beschleunigten und ihre Führung im Sinne der Volksforderungen unumgänglich machten. Freilich, auch der Minister v. Bodelschwingh spricht von einem „Geschenk“, daß der König gemacht habe. Aber er zeigt zugleich in löstlicher Aufrichtigkeit, daß man das „Geschenk“ geben mußte, wenn man nicht wollte, daß es im nächsten Augenblick genommen werden würde. Also ein nichts weniger als freiwilliges Geschenk.

Ob irgend ein einzelner Akt in einem Geschichtsverlauf etwa so oder anders oder gar nicht hätte sein brauchen, das ist herin ein sehr müßiges Gerede. Gewiß spielt der „Zufall“ eine große Rolle in der Geschichte. „Zufällig“ gingen ja auch die beiden Schüsse los, welche den Hauptkampf in den Berliner Straßen hervorriefen. Aber nichts albernere, als deshalb ein oder das andere Ereigniß, weil es nicht gefallt, zu eliminieren und zu sagen: die Sache wäre auch ohnedem gegangen.

Mit weit mehr Recht könnte man dann das Gegentheil behaupten; man könnte sagen, daß Blut der Märzgefallenen hätte allerdings nicht fließen müssen, wenn die Regierung sich zeitiger in die Nothwendigkeiten der Zeit, in die Forderungen des Volkes gefügt hätte.

Der neue Fällungsversuch, als hätten die Kämpfer des 18. März ihr Blut ganz unnöthigerweise vergossen, ist ebenso unhistorisch als klump. Auch diese Methode, dem Volke die Erinnerung an seine Todten zu verfallen, wird jeden Erfolges ledig bleiben.

gelung des Gesunde-Vermittelungs- und Stellenvermittlungswesens in der Bundesregierung in Verhandlung getreten. Nach dem Ergebnis der Erörterungen darf angenommen werden, daß dem Bundesrat vor Beginn der nächsten Session des Reichstages eine Vorlage wegen Abänderung der einschlägigen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung zugehen wird. Hauptächlich dürfte es sich demnach wohl um eine andere Fassung der §§ 35 und 40 der Gewerbe-Ordnung handeln.

Die beiden Paragraphen handeln von der Konzessionspflicht einiger Betriebe.

Ob da aber nicht auch ein verdeckter Angriff auf die so verhasste Freizügigkeit der Arbeiter in's Auge gefaßt wird? —

Die Fahrradsteuer ist das neueste Projekt unseres unermüdbaren Miquels. Wir leben eben im Zeitalter des Verkehrs, richtiger wäre freilich in Preußen zu sagen, im Zeitalter der Verkehrserschwerungen. —

Ueber den Fortgang der Arbeiten zur Herstellung eines Reichsversicherungs-Gesetzes erfährt die „Zeitschr. f. Versicherungswesen“, daß das Protokoll der im Januar d. J. unter Dinzugehörung der Sachverständigen gepflogenen Beratungen sich bereits in den Händen der Teilnehmer an diesen befindet, und daß die Arbeit so beschleunigt werden soll, daß eine Prüfung dieser durch eine Redaktionskommission, der gleichfalls Versicherungsdirektoren angehören werden, wenn möglich schon im April d. J. erfolgen und dann noch im Laufe des Sommers an den Bundesrat gelangen soll.

Da wird wohl der Einfluß des Zentralverbandes deutscher Industrieller zum rechten Ausdruck kommen. —

Der deutsche Handelsstag hielt heute unter zahlreicher Beteiligung der Vertreter der kaufmännischen Korporationen seine diesjährige Plenarversammlung ab. Nach dem Eröffnungsformalitäten hielt Staatssekretär v. Posadowsky eine Ansprache, in der der Handel des Schutzes der Regierung versichert und die Förderung der Exportindustrie zugesagt wurde. Der Staatssekretär sprach so warm für den Handel, daß die „Deutsche Tagesztg.“ schon heut Abend seine Worte recht abfällig glosst. Es wurden dann mehrere Vorträge gehalten und dem Referenten zustimmende Resolutionen angenommen. Man sprach sich für Erhaltung der gegenwärtigen Verfassung der Reichsbank aus und für die Subvention der Dampfer nach Ostasien. In einer Erklärung zur Vorbereitung neuer Handelsverträge wird bedauert, daß dem Handelstag kein größerer Einfluß auf die Zusammenfassung des „wirtschaftlichen Ausschusses“ eingeräumt sei, aber die Handelskreise sollen die Arbeiten des Ausschusses eifrig unterstützen; ferner wird von den bisherigen Handelsverträgen, wenn sie auch im einzelnen Mängel haben, mögen, gesagt, daß sie „grundsätzlich richtige Wege eingeschlagen haben“; es sei daher danach zu streben, daß die auswärtigen Staaten „1. für eine längere Reihe von Jahren die Zölle auf die hauptsächlich von ihnen eingeführten Waaren ermäßigen oder wenigstens nicht zu erhöhen sich verpflichten, und 2. die Meißbegünstigung aus gewähren. Können in einem Handelsvertrag keine Zugeständnisse in bezug auf die Zollsätze erreicht werden, so ist auch die Meißbegünstigung allein ein wertvoller Gewinn.“

Herr Camp, der konservativ-Abgeordnete, Millionär und Nachtreter des Herrn v. Stumm, hat bei Beratung des Kultus-Etats in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. d. M. eine Rede, welche der Kurator der Universität Bonn und früherer Vorsitzende der Reichskommission für Arbeiterstatistik bei Gelegenheit einer Feier der landwirtschaftlichen Akademie zu Poppelsdorf im Juli vorigen Jahres gehalten hat, einer abfälligen Kritik unterzogen. In einer längeren Erklärung, der wir nur das folgende entnehmen können, antwortet nun Herr v. Rottenburg dem würdigen Herrn Camp: „An und für sich wäre ich nicht abgeneigt gewesen, mit Herrn Camp in eine Diskussion über das Thema seiner Rede einzutreten. Freilich vermag ich kein Urteil in sozialpolitischen Fragen keineswegs als maßgebend zu bezeichnen; es fehlt ihm nach meiner Schätzung auf diesem Gebiete das richtige Ebenmaß zwischen Wollen und Können. Nachdem ich heute den stenographischen Bericht über die erwähnte Verhandlung gelesen habe, muß ich aber jede Diskussion mit Herrn Camp ablehnen, da ich nunmehr erfahren habe, in welcher Weise der Redner mich auch persönlich angegriffen hat.“

Vor mehreren Jahren bin ich an einem Nervenleiden erkrankt und habe mich nach verschiedenen Versuchen, meine amtliche Tätigkeit als Unterstaatssekretär wieder aufzunehmen, genötigt gesehen, um Entlassung aus dem Reichsdienste einzukommen — alles Thatfachen, über welche Herr Camp sich, bevor er seine Rede hielt, mit Leichtigkeit hätte informieren können. Nach meinem Gefühl ist es eine gewöhnliche Pflicht der Humanität, jedermann, den eine solche Prüfung trifft, mit Sympathie zu begegnen, zumal dann, wenn es sich um ein Leiden handelt, welches — wie das bei mir der Fall war — eine Folge übergrößer Anstrengung im Dienste des Staates ist. Was thut nun aber Herr Camp?

Nachdem er ausgeführt, daß die Pensionierung eines Beamten nur zulässig sei infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche, welche dauernde Unfähigkeit bewirkt, fährt er fort: „Aus welchen Gründen die Pensionierung des Herrn v. Rottenburg erfolgt ist, kann ich nicht beurteilen; aber ungewöhnlich ist es jedenfalls, daß ein Beamter unmittelbar nach seiner Pensionierung in den preussischen Staatsdienst übernommen wird, dem unmittelbar vorher sein Chef im Reichsdienste die amtliche Bescheinigung ausgestellt hat, daß er dauernd unfähig sei zur Erfüllung seiner amtlichen Pflichten.“ Niemand wird diesen Sätzen einen anderen Sinn unterlegen können als den, es schehe für Herrn Camp nicht fest, ob ich einen Anspruch auf Pension gehabt habe.

Nach meinen Reigungen und Gewohnheiten ist das Niveau, auf welchem sich dieser Angriff bewegt, für mich unangenehm; ich beschränke mich darauf, verschiedene Behauptungen in der Rede des Herrn Camp richtig zu stellen.

Die Angabe, daß meine Poppelsdorfer Rede unter den Mitgliedern und Gastgebern erstens Bekremden und große Mißstimmung erregt habe, ist unzutreffend. Meine Ausführungen fanden wiederholt lauten Beifall. Der kompetenteste Richter, der Herr Minister für Landwirtschaft, reichte mir, nachdem ich gesprochen, die Hand und dankte mir.

In einer Zuschrift an die „National-Zeitung“ habe ich seinerzeit ausdrücklich erklärt, daß ich das Prinzip, welches dem sogenannten Kanth'schen Antrage zu Grunde liegt, nämlich die Unterfütterung der nothleidenden Landwirtschaft durch den Staat, für „unantastbar“ erachte. Wenn ich diesem Antrage nicht beipflichte, so geschähe das um derwillen, weil ein eingebendes Stöbium der französischen Wirtschaftsgeschichte, welche bis in die Zeit Heinrich III. hinein verschiedene Beispiele ähnlicher Versuche aufweist, mich davon überzeugt hat, daß der von dem Herrn Grafen Kanth gewählte Weg nicht zum Ziele führen kann. Damit erledigt sich alles, was Herr Camp über meine Stellung zur Landwirtschaft gesagt hat.

Herr Camp hat seine Rede mit den Worten geschlossen: „Wir haben alle das Interesse, uns vor derartigen Angriffen zu schützen, und ich möchte deshalb den Herrn Minister bitten, gütlich in diesem Sinne (?) eine Erklärung abgeben zu wollen.“ Ueber dieses charakteristische Gesandnis, daß man genötigt sei, hinter einer ministeriellen Erklärung Deckung gegen meine Poppelsdorfer Rede zu suchen, quittire ich dankend. Jedenfalls würde eine ministerielle Erklärung nur so lange Schutz gewähren, als ich Beamter bin, und diese Qualität werde ich in demselben Augenblicke aufgeben, in welchem meine Pflichten als Beamter in Konflikt kommen mit der mir durch meine Vaterlandsliebe auferlegten Pflicht, auf Schäden unseres sozialen Lebens aufmerksam zu machen. Ich beschränke aber nicht, daß eine derartige Maulkorbpolitik in unserem Staate möglich sei. —

Die diesmaligen Lantiamen der Berliner Großbanken für das Jahr 1897 geben den Beweis, wie äppig unter dem Börsenspiegel gerade die größten Finanzinstitute zu gedeihen vermögen. Das agrarische Börsengesetz bedeutete nichts anderes als eine Stärkung der Berliner haute finance, als welche

diese Banken das Gesetz auch sofort begrüßt haben. Schrieb doch die Deutsche Bank schon in ihrem 1896er Geschäftsberichte:

„Unausbleiblich wird eine Einwirkung auf die innere Gestaltung der Börsen eintreten, nämlich die, daß nur sehr kapitalkräftige Häuser den neu an sie herantretenden Ansprüchen gewachsen sein werden, die schwächeren aber zurücktreten.“

Diese Voraussage hat sich voll bewahrheitet. Die fünf ersten Banken Berlins haben für das Jahr 1897 nicht weniger als 42 1/2 Millionen Mark an Dividende und 9,28 Millionen Mark an Lantiamen verteilt und zwar

|                           | in Millionen Mark |           |
|---------------------------|-------------------|-----------|
|                           | Dividende         | Lantiamen |
| die Deutsche Bank         | 10,0              | 2,97      |
| die Diskontogesellschaft  | 11,5              | 2,22      |
| die Dresdener Bank        | 7,85              | 1,86      |
| die Handlungsgesellschaft | 7,2               | 1,27      |
| die Darmstädter Bank      | 6,4               | 0,96      |

An dieser Gewinnverteilung fällt uns nicht sowohl die Höhe der Dividenden als die der Lantiamen auf. Eine Hand voll Leute, die als Direktoren, Aufsichtsräte und Verwaltungsräte an der Spitze der Berliner Banken und ihrer Filialen stehen, theilt das häßliche Stöbium von 42 Millionen Mark unter sich. Und wofür? Dafür, daß sie mit etwa 300 Millionen Mark Betriebskapital in der ganzen Welt Geschäfte eingehen, die nicht zu kontrollieren sind, die vielmehr den deutschen Kapitalbesitz und damit die Leistungsfähigkeit des wirtschaftlichen Organismus in Deutschland in höchstem Grade bedrohen. Ganz abgesehen davon, daß diese Finanziers aus ihrer intimen Kenntnis der finanziellen Vorgänge durch private Spekulation noch Summen verdienen, gegenüber denen das „Trinkgeld“ als Aufsichtsrath oder Direktor gar nicht in Betracht kommt, legt diese finanzielle Auffütterung einzelner Personen auch die Gefahr nahe, daß die leitenden Kräfte unserer Banken, deren Tätigkeit volkswirtschaftlich immer verantwortungsvoller wird, das Vertrauen der Öffentlichkeit verlieren müssen. Die Berliner Spekulantokratie, die heute einen kleinen, aber geschlossenen Ring auf gegenseitige Bereicherung bildet, hätte allen Anlaß, weniger dreist ihre egoistischen Pläne zu verfolgen. Denn leicht könnte sich die öffentliche Meinung für ein anderes Börsengesetz begeistern, das den finanziellen Drohnen ihre erorbitanten, volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden Gewinne beschneidet. —

Was mag das kosten? Die Miquel-offiziösen „Berl. Pol. Nachr.“ bringen folgende „Auregung“:

„Daß England sich der Macht bewußt ist, die ein eigenes Kabel über die ganze Erde gewährt, hat Chamberlain bei den vorjährigen Jubiläumserleichterungen ausgesprochen. Er wollte die Telegraphenverbindung für das englische Weltreich sogar soweit vervollkommen wissen, daß keine Verbindung fremdes, nichtenglisches Land berühre. Daß englische Kabel bei besonderen Gelegenheiten für Depeschen fremder Nationen den Dienst zeitweilig versagt haben, ist schon vorgekommen, daß sie in einem Kriege vor allem Englands Interessen dienlich sein werden, ist sicher. Wir Deutsche besitzen bis jetzt nur ein größeres Kabel, dasjenige von Caden nach Vigo, und müßten danach streben, sobald als möglich eine eigene Verbindung mindestens mit unjeren Kolonien herzustellen.“

Die ganz bedeutenden Kosten für derartige Kabelanlagen würden geradezu auf das Konto der Kriegsbürokratie gesetzt werden müssen. Würde man, statt auf die Entzweiung der Nationen, auf ihre Vereinigung hinarbeiten, so könnte man solche kostspieligen Unternehmungen sparen.

In der slesischen Landwirtschaftskammer fordert der Referent, ein Herr v. Zochammer, die Tilgung der unsicheren Hypotheken durch den Staat. Die „Volks-Zeitung“ berichtet über die neueste Blüthe agrarischer Begehrlichkeit das folgende:

„Die für Ablösung von Nachhypotheken erforderlichen Mittel sollen von der Staatsregierung durch Ausgabe von dreiprozentigen Konfols beschafft werden, während die Landwirtschaftskostenfrei alle durch die Umwandlung von Nachhypotheken in staatliche Darlehen entstehenden Minderungen besorgen und mentsächlich für Rechnung des Staates das gesammte neu zu errichtende Kreditwerk verwalten soll. Alle für dieses Kreditwerk erforderlichen Ausfälle, Bescheinigungen, Zessionen, Eintragungen und Eöschungen im Grundbuch, die Ausfertigung von Hypothekenbriefen u. s. w. haben kostenfrei zu erfolgen; für Zinsausfälle hat der Staat auszukommen. Unter Nachhypotheken sind die über 1/2 der Tage hinausgehenden Hypothekenschulden zu verstehen, und zwar soll der Staat nach den Thesen des Referenten das betr. Grundstück als direkter Kreditgeber bis zum vollen Torswertbe beisehen. Schuldner soll für das Darlehen 4 1/2 pSt. zahlen und zwar 3 pSt. Zinsen, 1 pSt. Amortisation und 1/2 pSt. in einen sogenannten Sicherheitsfonds zur Deckung von Ausfällen. — Trotzdem mehrere Redner, darunter Frhr. v. Quene und Graf Jedlich, der frühere Minister, sich dagegen aussprachen, wurden die Thesen des Referenten angenommen und dem deutschen Landwirtschaftsrath als schätzbares Material überwiesen.“

Was werden diese Herrschaften erst fordern, wenn die Sammlungspolitiker gestiegt haben? —

Das sächsische Finanzministerium hat eine für den Eisenbahn-Verkehr äußerst wichtige Entscheidung getroffen. Es sollen vom 15. April ab die im Binnennverkehr der sächsischen Staatsbahnen zur Ausgabe gelangenden Rückfahrkarten eine zehntägige Gültigkeitsdauer erhalten, während solche Karten jetzt nur drei Tage gelten. —

Braunschweig, 14. März. Der hiesige Antisemitenführer Fische wurde heute vom Landgericht wegen Unterschlagung zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt und auf zwei Jahre für unfähig erklärt, als Rechtsanwalt zu fungiren. —

Die Bayerische Landwirtschaftsbank, eine ultramontane Gründung, die vom Staate bis jetzt mit über 5 Millionen Mark dotirt wurde, hat im Jahre 1897 an Darlehen gewährt:

| 18 Posten von je unter | 1 000 M.         |
|------------------------|------------------|
| 207                    | 1 000 — 3 000    |
| 240                    | 3 000 — 5 000    |
| 169                    | 5 000 — 10 000   |
| 89                     | 10 000 — 20 000  |
| 40                     | 20 000 — 50 000  |
| 8                      | 50 000 — 100 000 |
| 8                      | mehr als 100 000 |

Das geht sogar der regierungserundlichen „Allgemeinen Zeitung“ wider den Strich. Sie sagt: „Es hat somit der mittlere und größere Landwirtschaftsstand, bezw. der Großgrundbesitz in überwiegendem Maße Darlehen bekommen, während die „Unterfütterung“ des kleinen Bauern sich in sehr engen Grenzen hielt.“

Interessant ist noch, daß zwei Drittel der Mitglieder der Bank zugleich deren Schuldner sind.

Die „Münchener Post“ meint zu dem Rechenschaftsbericht: Es bemahheitet sich, was die sozialdemokratische Fraktion und Presse von Anfang an sagte: Dieses „agrarpolitische“ Institut bewirkt, dem Großgrundbesitz und den Progenbauern auf Kosten der Steuerzahler, der Arbeiter und der kleinen Bauern, billige Darlehen zu gewähren. —

Im hessischen Landtage beantragte unsere Fraktion, eine Organisation der Arbeiterschaft mit direkter Vertretung im Ministerium in die Wege zu leiten, ähnlich der Vertretung der Landwirtschaft und des Gewerbes, die in der oberen landwirtschaftlichen Behörde und in der Zentralstelle für die Gewerbe vorhanden sind. Wir sind begierig, wie sich die Finger und Genossen da drehen und wenden werden, um die Berechtigung dieses Antrages bestreiten zu können. —

Strasburg i. G., 12. März. (Fig. Ber.) Der Sendapostel der deutsch-sozialen Reformpartei, Liebermann von Sonnenberg, hat mit seiner vor einigen Tagen hier abgehaltenen „Volksversammlung“ ein tägliches Plakato gemacht. Von den etwa 22 000 Reichstagswählern Strasburgs waren knapp 150 Männlein, in der überwiegenden Mehrheit Post- und Eisenbahnbeamte, erschienen, um seinen Vortrag über das Thema: „Neue Zeiten, neue Parteien“ anzuhören. So verließ denn die Veranstaltung sang- und klanglos, völlig unbeachtet von dem großen Publikum. —

Kiautschau. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ theilt mit, daß sofort nach dem Eintreffen der Nachricht von dem völligen Abschlusse des deutsch-chinesischen Vertrages der Befehl ergangen ist, unverzüglich alle Befestigungen aus der sogenannten neutralen Zone von Kiautschau im Durchmesser von 60 Kilometer des Hinterlandes zurückzuziehen. Das letztere ist demnach wieder den Chinesen übergeben mit der Maßgabe, daß China in der erwähnten Zone ohne Zustimmung der deutschen Behörden keine Anordnungen trifft. —

Wien, 14. März. Der sozialistische Abgeordnete Ginge hatte gegen den Bachmann Glas Antrag gestellt, weil Glas den Abg. Ginge, als dieser auf Anordnung des Präsidenten Abrahamowicz in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses gewaltsam aus dem Sitzungssaal entfernt wurde, die Treppe hinabgeschleift und mißhandelt habe. Der Bachmann wurde heute vom Bezirksgericht zu 14tägigen Arrest verurtheilt.

Prag, 12. März. Das Bahikomitee des verfassungstreuen Großgrundbesitzes hielt heute eine Beratung ab, der auch Handelsminister Dr. Bärnreither beiwohnte. In dem ausgegebenen Communiqué heißt es u. a., es erscheine als Pflicht des verfassungstreuen Großgrundbesitzes in einer Zeit, wo so viel auf dem Spiele stehe, die Hand zur Verständigung zu bieten und nichts unversucht zu lassen, damit die Verfassung nicht bloß theoretisch aufrecht bleibe, sondern auch lebendig funktionire und Verhältnisse im Parlament eintreten, die dem unheilvollen Zustand wirtschaftlicher Unsicherheit ein Ende machen, damit der Staat in Zukunft nicht durch einen Kampf um des Kampfes willen in Gefahr gebracht werde. —

Ungarn. Die Ausgleichsvorlage wird noch im Laufe dieses Monats im Abgeordnetenhause eingebracht. —

Arbeiterblut ist wieder geflossen! Das ist die neueste Nachricht vom Schauplatz des Krieges gegen die agrar-sozialistische Bewegung. Eine offiziöse Depesche meldet hierüber: „In Duna-Gölbövar fand gestern eine Sozialisten-Versammlung statt, an welcher etwa 2000 Personen theilnahmen. Es wurden Umzüge veranstaltet, wobei eine rolhe Fahne mitgeführt wurde. Die Gendarmerie, welche die Umzüge verhindern wollte, „mußte“ von der blanken Waffe Gebrauch machen. Zwei an den Kundgebungen theilgenommene Personen wurden getödtet und viele verwundet.“ Wenn die ungarischen Gewaltthäter die Absicht haben sollten, die Erbitterung aufs höchste zu steigern zu lassen, könnten sie nicht anders handeln, als sie es thun. —

Weiteres von der agrar-sozialistischen Bewegung. Aus S.-M. Ujfehly wird dem „Pester Lloyd“ berichtet: „Bisher wurden in zehn Gemeinden des Bodrogfölyer Bezirks sozialistische Verbände aufgelöst; in sechzehn anderen ist die Auflösung bevorstehend. Achtzehn Verbände widersetzten sich der Auflösung; trotzdem hofft man, die Pazifikation in der Bodrogföly bald zu beendigen. Heute wurde trotz hartnäckigen Widerstandes der Komvater sozialistische Vorstand festgenommen.“

Aus dem ganzen Lande meldet das offiziöse Blatt der ungarischen Regierung von weiteren Verfolgungen der Agrar-Sozialisten, aber auch davon, daß sie sich nicht entmuthigen lassen und daß die Bewegung ständige Fortschritte macht. —

Schweiz. Das Surrogat für die vor Jahresfrist mit 265 984 gegen 195 784 Stimmen in der Volksabstimmung verworfene Bundesbank, welches der schweizerische Handels- und Industrieverein mit dem Projekt einer zentralen Aktiebank bietet, findet ausnehmend wenig begeisterte und keine zustimmende Aufnahme. Das ist begreiflich, bedeutet der Vorschlag doch nichts anderes als die Beseitigung der bestehenden Privatbanken um eine weitere, mit besonderen Privilegien ausgestattete Bank, die ihre 50 Mill. Grundkapital zu 1/3 von Privatkapitalisten, 1/3 von den bestehenden Notenbanken, deren eine Anzahl ebenfalls in privatkapitalistischen Händen ist und zu 1/3 von den Kantonen unter Anschluß des Bundes aufbringen will. Daß sich ein Privatkapitalist nur mit 100 000 Fr. daran theilnehmen darf, also 100 Aktien zu je 1000 Fr. werden kann und daß nur schweizerische Kapitalisten zugelassen werden, will nicht viel besagen, da dadurch der privatkapitalistische Charakter der Bank durchaus nicht alterirt wird und mit den festgelegten 4 pSt. Dividenden für das Grundkapital angesichts des niedrigen Zinsfußes bis auf 8 pSt. betrad immerhin ein schönes Geschenk gemacht wird. Ist die Bundesbank von vielen Bürgern aus Rücksicht auf die Existenz der kantonalen Staatsbanken verworfen worden, so würde aber die vorgeschlagene Aktiebank mit dem Notenmonopol von einer großen Volksmehrheit mit Glanz verworfen werden, weil denn doch das Schweizervolk, wie man aus der glänzenden Annahme der Eisenbahn-Verstaatlichung entnehmen kann, nicht neue Privilegien für das Kapital schaffen will. Gerade die Annahme der Eisenbahn-Verstaatlichung ermuntert zu einem neuerlichen Versuche mit der Staatsbank, die mit der Finanzoperation für die Eisenbahn-Verstaatlichung von vornherein eine wichtige Aufgabe zu übernehmen haben würde. —

Frankreich. Oberst Picquart erklärte einem Redakteur des „Temps“ gegenüber in bezug auf den Brief Esterhazy's: „Ich bin über die Beleidigungen und Drohungen Esterhazy's erhaben. Man wird wissen, was diese Drohungen werth sind, sobald die ganze Wahrheit bekannt wird. Dieser Tag ist näher, als man glaubt; ich verbürge es Ihnen.“ —

Paris, 12. März. (Fig. Ber.) Der Ausgang der Interpellation Dron über die allgemeine Politik der Regierung stand für Regierung und Opposition von vornherein sicher. Das Ordnungskomitee, das seit bald zwei Jahren Meline am Ruder erhält, konnte unmöglich am Vorabend der Wahlen sich auslösen und so die von ihm bereits diskontinuirten Wahlergebnisse in Frage stellen. Der Zweck der Interpellation war lediglich eine letzte Heerschau der Parteien vor dem Schluß der Legislatur, eine letzte parlamentarische Warnung an die Wählerkaste vor der die Grundlagen der Republik bedrohenden Koalition der republikanischen und liberal-monarchistischen Bourgeoisie. Dieser Zweck wurde vollständig erreicht. Der Interpellant Dron, ein Republikaner, der sich nicht einmal zu den gemäßigten Radikalen zählt, dessen Argumentation aber desto eindrucksvoller war, wies an der Hand eines überreichen Thatsachenmaterials nach, daß die Wahlakt der Regierung auf die Verstärkung der antirepublikanischen Gruppen in der zukünftigen Kammer abzielt. Ueberall werden die Präfskten angewiesen, notorische Feinde der Republik als offizielle Regierungskandidaten zu unterstützen. Die offizielle Kandidatur steht wieder im Flor, wie unter dem zweiten Kaiserreich, wie unter den Staatsstreichs-Wahlen Mac Mahon's 1877. Nicht nur die Präfskten und Unterpräfskten, auch die Schullehrer werden gezwungen, die Rolle von offiziellen Woblagenten zu spielen. Der Klerus ist ganz offen, trotz des Konfobats, in die Wahlaktion eingetreten. Zwei päpstliche Emiffare dürfen unbehelligt eine wahl-agitatorische Rundreise durch die französischen Bisthümer machen, um im Namen des Papstes die gesammte Geistlichkeit zur Agitation für die Regierungskandidaten aufzufordern. Endlich ermuntert die Regierung die Ausstellung von Geldkandidaten. Nie vorher hat man so viel Millionäre in den Wahlkampf eintreten sehen. —

Der Fall Gressulhe-Bretton hat gerade am Vorabend der Interpellation die schändliche Unterlage der Geldkandidaturen offen-

**bart.** Graf Gressfuhe, ein feiner Grobgrundbesitzer und intimer Freund Felix Faure's, verlor durch seine Wahlagenten den oppositionellen Abgeordneten Breton aufzulassen um 100 000 Frs. und zwei fette Pöschchen für ihn und dessen Schwiegerohn. Und zwar beriefen sich die Wahlagenten auf die Zusage Meline's und F. Faure's bezüglich der versprochenen Pöschchen.

Die Regierungsbredier, Barthou und Meline, konnten keine einzige Thatsache widerlegen. Ihrer Majorität sicher, antworteten sie, wie immer, mit nothen Abseugungen, mit pathetischen Lügen, mit Kriegskrufen gegen den Sozialismus. Die Alerikal-Monarchisten verzichten sogar Barthou seine energische-hendlerische Erklärung zu Gunsten der antikerikalen Schulgehe, eine Erklärung, die übrigens von Meline bezeichnenderweise abgeschwächt wurde. Die Thaten der Regierung genügen ihnen vor der Hand.

Die Radikalen nahmen Stellung durch die Rede Leon Bourgeois'. Der ehemalige Ministerpräsident, der nur mit Hilfe der Sozialisten sich hatte am Ruder erhalten können, richtete einen letzten Appell an die Opportunisten, sich mit den Radikalen wieder zu verbünden, nebenbei eine Erklärung gegen den Kollektivismus abgegebend. Das verzweifelte Klammern der „regierungsfähigen“ Radikalen an die selige Politik der „republikanischen Konzentration“, von der die kapitalistischen Republikaner nichts wissen wollen, ist kein günstiges Anzeichen für die radikale Wahlstatistik. Um so mehr, als Bourgeois' Ausführungen auf eine Rede Millerand's folgten, worin dieser im Namen der Sozialisten kategorisch erklärte, daß die Sozialisten im zweiten Wahlgang überall, wo ein Meline'scher Kandidat von einer Spaltung innerhalb der Opposition profitieren könnte, für die Radikalen eintreten würden. Warum nun hat Bourgeois nicht eine ähnliche Verpflichtung seitens der Radikalen zu Gunsten der Sozialisten anerkannt? War das augenblickliche Tribünenaktuell oder der süßschmeigende Ausdruck der bevorstehenden Wahlstatistik der gemäßigten Radikalen?

Das Votum der Kammer zeigte die unerschütterliche Einheitlichkeit der Parteien in zwei Lager. Das Kabinett erhielt die übliche politische Mehrheit von 82 Stimmen, just die Zahl der Alerikal-monarchistischen Abgeordneten.

**Paris, 13. März.** Präsident Faure bestreitet, von den Unterhandlungen zwischen Gressfuhe und Breton bezüglich Gressfuhe's Kandidatur Kenntnis gehabt zu haben.

### Dänemark.

Im Folkething entwickelte sich bei der Beratung des Kultusetats eine längere Diskussion über die Forderung von 25 000 Kronen für den „Christlichen Verein junger Männer“. Die Linke hatte sich im Ausschuss in dieser Frage gespalten, indem drei Radikale für die Bewilligung waren, die übrigen dagegen. Und da auch die Rechte und die Moderaten dafür waren, war der Posten im Ausschuss bewilligt worden. Im Plenum sprach besonders Klassen, namens der Sozialdemokratie, dagegen. Der Christliche Verein junger Männer hänge mit Pastor Ved's „Junere Mission“ zusammen, deren wahnwitziger religiöser Fanatismus unter den jüdischen Bauern schon genug Unheil anrichtete. Der Ironiker Dr. Sehl hätte nachgewiesen, daß die „Junere Mission“ mit ihrer Verbreitung der Teufelsknecht in 15 Jahren dem Aarhuser Irrenhaus 60 Geisteskranken zugeführt habe, wovon allein 35 in den letzten fünf Jahren. Klassen hätte nichts dagegen, daß die „Junere Mission“ ihre Pup- und Frauenversammlungen abhalte, aber er müsse dagegen protestieren, daß der Staat diese religiöse Sekte mit den Geldern der Bürger unterstütze.

Nachdem namentlich die drei „Radikalen“ sich für die Bewilligung energisch ins Zeug gesetzt hatten und auch der Minister Skjvr dafür gesprochen hatte, obwohl er es ablehnte, sich über die „Junere Mission“ zu äußern, wurde der Antrag in namentlicher Abstimmung mit 50 gegen 42 Stimmen abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Erfolg. Bei der zweiten Lesung des Postetats hatte der Vertreter der Sozialdemokraten für die Postbeamten Sommerkleider verlangt. Der Minister war damals zweifelhaft. Nun ist zur dritten Lesung für die Sand-driestrieger bereits eine Summe zur Anschaffung der geforderten Kleidung eingesetzt.

### Italien.

**Rom, 12. März.** Deputiertenkammer. Nach einer lebhaften Debatte, die mehrere Tage dauerte, hat die Kammer ohne besondere Abstimmung sämtliche Artikel des Gesetzentwurfs über Arbeiterunfälle in der vom Senat in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Regierung gebilligten Fassung angenommen. Die geheime Abstimmung über die Gesamtvorlage wurde wegen Beschlußunfähigkeit vertagt.

### Spanien.

**Madrid, 12. März.** Nach amtlichen Meldungen hat die aufrührerische Bewegung in Volinao (Philippinen) vollständig aufgehört. Die telegraphische Verbindung ist wieder hergestellt. Glauben werden diese schönfärblichen Meldungen heute weniger denn je finden.

**Madrid, 14. März.** Eine Anzahl Abgeordneter hat beschlossen, die Revision des Prozesses von Montjuich zu fordern. Die von den Radikalen und Sozialisten gestern veranstaltete Kundgebung hat unter Theilnahme von Frauen stattgefunden.

### Rußland.

Ein liberales Windchen weht wieder einmal im Reich des Zaren. Ein im russischen „Regierungsboten“ publizierter kaiserlicher Ukas verfügt die Einführung der Geschworenengerichte und der Justizordnung Alexander's II. in den Gouvernements Oloneh, Astrachan, Orenburg und Ufa, welche bereits am 1. Juli Statut finden hat. Gleichzeitig mit dieser Verordnung wird vom Justizministerium bekanntgegeben, daß diese vier Gouvernements demnächst auch die Landeskastverfassungen erhalten werden. Die russischen Blätter äußern ihre Befriedigung über die Erweiterung der Geschworenengerichte und der Semstwo-Autonomie.

**Aus Odesa** wird den „Times“ gemeldet, die russische Regierung beabsichtige eine neue Schiffswerft in Sebastopol zu errichten zum Bau von Torpedobootzerstörern und Torpedobooten; zwei neue Kreuzer für die Freiwilligen-Flotte seien kürzlich im Auslande bestellt worden.

### Griechenland.

**Athen, 13. März.** Die Zeitung „Asty“ meldet, daß die drei Schutzkräfte ihre Garantien auf die gesammte Anleihe ausdehnen, deren Effektivbetrag sich auf 155 Millionen Franks belaufe. Die Regierung hofft, die betreffende Gesetzesvorlage in zwei Tagen der Kammer vorzulegen.

Die Urheber des Attentats gegen den König werden noch in diesem Monat vor das Schwurgericht gestellt werden.

Der kritische Gouverneur von Athen. Den „Times“ wird aus Athen gemeldet: Eine Petersburger Drablung berichtet, die Wahl des Prinzen Georg zum Gouverneur von Areta sei nunmehr gewiß, da die Zustimmung aller Mächte gesichert sei. Der Kaiser von Oesterreich und der König von Italien hätten in einem Handschreiben den Zaren von ihrer Zustimmung verständigt.

### Affien.

**Bombay, 14. März.** Die Stadt ist ziemlich ruhig. Die militärischen Vorsichtsmaßregeln bleiben aufrechterhalten. Alle Abteilungen des Sanitätsdienstes, denen es obliegt, die an der West-erkanteten Personen zu ermitteln, werden von Truppen begleitet. Die Auslandsbewegung dehnt sich weiter aus. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen; auch die Mörder der beiden am 9. d. M. getödteten englischen Soldaten sind zur Haft gebracht worden.

### Amerika.

Die Kriegsgesfahr hat aber zu als abgenommen. Die Hoffnung der Spanier auf eine mehr als moralische Unterstützung durch die Großmächte ist sicherlich unberechtigt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt heute:

In der spanischen Presse ist von hier aus die Meldung verbreitet worden, der Kaiser habe bei einem Familien-Diner, das bei der Prinzessin Heinrich von Preußen stattgefunden hätte, eine Aeußerung gethan, die auf eine scharfe Parteinahme Deutschlands in der kubanischen Verwickelung schließen lassen würde.

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese ganze Erzählung auf Erfindung beruht.

Das offizielle Blatt der nordamerikanischen Armee und der Marine behauptet, die Lage sei sehr ernst. Der Krieg scheine unvermeidlich.

Man behauptet in Washington, daß die Katastrophe des Panzers „Maine“ durch einen von außen kommenden Stoß herbeigeführt worden sei, und daß der Bericht der Untersuchungskommission auch dahin laute.

Dagegen wird aus Washington gemeldet: Nach einer Konferenz, an der der Präsident Mac Kinley und die Staatssekretäre des Krieges, der Marine und des Schatzes theilnahmen, ist die nachdrückliche Erklärung erfolgt, daß die Regierung bis jetzt durchaus ohne Kenntniß der Ursache des Maine-Unglücks sei und keinen Bericht irgendwelcher Art von dem Untersuchungsausschusse oder irgend jemand mit diesem im Zusammenhang stehenden erhalten habe.

Die in Lissabon liegenden Kriegsschiffe „Bancroft“ und „Selena“ haben Segelorden nach Rep-West erhalten.

Aus New-York wird gemeldet, daß im dortigen Hafen große Vorbereitungen getroffen und unterirdische Minen gelegt werden. „Daily Mail“ meldet aus Washington: Große militärische Kräfte werden in Atlanta zusammengezogen. Am dem Tage, wo der Krieg mit Spanien erklärt werden sollte, könnten 25 000 Mann sofort nach Kuba eingeschifft werden.

Der „Int. Corr.“ wird aus Madrid gemeldet:

Der spanische Geschäftsträger in Washington hatte die nordamerikanische Regierung ersucht, die Zusendung von Lebensmitteln und Kleidungsstücken für die nothleidenden Kubaner mittels nordamerikanischer Kriegsschiffe einzustellen, da das fortwährende Einlaufen dieser Panzerschiffe in die kubanischen Häfen auf der Insel große Beunruhigung hervorruft. Die nordamerikanische Regierung hat jedoch dieses Ersuchen zurückgewiesen, da die Benutzung von Privatschiffen die Zusendungen unverhältnismäßig vertheuern würde. Diese Haltung hat in Madrid einen peinlichen Eindruck hervorgerufen.

Die Madrider „Agencia Fabra“ schreibt recht großspurig:

Es sind auf Kuba 82 000 bewaffnete Freiwillige vorhanden, die bereit sind, die spanische Souveränität zum Verpfändern zu vertheiligen. Spanien wird keinen Krieg provozieren, aber wenn es herangefordert wird, wird es nicht allein sein. Spanien würde nicht nöthig haben, amerikanisches Gebiet anzugreifen, es würde ein Krieg mit Kaperschiffen genügen, der den amerikanischen Handel zu grunde richten würde. Die gesunde Vernunft rath zum Frieden.

Aus Madrid wird ferner gemeldet:

Die Abfahrt eines neuen Geschwaders von Radix nach Kuba ist erfolgt.

Kußerlich werden die Formen in den Beziehungen zwischen den beiden Mächten anrecht erhalten, wie die folgende Depesche aus Washington beweist:

Der neue spanische Gesandte Bernabe und die Mitglieder der spanischen Gesandtschaft begaben sich heute nach dem Weissen Haus und wurden von dem Staatssekretär Sherman dem Präsidenten Mac Kinley vorgestellt. Die Worte des Gesandten und die Antwort des Präsidenten waren sehr herzlich!

**Washington, 12. März.** Das Schahamt hat die Zollbeamten angewiesen, auf aus Frankreich stammenden Zucker Kompensationsgölle zu erheben.

**Ottawa, 12. März.** (Int. Corr.) Ein internationaler Streikfall betrifft das kanadische Goldland.

Die Behörden des zu den Vereinigten Staaten gehörenden Küstengebietes zwischen Juneau und Skagway, von wo aus bisher der Durchmarsch nach den Goldfeldern über den weissen Paß stattfand, sind nicht in der Lage, gefehliche Zustände aufrecht zu erhalten. In den genannten Küstenorten haben sich viele tausend Personen angesammelt, welche von der Ueberschreitung der Pässe abhingen und bei der dort herrschenden Theuerung völlig mittellos geworden sind. Diese Elemente verüben seit mehreren Wochen andauernd Gewaltthaten, denen die Behörden der Vereinigten Staaten machtlos gegenübersehen. Um nun ein Uebergreifen der Unruhen auf das kanadische Gebiet zu verhindern, wurde von einem in jenen Gewässern kreuzenden englischen Kriegsschiffe am 8. März eine Abtheilung von 50 Marinesoldaten in Skagway gelandet, welche die sechs englische Meilen breite Küstzone des zu den Vereinigten Staaten gehörenden Gebietes durchschritten und auf kanadischem Gebiet ein Lager bezogen. Dieser Durchzug erfolgte ohne vorher eingeholte Zustimmung der Regierung in Washington; doch hat der dortige britische Gesandte Panncofote dem Präsidenten Mac Kinley die Versicherung gegeben, daß irgend eine Verletzung der Hoheitsrechte der Vereinigten Staaten in dem Küstengebiet aufs gewissenhafteste vermieden werden solle. — Es ist jedoch noch fraglich, ob man in Washington diesen Fall so ruhig hinhinnehmen wird.

## Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1898, den zulaufenden Ausschüssen überwiesen; dem Ausschussantrag zu dem Entwurfs- und Vorarbeiten über Auswandererschiffe und dem Ausschussantrag zu dem Entwurfs- und Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Auswanderungsunternehmer und -Agenten wurde zugestimmt.

## Gewerkschaftliches.

### Verlin und Umgebung.

Die Forderung der Seinscher auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit wurde von der Innung abgelehnt. Wie in einer Verammlung der Gesellenshaft, die am Sonntag bei Müllg. Hofenthalerstraße tagte, von den Angehörigen bekannt gegeben wurde, weigerte sich die Innung in einem Schreiben, das auch zur Verlesung kam, überhaupt mit dem Gesellenauschuss über die Forderungen der Arbeiter in Verhandlung zu treten. Als dann doch auf Veranlassung des Gesellenauschusses eine gemeinschaftliche Sitzung stattfand, wurden von den Meistern die Wünsche der Arbeiter bekämpft und ihnen nur zugestanden, daß keine Reduzierung des festgesetzten Lohnsatzes stattfinden soll. Der bisher gültige Tarif, wonach bei 10 stündiger Arbeitszeit der Stundenlohn 60 Pf., Minimallohn 55 Pf., und für eben ausgediente Gesellen 50 Pf., für Ueberrunden 75 Pf., und für Nacharbeit 80 Pf. beträgt, soll auf ein weiteres Jahr beibehalten werden. Jedenfalls wäre aber eine Verkürzung der Arbeitszeit sehr notwendig, da, abgesehen von dem oft stundenlangen Wege bis zur Arbeitsstelle, wodurch der Arbeiter für sich und seine Familie überhaupt keine freie Zeit übrig behält, die Arbeitslosigkeit in diesem Beruf eine so große ist, daß sogar im Sommer kaum mehr als 40 pCt. der in betracht kommenden Arbeiter beschäftigt werden. Wegen die Ausführungen des Obermeisters DeLoss in der gemeinsamen Sitzung, daß im Seinscherberuf keine Mißstände vorhanden sind, protestirte die Verammlung und mißbilligte in einer angenommenen Resolution, daß es den Vertretern der Gesellen verboten wurde, von ihrem zu stehenden Recht Gebrauch zu machen und die Mißstände in den gemeinsamen Sitzungen vorzubringen. Zur Ergänzung des Gesellenauschusses wurden Kunze und Hempel gewählt. Das Material über die Mißstände bei den einzelnen Unternehmern soll dem Gesellenauschuss unterbreitet werden, der dann das weitere veranlassen wird.

Die Arbeiter sollen nach der Meldung bürgerlicher Blätter brabstlichen, in einen Streik einzutreten. An dieser Reporterente ist, wie aus von sachkundiger Seite mitgetheilt wird, kein wahres

Wort. Die Nachricht dürfte von den Unternehmern ausgehen zu dem Zweck, die Arbeiter dieser Branche zum Streik zu provozieren.

### Deutsches Reich.

Der Streik der Schiffszimmerer in Mathenow ist durch Vergleich beendet; dieselben bekommen von ihrer Forderung zwei Drittel bewilligt und nehmen infolge dessen die Arbeit wieder auf. Der Streik der Tischler dauert unverändert fort. Gefangene werden nicht mehr beschäftigt.

Der Verband der deutschen Kupferschmiede (Sitz Hamburg) hält in den Tagen vom 20. bis 23. März in München seine diesjährige Generalversammlung ab. Die vorläufige Tagesordnung lautet: Berichterstattung des Ausschusses und der Delegirten; Statutenänderung; Beratung der vorliegenden sonstigen Anträge; Wahlen für den Sitz des Ausschusses; Wahlen für die Verwirklichung; Festsetzung des Ortes für die nächste Generalversammlung.

Au dem Ausstand der Färberei-Arbeiter in Mühlhausen in Thür. sind gegenwärtig noch 188 Arbeiter theilhaftig. Im Ansfange des Streiks hatten 236 die Arbeit niedergelegt. 60 Färberei-Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen, einige arbeiten in anderen Betrieben. Die Frage, ob die Arbeiter gewillt seien, bei einer zehnprozentigen Lohnerhöhung die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde von den Streikenden abgelehnt. Wie verlautet, sollen in der Fabrik Streikbrecher übernachtet haben und ist hiervon die Polizeibehörde in Kenntniß gesetzt.

In Poischappel ist einer der am Streik theilhaftigen Bildhauer verhaftet worden, nur weil er einen weiterarbeitenden Kollegen, der erst den Streik mit beschloffen hatte, in maßvoller und besonnener Weise zuredete, doch sein Wort zu halten.

Zu der Jute-Spinnerei und Weberei von Tränker und Wiker in Leipzig-Lindenau sind wegen 14prozentiger Lohnherabsetzung sämtliche Weberinnen in den Ausstand getreten. Es wird gebeten, den Zugang fern zu halten.

Friedliche Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter hat der Arbeitgeber-Verband von Hamburg-Altona nach seinem Geschäftsbericht vom vorigen Jahre herbeigeführt. Auf welche Weise das geschah, darüber giebt der Bericht einige interessante Aufschlüsse. Ueber die Errichtung des Arbeitsnachweises heißt es, daß es das Bestreben des Verbandes gewesen sei, alle Maßnahmen zu hindern, die darauf abzielten, einen auf gleichberechtigte Theilnahme der Arbeiter und Unternehmer basirten Arbeitsnachweis zu schaffen. Zweimal schien das Zustandekommen des geplanten Nachweises überhaupt in Frage gestellt. Einmal, als die Senatskommission sich dafür verweigerte, daß der Nachweis für Schauerleute aus Staatsmitteln unterhalten und in die Hände der Patriottischen Gesellschaft gelegt werden sollte. Es gelang, in einer vom Verbands berufenen Sitzung die Vertreter der Senatskommission sowohl wie die der Patriottischen Gesellschaft davon zu überzeugen, daß unter den obwaltenden Verhältnissen ein derartiger Nachweis weder den sozialen Frieden fördern, noch dem allgemeinen Wohle dienen würde!

Bezeichnend ist die Rücksichtslosigkeit, mit der jede Mitwirkung der Arbeiter am Arbeitsnachweis abgelehnt wurde, und wie es die Unternehmer verstehen, ihrem Einfluß gegenüber den Behörden Nachdruck zu verleihen. Daß mit dieser Diktatur des Arbeitgeber-Verbandes friedliche Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu erhalten sind, wird schwerlich jemand glauben.

Interessant ist eine weitere Mittheilung in dem Bericht über die „Prestrabanten“ des Arbeitgeber-Verbandes, die ja schon während des Hafenarbeiterstreiks ihre schone Rolle zu spielen begannen. Es heißt darüber im Bericht: „Verlassen wir das Gebiet des Arbeitsnachweises, so war wohl die Beeinflussung der öffentlichen Meinung auf publizistischem Wege eine wesentliche Aufgabe der Geschäftsführung. Dementsprechend hat es der Geschäftsführer nicht fehlen lassen, seinen Einfluß auf die Redaktionen verschiedener Tagesblätter geltend zu machen und auch in mehreren Hamburger wie Berliner Blättern wurden vornehmlich solche ins Auge gefaßt, die in maßgebenden Kreisen und Ministerien gehalten und gelesen zu werden pflegen.“

Aus welchen Quellen die Mittheilungen bürgerlicher Blätter über die Arbeiterbewegung fließen, konnte nach den bisherigen Leistungen kaum zweifelhaft sein. Die Lügenberichte über Streiks, über Ausschreitungen der Arbeiter und die Beschimpfungen der Gewerkschaften, um das Koalitionsrecht der Arbeiter einzuschränken, hat in gewissen Programmen immer willige Aufnahme gefunden und liegt im Interesse der Unternehmer. Das heuchlerische der Presse ist, daß sie sich den Anschein giebt, als ob sie objektive berichte und arbeitervreundliche Tendenz vertritt.

Ueber den Ausstand der Maler in Wiesbaden wird aus von der Lohnkommission berichtet, daß die Zahl der Streikenden nach 14tägigem Verlauf des Streiks auf 317 gesunken ist, da eine Anzahl Kleinmeister die Forderungen bewilligt haben. Streikbrecher sind bis jetzt im ganzen 24 zu verzeichnen. Die Unterstützung beträgt die erste Woche 4095 M. und ist für die zweite Woche eine Unterstützung von mindestens 3000 M. nöthig. Da nun die Organisation noch ziemlich jung ist, so wird die Hauptlast der Vereinigung in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. Es ist daher notwendig, wenn dieser Lohnkampf erfolgreich durchgeführt werden soll, daß die Kollegen die Streikenden unterstützen. Die Gelder sind an die Hauptkassette unserer Vereinigung nach Hamburg zu senden.

Zu Werbau ist der Streik der Weber der Firma C. G. Wähler mit theilweisem Erfolge beendet.

### Ausland.

Die Handschuhmacher Wiens haben in jüngster Zeit eine unsterbliche Lohnbewegung durchgeföhrt. Von zwanzig Firmen, bei denen Forderungen erhoben wurden, haben achtzehn entweder sofort oder schon nach kurzem vorübergehenden Ausstand die Forderungen bewilligt. Günstig ablehnend verhalten sich bloß zwei Firmen. Bei diesen wird deshalb auch jetzt noch gestreikt; Zugang von Handschuhmachern ist vor allem fern zu halten.

Die Schmiede und Stelmacher in Lausanne haben durch Vereinbarung mit den Meistern den Zehnstundentag, Minimallohn von 40 Cts. per Stunde, Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, 14tägige Lohnzahlung und Kündigung, Versicherung gegen Unfall, Bevorzugung der organisierten Arbeiter bei Neueinstellungen und Unterlösung jeder Maßregelung erreicht.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**München, 14. März.** (B. Z. B.) Der Polizeibericht schreibt: Ein Student der Rechte aus Berlin Fritz O. wurde heute früh mit einer Schusswunde im Unterleib in das chirurgische Hospital gebracht, wo er nach 2 Stunden verstarb. Es besteht kein Zweifel, daß die Verwundung auf ein Duell zurückzuführen ist.

**London, 14. März.** (B. Z. B.) Unterhaus. Das Mitglied des Unterhauses Davitt fragt die Regierung, ob im Falle eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und einer europäischen Macht britische Kriegsschiffe der amerikanischen Regierung geliehen werden sollen. Der Untersekretär des Auswärtigen Curzon verneint diese Frage.

**Rom, 14. März.** (B. Z. B.) Die Finisierkommission, welche mit der Prüfung der Crispi- Angelegenheit beauftragt war, hielt heute ihre letzte Sitzung ab. Der Bericht, welcher etwa 100 Seiten umfaßt, wird der Kammer am Freitag vorgelegt werden.

**Kayserli, 14. März.** (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Wie eine Depesche aus Johannesburg meldet, ist der Mithhaber der Firma Barnato Brothers, Wolf Joel, heute früh in seinem Komptoir erschossen worden. Der Mörder, ein früherer Soldat, wurde verhaftet.

**Savanna, 14. März.** (B. Z. B.) Zwischen Abtheilungen von Aufständischen, die sich unterwerfen wollten, und anderen, die sie hieran zu verhindern suchten, kam es zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Leichen der Führer Alvarez, Roney und Espinosa wurden gefunden. Eine Truppenabtheilung verfolgt die Aufständischen.

Die Abänderung des § 138a Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung.

Zur Rechtfertigung der vom „Reichs-Anzeiger“ gebrachten „Berichtigung“ veröffentlicht die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine von „ununterrichteter Seite“ herrührende Mitteilung. Es wird darin angegeben, daß der Sache ein redaktionelles Versehen zu Grunde liege, das zwischen der dritten Lesung und der Gesamtstimmabstimmung im Reichstage vorgekommen sei. Dann sagt der Offiziosus:

Wenn bei der Gesamtstimmabstimmung dieses Versehen unbemerkt blieb, so konnte dadurch, bei der rein formellen Natur dieser Abstimmung, eine der klaren Absicht des Reichstages zuwiderlaufende Änderung der in dritter Lesung gefassten Beschlüsse nicht bewirkt werden, vielmehr ist das Ergebnis lediglich als eine unrichtige Beurkundung des wirklich gefassten Beschlusses anzusehen. Da ferner auch die Zustimmung des Bundesraths zu dem Gesetzentwurf sich nur auf den vom Reichstage sachlich gefassten Beschluß und nicht auf dessen unrichtige Wiedergabe beziehen konnte, so entsprach der im Reichs-Gesetzblatt veröffentlichte Text in dem fraglichen Punkte nicht dem Gesetze, wie es von den gesetzgebenden Faktoren angenommen worden war.

Von der Beseitigung dieses Versehens konnte, wie sich in der Praxis herausgestellt hat, im Interesse der Sonntagstrübe der Arbeiterinnen nicht abgesehen werden. Arbeiterinnen dürfen nämlich nach § 105c a. a. O. zu Arbeiten, die zur Verhütung des Verderbens oder Mißlingens erforderlich sind, auch Sonntags herangezogen werden, soweit diese Arbeiten nicht an Sonnabenden im Wege der Ueberarbeit geleistet werden können. Der Fall ist nicht selten, daß Arbeiten, welche eine Unterbrechung vom Sonnabend bis zum Montag nicht zulassen, in der gegenwärtigen anderen Wochentagen kürzeren Arbeitszeit an Sonnabenden bis 5 1/2 Uhr nicht beendet werden können, während ihre Beendigung bis 8 1/2 Uhr abends möglich ist. Nach der bisherigen unrichtigen Fassung des § 138a Abs. 5 gehörten die in Ziffer 4 (§ 105c) bezeichneten dringenden Arbeiten nicht zu denjenigen, für welche Ueberarbeit am Sonnabend gestattet werden konnte. Es blieb also nur die Sonntagstrübe zu verkümmern. Dies entspricht, wie oben dargelegt, nicht der Absicht des Gesetzgebers, die wirkliche Absicht des Gesetzgebers mußte daher zu ungewissem Ausdrucks gebracht werden.

Nach dem Vorgange der im Reichs-Gesetzblatt von 1873 S. 138 veröffentlichten Berichtigung des § 95 des Militär-Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich wurde hierfür nach Einholung der Zustimmung des Bundesraths der Weg der Berichtigung im Reichs-Gesetzblatt gewählt.

In dieser Mitteilung des offiziösen Blattes wird also angegeben, daß der Reichstag den § 138 Absatz 5 in der Fassung angenommen hat, die im „Reichs-Anzeiger“ als angeblich falsch hingestellt wurde, und daß die Annahme dieser Fassung gerade bei der entscheidenden Abstimmung, nämlich bei der Gesamtstimmabstimmung erfolgt ist. Ueber den durch die Gesamtstimmabstimmung dokumentirten Willen des Reichstages allein hat aber der Bundesrath zu beschließen; was der Reichstag vorher, während der üblichen drei Lesungen beschließt, geht den Bundesrath staatsrechtlich gar nichts an.

Ebenso wenig glücklich ist der Offiziosus mit seiner Behauptung, von der Beseitigung des „Versehens“ des Reichstages könne im Interesse der Sonntagstrübe der Arbeiterinnen nicht abgesehen werden. Daß das nur eine Verlegenheitsausrede ist, zeigt sich schon daran, daß der Offiziosus falsch zitiert. Er sagt nämlich: „Arbeiterinnen dürfen nach § 105c zu Arbeiten, die zur Verhütung des Verderbens oder Mißlingens erforderlich sind, auch Sonntags herangezogen werden, soweit diese Arbeiten nicht an Sonnabenden im Wege der Ueberarbeit geleistet werden können.“ Die Worte „im Wege der Ueberarbeit“ stehen aber gar nicht in dem § 105c.

Ganz im Gegenteil, wie der Offiziosus angeht, würden durch die „Berichtigung“ des § 138a die Arbeiterinnen nicht von der Sonntagstrübe entlastet werden, sondern es besteht die Gefahr, daß sie künftig sowohl von 1/2-1/2 Uhr Sonnabends wie auch Sonntags würden schanzeln müssen, wenn der Unternehmer von der unteren Verwaltungsbehörde die Erlaubnis bekommt. Diese zu erhalten, ist aber für einen einkommensschwachen pfiffigen Unternehmer kein Kunststück.

Welch großen Mitleid die Arbeiterinnen von der Abänderung des § 138a haben würden, zeigt sich aber auch in anderer Beziehung. Nach der unterm 11. März d. J. erlassenen Bundesratsverordnung dürfen vom 1. März d. J. an bis zum 30. April 1898, also zehn Jahre lang die über 16 Jahre alten Arbeiterinnen der Konservensfabriken an den Wochentagen mit Ausnahme der Sonnabende täglich 13 Stunden lang beschäftigt werden in den Zeiten des Jahres, wo ein „vermehrtes Arbeitsbedürfnis“ eintritt. Daneben heißt es aber noch in der Verordnung: „Die Befugnis der unteren Verwaltungsbehörde, nach Maßgabe des § 138a Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung Ueberarbeit zu gestatten, bleibt für die Sonnabende unberührt.“ Das heißt, diese Ausnahmebestimmung hat auch für die Konservensfabriken nach wie vor Gültigkeit. Die untere Verwaltungsbehörde kann also, wenn § 138a Absatz 5 in der in der „Berichtigung“ des „Reichs-Anzeigers“ angegebenen Weise abgeändert wird, den Konservensfabrikanten das Recht ertheilen, die über 16 Jahre alten Arbeiterinnen, die kein Hauswesen haben und eine Fortbildungsschule nicht besuchen, zu zwingen, Sonnabends bis 1/2 Uhr abends zu arbeiten, denn den erforderlichen Grund dazu: das Verderben von Nahrungsmitteln zu verhindern, werden die Konservensfabrikanten stets anführen können.

Es liegt also im Interesse der Arbeiterinnen, daß der Text des § 138a Absatz 5 in der Fassung aufrecht erhalten bleibt, wie er vom Reichstag bei der Gesamtstimmabstimmung beschlossen, vom Bundesrath akzeptirt und mit kaiserlicher Unterschrift durch den Reichskanzler im Reichs-Gesetzblatt veröffentlicht worden ist. Daß diese Fassung durch ein „Versehen“ des Reichstages zu Stande gekommen ist, war ein Glück für die Arbeiterinnen, das preiszugeben ihnen kein Mensch zumuthen kann. Wenn der Offiziosus den Vogel abschließen zu können meint, indem er sich auf einen Präcedensfall aus dem Jahre 1873 beruft, so trifft er auch damit vollkommen daneben.

Die damals im „Reichs-Gesetzblatt“ publicirte Mitteilung lautete wörtlich wie folgt:

Berichtigung.

In dem im 18. Stück des Reichs-Gesetzblattes für 1872 sub Nr. 898 abgedruckten Militär-Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 20. Juni 1872 (Reichs-Gesetzblatt für 1872 Nr. 18) sind S. 191 im ersten Absatz des § 95 zwischen den Worten „Festungshaus“ und „nicht“ infolge eines Druckerei-Versehens die nachstehenden Worte ausgelassen worden:

„bis zu fünf Jahren, im Falle Gefängnis oder Festungshaus.“

Der erste Absatz des § 95 hat hiernach wie folgt zu lauten: „Wird eine der in dem § 94 bezeichneten Handlungen vor versammelter Mannschaft oder gegen den Befehl, unter das Gewehr zu treten, oder unter dem Gewehr begangen, so tritt Gefängnis oder Festungshaus bis zu fünf Jahren, im Falle Gefängnis oder Festungshaus nicht unter Einem Jahre ein.“

Bei dieser Berichtigung handelt es sich also um ein Druckerei-Versehen, das bald entdeckt wurde. Die „Berichtigung“ des § 138a Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung betrifft aber kein Druckerei-Versehen, sondern sie stellt die textliche Abänderung eines vom Reichstag und Bundesrath vor vielen Jahren beschlossenen Gesetzes dar, welche „Berichtigung“ übrigens nicht im „Reichs-Gesetzblatt“, sondern nur im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht worden ist und des-

halb mit der Berichtigung aus dem Jahre 1873 in gar keiner Beziehung verglichen werden kann, ganz abgesehen von der Frage, ob die Form, wie der Druckfehler im Militär-Strafgesetzbuch berichtigt wurde, einwandfrei ist oder nicht.

Schon aus diesem Grunde genügt also die Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags-Präsidenten nicht, um der „Berichtigung“ des § 138a Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung die Rechtsfähigkeit zu verleihen. Daß der Reichstags-Präsident nicht über die Abänderung von Gesetzen bestimmen kann, sondern die Sache des Reichstages selbst ist, sei nur nebenher erwähnt. Außerdem kann der jetzige Präsident über die Sache nicht mehr wissen als jedes andere Mitglied des Reichstages, und Herr v. Dewow, der 1891 das Präsidium führte, ist ja nicht mehr im Amt.

Kurz, die Berichtigung der Abänderung des § 138a ist vollständig verfehlt. Die Abänderung kann, wenn man darauf besteht, nur im Wege der Gesetzgebung vorgenommen werden.

Wahlbewegung.

Für den Wahlkreis Tilsit-Niederung stellen die Litzbauer den durch seine litauischen Propagandaschriften bekannten Dr. Sauerwein als Reichstags-Kandidaten und im Kreise Labian-Wehlau an Stelle von Sapat-Paninen, welcher die Annahme der Kandidatur abgelehnt hat, den Besitzer Zushla-Wegnohen auf.

Eine Versammlung der Vertrauensmänner des „Bundes der Landwirthe“ im Wahlkreise Kassel-Melsungen verwarf mit allen gegen eine Stimme die Kandidatur Wegmann und erklärte sich für Unterstützung des Kandidaten der deutsch-sozialen Reformpartei (Schad). Die Versammlung fordert die vereinigte konservativ-nationalliberale Partei in Verantwortung ihrer Anfrage, auf sich mit oben genannter Partei (Reformpartei) über die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten zu einigen; der Bund würde dann auch diesen Kandidaten zu dem seinigen machen.

Der Vorstand des bayerischen Handwerkerbundes ist auch von der Sammelmanie befallen. Er erklärt einen Aufruf, in dem es am Schluß heißt: „Wenn es auch wichtig ist, die Kandidaten auf ihre Handwerkerfreundlichkeit zu prüfen, so ist doch in jedem Falle die Stimme offen gegen die Sozialdemokratie abzugeben, auch dort, wo wir, um den anderen Kandidaten zum Siege zu verhelfen, einen Bruchtheil unserer politischen Ueberzeugung dem großen Gedanken der Sammlung aller Ordnungsfreunde zum Opfer bringen müssen.“

Im Manheimer Wahlkreise ist von der nationalliberalen Partei der bisherige Vertreter des Kreises Rechtsanwalt Wassermann wieder aufgestellt.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen in Oeffen-Rassau. In Kassel kommen von 14 Kandidaten unserer Partei genau 7 in die Stichwahl. In Bettenhausen und Heiligenrode siegte die sozialdemokratische Liste mit großer Mehrheit. Weiter wurden Kandidaten unserer Partei gewählt: in Oberrod 4, in Echersheim 2 (und 1 kommt in Stichwahl), in Söffenheim 1, in Sinnheim 4.

Bei der Gemeinderathswahl in Jülichow bei Stettin wurden in der 3. Klasse die beiden Kandidaten des sozialdemokratischen Wahlvereins mit 119 und 133 Stimmen gegen 40 und 52 Stimmen der Gegner gewählt.

Soziales.

Zur Grubeninspektion. Ueber die ministerielle Befragung der Oberpräsidenten und Ober-Bergämter in Preußen, ob bergpolizeiliche Unterbeamte aus dem Steiger- und Arbeiterstande angestellt oder Delegirte der Bergarbeiter berufen werden sollen, schreibt die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“:

„Es ist selbstverständlich, daß die Grubenbesitzer, wie ihre Organe ja auch schon kundgegeben haben, gegen die Vernunft von Delegirten der Bergarbeiterhaft sich ins Zeug legen und, da sie doch einige Konzessionen machen müssen, für die Auswahl der Hilfskontrollen durch die Behörden eintreten werden. Offentlichlich berichten die um Auskunft angegangenen Stellen nicht bloß die Anschauungen der Bergwerksbesitzer, sondern auch die der Arbeiter nach Berlin. Bekanntlich ist selbst der Gewerksverein christlicher Bergleute für die freie Wahl der Hilfskontrollen durch die Arbeiter! Ferner muß unbedingt gefordert werden, daß die Bergleute selbst vor Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs gehört werden. Am vernünftigsten und zweckmäßigsten wäre es, wenn man ihre selbstgewählten Vertrauensleute, die Leiter ihrer Organisationen, beriefe. Wenn indes dieser Weg dem Herrn Minister zu „revolutionär“ erscheint, so berufe er mindestens die Berggewerbergerichtsbekanntlichen. Gegen die Anhörung dieser gesetzlichen Vertreter der Bergarbeiter können die Grubenbesitzer nichts einwenden!“

Der „Frankf. Zig.“ wird geschrieben: Seit einigen Tagen treffen auf den verschiedenen Zechen des Ruhrreviers täglich höhere Bergbeamte ein, die eine gründliche Revision der Gruben vornehmen. Wie ich erfahre, soll in dem System der Grubenlampen eine Aenderung erfolgen, und zwar dergestalt, daß an die Stelle der heute im Gebrauch befindlichen Oellampen Benzolampfen mit Selbstzündkerzen treten. — Die Zahl der Unfälle ist in der letzten Woche wieder sehr erheblich gewesen.

Dem Verband deutscher Arbeitnachweise ist nunmehr auch der größte deutsche kommunale Arbeitnachweis, das Arbeitsamt München, beigetreten, ebenso das städtische Arbeitsamt Stuttgart. In dem Verbands sind jetzt alle bedeutenden allgemeinen Arbeitnachweise des Deutschen Reiches vertreten.

Die Handweber in Schlessien muß mehr und mehr den mechanischen Betrieben weichen. So z. B. gab es in Reinerz in der Grafschaft Glatz im Jahre 1892 noch 298 Handweber; jetzt nur noch 184. In den paar Jahren hat sich also an dem einen Ort die Zahl der Handweber um 114 vermindert.

Die Arbeitslosen-Versicherung soll in der Stadt St. Gallen wieder eingeführt werden, wobei man die Fehler, an denen der erste Versuch scheiterte, vermeiden will. Als solche Fehler werden bezeichnet die Höhe der Beiträge der Arbeiter, die Komplexivität der Verwaltung, die Nichteranziehung der Unternehmer zur Beitragsleistung, das Obligatorium für Arbeiter, die selten arbeitslos werden etc. Nach dem Projekt des bekannten Sozialpolitikers Prof. Dr. Hoffmann soll sich die Versicherungspflicht nur erstrecken auf Tagelöhner, Erdarbeiter, Handlanger, Maurer, Steinhaue, Gipser, Zimmerleute, Maler, Dachdecker, Gärtner, Ausläufer, Backer und Appreteure, während den Schneidern, Schloßern und Spatzen der freiwillige Beitritt offen bleiben soll. Die Zahl der so beschränkten Versicherungs-pflichtigen würde 400 betragen. Die Prämie soll auf 20 Ctr. pro Woche festgesetzt werden, die Unterstüßung würde nur für die Wintermonate November bis März erfolgen. Von Staat und Gemeinde wird ein Jahresbetrag von 10000 Fr. erwartet. In Verbindung mit der Arbeitslosen-Versicherung soll ein Arbeitnachweis errichtet und eine allgemeine unsichthige kommunale Arbeitspolitik verfolgt werden. Man hofft, daß die Sache schon bald wieder in Fluß kommen werde.

Arbeiter-Sanitätskommission.

Der Winter mit seinen kurzen Tagen und langen Nächten ist ein Feind der Armut; für den Bescheidenen durch die langen Abende die Zeit der Vergnügungen innerhalb und außerhalb des Hauses, bringt er dem Wohlthätigen nur Noth und Entbehrungen in erhöhtem Maße, erschwert Arbeitselegenheit und gesteigerte Unterhaltungskosten. Besonders empfindlich wird den Armen das Wohnungseleid in einem Winter, der wie der diesjährige Regen und Sturm statt Schnee und Frost bringt. Es regnet, regnet, regnet. Die Kinder müssen im Zimmer bleiben, die Fenster werden ängstlich geschlossen gehalten, um die Heizung zu sparen und den Regen nicht hinein zu lassen, durchnähte Kleidungsstücke trocknen in der Küche, häufig dem einzig geheizten Raum, in welchem die ganze Familie zusammengepackt ist. Und nach und nach dringt das Wasser durch Decken und Wände, verstopft die Poren im Mauerwerk und tropft herab, macht die Luft im Zimmer muffig und dumpf und schafft den Nährboden für Schimmel und Schwamm, die nicht bloß Fußboden und Tapeten, sondern auch des Armen Haß und Gut und seine Gesundheit zerstören.

Mehr als sonst noch gelangen dieses Jahr Klagen über nasse, ungesunde Wohnungen an uns, mehr als sonst noch vermissen wir ein städtisches Wohnungsamt und städtische Gesundheits-Aufsichter, die solche gesundheitsgefährlichen Wohnungen beaufsichtigen und verbieten müßten und den armen Bewohnern dazu verhelfen, schleunigst aus denselben hinauszukommen.

Aber noch immer verlautet nichts von der Schaffung eines solchen städtischen Gesundheitsamtes. Wohl hat die Stadtverordneten-Versammlung im vergangenen Jahr eine Resolution gefaßt, in welcher sie den Magistrat ersucht, die Kosten für ein Gesundheitsamt in den diesjährigen Etat einzustellen, aber bis jetzt haben wir vergebens auf eine entsprechende Vorlage gewartet. Nach wie vor stehen diese armen Leute schußlos dem Hauspasha gegenüber, nach wie vor erklärt das Polizeipräsidium auf die Beschwerde derselben, daß die Polizei nicht einschreiten könne, da ein öffentliches Interesse nicht (!) vorliege, und verweist den Armen auf den Weg der Zivilklage.

Weidenweg 54 im Quergebäude zu ebener Erde bewohnt der Glaser Braun mit seiner Frau einen feuchten, vollständig dunklen Raum, der an einen Pferdestall grenzt. Der Fußboden ist mit Schwamm durchsetzt und vielfach durchlöchert, Wasser läuft an Thür und Wänden herab, an der nach dem Stall gelegenen Wand Pilzansätze. Gestank nach Pferden und Mist. Die Bewohner kränklich. Der Raum, der gleichzeitig als Werkstatt dient, ist für Menschen unbewohnbar. Trotzdem läßt der Verwalter den Miether nicht ziehen. Dresdenstr. 14, Hof 1. 3 Tr., aus drei Räumen bestehende Dachwohnung mit zwei freiliegenden Mauern. Die von sechs Personen bewohnten Zimmer sind an den Wänden naß und mit Schimmelauslagerungen besetzt. Die Möbel, Betten, Spinden, Kleidungsstücke verschimmeln, die Bewohner kränklich.

Eberswalderstr. 52, Quergebäude 4 Tr., bei Dooge, aus Stube und Küche bestehende Wohnung. Erstere so naß, daß die Bewohner ständig über Kopfschmerzen klagen und besonders das Kind nicht aus den Erkrankungen herauskommt.

Breslauerstr. 25, 8 Tr., nach 2 Seiten freie Wohnung aus Stube und Küche. Besonders die Giebelwand in der Stube so naß, daß sie ganz mit Pilzen angekleidet ist. Stöckiger Geruch. Garde-robe im Spind verdirbt. Von den 3 Kindern unter 4 Jahren ist eins bereits erkrankt.

Friedenstr. 80, Quergeb. part. Dunkle, feuchte Wohnung (Stube, Kammer, Küche). Pferdestall vor dem Fenster, eine Darmbehandlung unter der Wohnung. Schimmel an Fensterwand und Kleiderschrank. Schlechter Geruch.

Prenzlauer Allee 40b, Quergeb. 1 Tr. bei Gallat Neubau. Der Fußboden in den beiden Stuben ist naß und hat sich in der größeren infolge dessen um 4-5 Zentimeter gehoben. Schwamm anscheinend im Boden. Beim heizen stöckiger Geruch.

Franzstr. 45 r. Seitenfl. 4 Tr. bei Krüger. Wohn- und Schlafraum nach zwei Seiten frei, an Giebel- und Fensterwand Schimmel von oben bis unten. Die Möbel stehen inmitten der Stube und verderben ebenso, wie die Kleidungsstücke. Die Bewohner, darunter 2 Kinder, kränklich.

Kl. Markusstr. 8, Neubau. Die ganze untere Etage noch naß. In den Restaurationsräumen befinden sich üppige Pilzrasen an den Wänden und Waben auf der Tapete. Die Gäste klagen über den muffigen Geruch, die Bewohner kränklich.

Lichtenbergerstr. 18, 4 Tr. bei Seiffers. Die freistehende Giebelwand des Vorderzimmers zeigt von oben bis unten Schimmelpilz-Überzug. Die Betten mußten von der Wand entfernt werden. Muffiger Geruch.

Ulmeshof 6 im Keller, der an und unter dem Niveau des Vorgartens liegt, ist Schwamm im Fußboden, trotz aller Reparaturen faulen die Balken immer wieder.

Steglicherstr. 88, Hof im Quergebäude parterre. Dunkle und nasse Wohnung, bestehend aus einem schmalen „Zimmer“ und einem höher gelegenen niedrigen Schlafraum, einer Art Hänges-boden, in dem oben ein Kochherd steht. Die Bewohnerin ist asthmatisch und leidet ihrer Einbindung entgegen. Es ist unerträglich, urtheilt der behandelnde Arzt, die Frau aus dieser Wohnung zu entfernen.

Chauffeestr. 20. In den Fabriken des 2. und 3. Quergebäudes sind eine sehr große Anzahl männlicher und weiblicher Personen beschäftigt, von denen etwa 150-200 auf drei auf den Höfen befindliche, offene Klosets zu gehen genöthigt sind. Die Klosets sind nicht zu verschließen oder zu verriegeln, sodas es zu den ärgsten Unzuträglichkeiten kommt. Die Arbeiter halten es für nothwendig, daß auf dem linken Hofe mindestens noch eines und auf dem rechten Hofe zwei (natürlich verschließbare) Klosets eingerichtet werden.

Mitte Jakobstr. 108 im rechten Seitenschüßel liegen (neben 2 geschlossenen) 2 offene Klosets, die auch nicht zu verriegeln sind, und 1 Pissoir. Die Besucher des letzteren müssen vor den Klosets vorbei und vom Hofe aus in jeder Besucher der Bedürfnisanstalt zu beschütigen. Die Klosets befanden sich bei einer zweimaligen Kontrolle in total beschimmtem Zustand und wurde von den Arbeitern mehrerer Werkstätten benutzt. Ein anderer Theil der Arbeiter geht auf zwei auf dem Hofen unter dem Dach gelegene Klosets, die außerdem noch von 12-15 Familien benutzt werden sollen.

Schönhauser Allee 46. Auf dem kleinen Hof befinden sich Abtritte auf Gruben, die ebenso wie die unter dem Wohnungsfenster gelegene Müllkiste und das Pissoir ohne Spülung in der Gastwirthschaft die Luft verpesten.

Höfnickerstr. 127, im Fabrikgebäude parterre, 1 und 2 Tr. die Tischerei von Elm. Bis zu 40 Mann sollen auf 1 Hoffloset angewiesen sein. Außerdem giebt es keine Wasserleitung im Fabrikgebäude.

Weidenbergerstr. 72a. Der Hofbrunnen giebt stinkendes, gesundheitsgefährliches Wasser, trotzdem ist er zugänglich für jedermann. Neulich schlechtes Wasser sollen auch die Brunnen der Nachbarhäuser geben.

Dresdenstr. 85. Die Arbeiter der im 3. Hof 3 Treppen bei Pilles gelegenen Lederwaren-Fabrik beklagen sich über den Lärm des Gasmotors der darüber gelegenen Schleiferei. Das Geräusch ist tagelang so arg, daß die Fenster scheibeln klirren und der ganze Arbeitsraum erschüttert wird. Alle Beschwerden bisher fruchtlos.

Für die Arbeiter-Sanitätskommission gingen ein: 3 M. von der Arbeiter-Bildungsschule.

## Kommunales.

Aus dem Verwaltungsbericht, den die Deputation für die städtischen Kanalisationenwerke und Rieselfelder über ihre Geschäftsführung im Verwaltungsjahre 1. April 1896/97 in diesen Tagen erstattet, entnehmen wir folgendes: Den elf Abteilungen des Stadtgebietes, den Abteilungsnummern I—X und XII, welche schon seit Jahren befriedigend funktionieren, wird in nächster Zeit als letzter der Kanalisationenwerke Berlin in seinen gegenwärtigen Grenzen das Abteilungsgebiet XI hinzutreten. Dieser Bau, auf dem in der Öffentlichkeit vielbesprochenen Gebiet rechts und links von der Greifswalderstraße, etwa vom Nordring der Verbindungsbahn bei Weißensee sich erstreckend — ein weiter Strich Altkönigs, nur hier und da mit einigen Häusern besetzt — wird nun wenigstens in dem Umfange eines Teilprojektes, das die dem Verkehr zunächst liegenden Gebiete umfaßt, den beteiligten Kreisen die Erfüllung ihrer Wünsche bringen, indem es weite Striche städtischen Anbau erschließen und dem Häusermeer Berlins eine ganz neue Stadtgegend angliedern wird. Der Beginn des Baues hat nur noch der bereits nachgesuchten landespolizeilichen Genehmigung seitens des Polizeipräsidenten von Berlin und des Regierungspräsidenten in Potsdam. In den übrigen Stadtteilen ist der Bau von Straßenkanälen und Leitungen im Schritt mit der Entwicklung Berlins und der angeschlossenen Nachbargemeinde von Charlottenburg, Schöneberg und Lichtenberg fortgeführt worden. In dem ausgedehnten Betriebe der Kanalisationenwerke, der u. a. mit 11 Pumpstationen in den verschiedenen Stadtteilen nebst vielen Maschinen mit einer Anzahl von Pferdekräften ausgestattet war, sind nennenswerte Störungen nicht vorgekommen. Die Rieselfelder hatten diesmal erfreulicherweise recht gute Wirtschaftserfolge. Von den sechs Administrationsbezirken, dreien im Norden und dreien im Süden von Berlin, haben vier mit Ueberschüssen und nur zwei, die jüngsten Bezirke, mit indessen nur mäßigen Zuschüssen gewirtschaftet. Wie berichtet wird, ist im allgemeinen eine Mittelernte erzielt worden. Insbesondere sind Wintergetreide und Getreide gut geblieben und zu besseren Preisen als im Vorjahre abgesetzt worden, während die Sommerfrucht bei dem ungünstigen Wetter während der Vegetation und Ernte zum Teil misrathen ist. Der Strohhaf hat sich infolge der Anwendung von Strohpressen gehoben, das Rieselfeld hat bei reichlicher Ernte einen guten Absatz gefunden und der ziemlich große Viehstand ist von nennenswerten Verlusten freigeblichen. Insgesamt für alle Bezirke beläuft sich der Ueberschuß auf 184 385,19 Mark, gegenüber dem Vorjahre 1895/96, das mit einem Gesamtzuschusse von 69 978,15 M. abschließt. An diesem Wirtschaftsergebnisse sind beteiligt die Bezirke Ostorf mit 3362 M., Großberken mit 26 105 M., Falkenberg mit 85 338 M., Malchow mit 92 298 M., Ueberschüssen, dagegen Spandorf mit 15 902 M. und Blankenfelde mit 7414 M. Zuschüssen. In Prozentangaben der aufgewendeten Anlagekapitalien ausgedrückt, die allerdings bei der Eigenart des Rieselfeldes besonders hoch sind und sich nicht zum Vergleich mit gewöhnlicher landwirtschaftlicher Betriebsweise eignen, haben der Bezirk Ostorf 0,07 pCt., Großberken 0,40 pCt., Falkenberg 1,36 pCt. und Malchow 1,59 pCt. eingetragen, dagegen Spandorf 0,29 pCt. und Blankenfelde 0,13 pCt. Zuschüsse erfordert.

Wegen Erwerbs der zur Verbreiterung der Wallstraße vom Spittelmarkt bis zur Neuen Grünstraße erforderlichen Grundstücke hat der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung die Zustimmung beantragt, daß 1. die Grundstücke Wallstr. 95/96 und 97/97a, sowie die von den Grundstücken Wallstr. 92/93 und Spittelmarkt 1 zu Straßenweiden erforderlichen Flächen von ungefähr 750 Quadratmetern und 67 Quadratmetern im Wege der Enteignung, 2. das Grundstück Wallstr. 94/94a zu einem Preise von 60 000 M. freihändig erworben, 3. die auf den Grundstücken Wallstr. 92—98 und Spittelmarkt 1 befindlichen Parzellen gegen Mißgebot zum Abbruch verkauft werden und der Zuschlag ertheilt werde, wenn die Taxe der zuständigen Bauinspektion erreicht ist. Die Verhandlungen wegen freihändigen Erwerbs mit den Grundstückbesitzern unter 1 blieben ohne Erfolg. Der Kaufmann Louis Mawens berechnet sein Grundstück Wallstr. 92/93 mit 2 100 000 M. und den Werth der von ihm ferner abzutretenden Grundstücke, Wallstr. 97/97a und 98 mit 201 000 M. Er hat sich jedoch bereit erklärt, für den Fall eines freihändigen Erwerbs die Grundstücke 97/97a u. 98 mienlichlich an die Stadtgemeinde abzutreten, wenn ihm für das Hauptgrundstück Wallstr. 92/93 eine Entschädigung von 1 700 000 M. gezahlt werde; diese Forderung hält aber der Magistrat für hoch. Der Kaufmann Siebe hat einen freihändigen Verkauf des ihm gebührenden Grundstücks Wallstraße 95 abgelehnt, der Rentier Wenner für sein Grundstück Wallstraße 96 die frühere hohe Forderung von 40 000 M. anrecht erhalten, der Kaufmann Lorenz für die Abtretung seines Grundstücks Spittelmarkt 1 die Summe von 205 000 M. (1220,24 M. für den Quadratmeter) verlangt, was dem Magistrat für zu erheblich hoch erscheint.

Versorgungsordnung für das Lehrpersonal der höheren Schulen u. s. w. Der von der Stadtverordneten-Versammlung eingeleitete Ausschuss hat im großen und ganzen die Vorlage des Magistrats angenommen. Folgende Änderungen wurden beschlossen: Beim Gehalt der Oberlehrer wird folgende Resolution vorgeschlagen: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, in besonders geeigneten Fällen wegen gänzlicher oder theilweiser Anrechnung der über 4 Jahre hinausgehenden Thätigkeit als vollbeschäftigter Hilfslehrer eine Vorlage zu machen. Bei den Oberlehrern an den Mädchenschulen wurde beschlossen, daß die etatsmäßige Zahl dieser Stellen durch Umwandlung von ordentlichen Lehrstellen in Oberlehrerstellen um höchstens 10 Lehrstellen vermehrt werden kann. Den Lehrerinnen am Rosendepot wird eine Funktionszulage von 100 M., den wissenschaftlichen Lehrerinnen am Erziehungsbaue Kleinberken eine solche von 400 M. gewährt. Der Direktor der Taubstummen-Anstalt soll 4500 M. (statt 4000), der der Blindenanstalt 5500 M. (statt 5000) beziehen. Das Gehalt der Turnlehrer an den höheren Lehranstalten wurde wie folgt festgesetzt: Anfangsgehalt 2100 M., Höchstgehalt 2900 M., nach 12 Dienstjahren à 3 Steigerungen à 3 Jahre à 200 M. Bei den Zulagen für die Oberlehrer wurde noch folgende Resolution gefaßt: Die Versammlung bewilligt die Nachzahlung vom 1. April 1897 als einen durch den Vorschlag des Staates begründeten Ausnahmefall und verwahrt sich dagegen, daß dies ein Präzident gegenüber dem Prinzip sein soll, daß Gehaltssteigerungen nur von dem Zeitpunkt an zu gelten haben, wo sie nach dem ordnungsmäßigen Geschäftsgange durch Gemeindefestsetzung festgesetzt sind. Schließlich wurde noch folgende Resolution gefaßt: Diejenigen Direktoren, Lehrer und Lehrerinnen, welche durch die geringere Anrechnung des Wohnungsgeldzuschusses bei der Bemessung ihrer Pension eine Einbuße gegenüber den jetzigen Bestimmungen erleiden würden, sollen eine den jetzt geltenden Bestimmungen entsprechend höhere Anrechnung des Wohnungsgeldzuschusses erhalten.“

## Lokales.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht in Nationalökonomie kann Umstände halber nicht Mittwoch stattfinden, sondern wird heute, Dienstag, abgehalten.

Eine besondere Gefahr des Straßenbahnbetriebes, so schreibt uns ein Techniker, liegt in einer neuen Einrichtung, die bisher scheinbar ihren Zweck gut erfüllt, das ist die Einführung der elektrischen Glocke an Stelle des Zügelsignals für Anhalten und Abfahren der Straßenbahn-Wagen. Das Gefährliche dieser höchst unpraktischen Neuerung — denn auch mit der Elektrifizierung kann man technische Mißgriffe thun — wird erst bei einem größeren Unglück gewürdigt werden. Es ist nämlich sehr unangenehm für den Schaffner, den winzigen Druckknopf schnell und sicher zu treffen und schnell zweimal zu drücken.

Man denke an das häufige Ereignis, daß ein Fahrgast, eine Frau umgeschickt oder unvorsichtig absteigt und aus irgend einer Ursache ein Stück mitgeschleift wird; dann kann der Schaffner die alibi-währte Signalleine, welche ihm im Bogen zur Hand hängt, mit leichtem Griff erfassen, um zweimal zu ziehen und Halt zu signalisieren; er ist dabei sogar zuweilen noch im Stande, die Gefährdete mit dem freien Arm zu halten oder zu ergreifen. Will er aber den einzigen Punkt des Druckknopfes erreichen, dann muß er den Treffpunkt im Falle der Gefahr mit beiden Augen suchen, ihn seine Aufmerksamkeit zuwenden und muß dann mühsam zweimal drücken, um Haltsignal zu geben. Noch schlechter ist die Einrichtung für den Schaffner, der im Innern des Wagens elektrisch das Halt-Zeichen geben will; denn auch da muß er sich erst einen Druckknopf suchen, während ihm die lederner Zügelschnur früher bequem überall zur Verfügung stand. Die Konturrenzgesellschaft Behrenstraße—Trepow, die ja in technischer Beziehung der Großen Straßenbahn-Gesellschaft weit überlegen ist — nur nicht in der Schonung menschlicher Arbeitskräfte — hat denn auch in richtiger Würdigung jener Gefahr die Zügelschnur als Signal beibehalten, während die neuen elektrischen Wagen Schöneberg—Alexanderplatz mit dem unzuverlässigen elektrischen Läutesignal fahren. Beachtet man nun noch, wie gefährlich frei, das heißt ohne Vorderschuttsblech, wieder die Einsteigstufen liegen, so ist es erklärlich und auch bereits geschehen, daß der vor dem Wagen fallende in der Regel schon todtgesucht wird, ehe ihn die Räder erfassen. Es wird aber wohl, wie gesagt, erst noch einer Reihe schwerer Unglücksfälle bedürfen, bevor mit Hilfe energischer Sachverständiger daraus gedrungen wird, Fahrgäste und Fußgänger in gleicher Weise gegen die technischen Mängel der neuen elektrischen Betriebsmittel zu schützen.

Die Prügelstrafe in den Schulen. Die Erörterung dieser Frage hat uns mancherlei Zuschriften aus Fachkreisen eingetragen, die an sich zwar zum Theil von einer gewissen Einseitigkeit Zeugnis ablegen, im großen Ganzen aber immerhin der Beachtung werth sind. Wir glauben die Durchschnittsmeinung des gebildeteren Theiles der Lehrerschaft wiederzugeben, wenn wir ein Schreiben eines höheren Lehrers, dessen Name selbstverständlich ungenannt bleiben muß, hiermit wiedergeben. Zugleich wird in der Zusendung ein Verithum richtig gestellt, der uns kürzlich unterlaufen war. Der Herr schreibt uns: „Schon mehrfach und so wieder in der Freitagnummer habe ich mit Bekannten im „Vorwärts“ gelesen, daß in „höheren“ Schulen der Fasel überhaupt verpönt sei. Ich muß dem entschieden widersprechen. Wie es in höheren Mädchenschulen aussieht, weiß ich nicht, bin aber überzeugt, daß verständige Lehrer in solchen nicht prägen werden. In höheren Knabenschulen aber machen sehr anständige und humane Lehrer unter Umständen von dem ihnen ganz wie den Volksschullehrern zustehenden Züchtigungsrecht ganz ausgiebigen Gebrauch. Ich selbst bin eigentlich Gegner der Prügelstrafe für jedes Alter; in der Segta kommt es aber doch nicht selten vor, daß ich dem einen oder anderen kleinen Schlingel einen Jagdhieb versehe, den Söhnen aus „besseren Familien“ nicht an weitesten. Gernicht selten ist es auch, daß Väter direkt recht dringend darum bitten, den Hohnstoch bei ihren Sproßlingen doch ja nicht zu schonen. Und damit komme ich denn zu einem für die Frage höchst wichtigen Punkte: So lange in der häuslichen Erziehung Mißthe und Stock die Hauptrolle spielen, wird die Schule den Stock schwer ganz entbehren können. Unartige Jungen — und solche giebt es doch nun mal —, die an die idyllische Stille des Stills gewöhnt sind, werden sich durch mildere Strafen gewiß nicht leicht von Unarten abhalten lassen, der Lehrer wüßte denn ein pädagogisches Genie — sein, und die sind selten.“

In der Frage, ob es möglich ist, den Stock in der Schule gänzlich zu entbehren, gebührt den Lehrern gewiß eine der vornehmsten Stimmen. Man sind uns neben Pädagogen, die von diesem Züchtigungs-mittel den ausgiebigsten Gebrauch machen, auch solche bekannt, die grundsätzlich nicht prägen und durch Worte und Strofen, welche geeignet sind, das Gewissen zu stärken, meistens ebenso viel erreichen, wie andere mit dem Fasel. Daß außer diesen Extremen noch eine große Kategorie vorhanden ist, die den Stock nur in Nothfälle gebraucht, etwa wenn der Junge sich durch Unfähigkeit und Faulheit unrittmlich hervorhebt, ist ja selbstverständlich, und die Anwendung der Prügelstrafe in solchen Fällen wird ein verständiger Mann ja auch keineswegs so tragisch nehmen. Aber das Ziel eines jeden Lehrers sollte sein, die Kinder ohne den Fasel zu erziehen. Bedenken erleichtert würde der Weg zu diesem Ziel, wenn dem Lehrer nicht durch Aufbahrung einer übergroßen Schülerzahl der Beruf so sauer und anstrengend wie nur denkbar gemacht würde. Taurig ist es allerdings, wenn einige Eltern den Lehrer als eine Art Proflos ansehen und ihm eine Rolle zumuthen, die jedem gestillten Erzieher als Beleidigung erscheinen muß.

Berliner Rettungs-Gesellschaft. Vor einem geladenen Kreise von Stadtverordneten sprach am Sonnabend Abend im Langenbichlhaus Professor v. Bergmann über die Erfahrungen, die mit den Einrichtungen der Berliner Rettungs-Gesellschaft, deren Vorsitzender Prof. Bergmann ist, gemacht worden sind. Die allgemeinen Einrichtungen der Rettungs-Gesellschaft sind von uns ja schon in unserm Referat über den Vortrag geschildert worden, den Prof. v. Bergmann vor kurzem den Vertretern der Berliner Krankenkassen über dasselbe Thema gehalten hat. — Den Ausführungen vor den Stadtverordneten ist zu entnehmen, daß die telephonische Zentral-Vermittlungsstelle in den ersten vier Monaten des Bestehens der Gesellschaft 1709 Mal in Anspruch genommen worden ist, ein Beweis, daß eine solche Zentralstelle für den sofortigen Nachweis von Ärzten, Krankenwagen oder leerstehenden Betten in den Berliner Krankenhäusern einem vorhandenen Bedürfnis entgegenkommen ist. Die Zentralstelle ist zur Zeit durch 14 direkte, also Tag und Nacht in Funktion befindliche Fernsprecher mit 11 Krankenhäusern und drei Krankenwagen-Instituten verbunden. Ferner wird eine ebenfalls direkte Verbindung mit dem Polizeipräsidium geschaffen werden, sobald es dann möglich sein wird, auch des Nachts von jedem Polizeiviertel aus durch Vermittlung des Polizeipräsidiums mit der Zentralstelle telephonisch zu verkehren und die gewünschte Hilfe in kürzester Zeit zu bekommen. Die Zentralstelle erfordert einen Aufwand von etwa 15 000 M. im Jahr. Die geplanten Nebenwagen an der Peripherie der Stadt, die Tag und Nacht zur ersten Hilfeleistung geöffnet sein sollen, kosten jede etwa 9000 M. — Nach dem Vortrag gingen auch einige Stadtverordneten auf die Einrichtungen der Rettungs-Gesellschaft ein, die allerdings als sehr segensreich anerkannt wurden. Unter anderem drückte Genosse Singer seine Anerkennung aus und hob hervor, daß die Einrichtungen vor allem der Arbeiterbevölkerung zu gute kommen würden. Er sei deswegen bereit, ein Gesuch der Gesellschaft um finanzielle Beihilfe durch die Stadt Berlin in der Stadtverordneten-Versammlung zu unterstützen, — was auch von einigen anderen Herren zugesagt wurde.

Die Fachschule der vereinigten Maler bewies mit ihrer Aufführung, die am Sonntag im Schulgebäude Montensfeldstr. 7 stattfand, daß sie den Bestrebungen des modernen Kunstgewerbes nicht mehr fremd gegenübersteht. Leider sind aber die Verläufe, moderne, dekorative Flächenmalerei einzuführen, noch recht spärlich. Auch sind nur wenige der Versuche zum besten angefallen. Und doch sollte gerade von hier die notwendige Aenderung in den Anschauungen über dekorativen Schmuck ausgehen. Die Fachschule der vereinigten Maler sollte mit ihren ganzen Kräften sich wehren, daß sie ins Hintertreffen kommt. — Von den Lehrlingsarbeiten ist wenig zu sagen, es sind die üblichen Zeichnungen nach Gipsmodellen. Unter den zahlreichen Arbeiten der Gehilfen fällt besonders ein Maschinenbauer-Platten wegen seiner außerordentlich sorgfältigen farbigen Durcharbeitung auf. Dennoch dürfte die materielle Wirkung des Wappens eine sehr fragwürdige sein. Es enthält zu viel Farben, zu viel abgetönte Uebergänge, sodas keine Linie oder Fläche deutlich hervortritt und das ganze bei einiger Entfernug ineinander verschimmt. Dieser Art sehen einige Entwürfe, die unter Cemann'schem Einfluß entstanden sind, grundsätzlich gegenüber. Auf einem Blatt mit Schwänen ist

mit zwei Farben, monumentalen Linien und breiten, gut vertheilten Flächen eine ansprechende, wirkungsvolle Arbeit geschaffen. Als Wasser, das sogar einen nicht geringen künstlerischen Gehalt hat, muß das Blatt mit den Auerhähnen gelten. Die gekrümmten Zweige einer verkrüppelten Pflanze, ihre Nadelbüsche sind mit den Waldhühnern derartig verwebt, daß sie ein erstaunlich schönes Ornament abgeben. Die Farben sind nicht schreiend und wirken auf alle Entfernungen. Das wäre das Ziel für moderne Dekorationsmalerei. — Die Fachschule sollte endlich mit dem Einfließen der Moskows- und Renaissancemanieren aufhören. Denn die Hauptsache für einen Maler wird doch sein, mit wenigen Farben in kurzer Zeit eine Fläche dekorativ gefällig auszufüllen. Und das ermöglicht ihm allein die neue Methode, die nur die Methode des echten, ersten Kunstgewerbes ist.

„Erst jetzt.“ Wie eine Selbstanklage klingt folgende Einladung, die zu einer heute in der Urania, Brangelstraße, stattfindenden öffentlichen Versammlung mothenhaft unter der Bevölkerung des Südoftens verbreitet wird:

Der jetzt erst gegründete evangelische Arbeiterverein Berlins hat es sich zur Aufgabe gemacht, alle evangelisch-christlichen Arbeiter und Handwerker zu sammeln und geschlossen gegen die alles terrorisirende, Christenthums- und vaterland-schändliche Sozialdemokratie Front zu machen. — Den Mitgliedern der evangelisch-christlichen Männer- und Parochialvereine muß es Ehrensache sein, uns in diesen Bestrebungen zu unterstützen, unsere erste, große, öffentliche Versammlung der Gruppe Süd-Ost zu besuchen und unsere Reihen dort stärken zu helfen. Da diese Versammlung durch Säulenanschlag bekannt gegeben werden soll, so werden die Sozialdemokraten, durch das Vortrags-thema angezogen, in großen Massen erscheinen. Deshalb bitten wir unsere Fremde, rechtzeitig zu kommen und sich möglichst Sitzplätze zu sichern.“

Das „erst jetzt“ in der Einladung bedeutet, mögen die „Macher von's Ganzen“ wahr haben wollen oder nicht, daß die „christlichen und patriotischen“ Leute, die nun mit einem Male die Arbeiter vor dem Terrorismus der Sozialdemokratie retten und sie in der ihnen imputirten Liebe zu König und Vaterland schützen wollen, sich bisher den Teufel um das Wohl und Wehe des Proletariats gescheert haben. Erst jetzt, wo ihnen vor der immer stärker anwachsenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung angst und bange wird, riskieren sie den kläglichen Versuch, die Arbeiter nach König Stumm's Rezept zu „organisiren“. Vielleicht haben die Arbeiter ein mitleidiges Lächeln für die armen Schächer übrig, die sich ihnen heute mit solcher Inbrunst aufdrängen. Ob unsere Parteigenossen die mit so großem Geschrei angekündigte Versammlung besuchen wollen, ist natürlich ihre Sache. Wer aber hingeb, möge sich in acht nehmen, daß er nicht einer Nothwehr-Beleidigungs-Demunziation zum Opfer falle.

Wegen der Anstellung von „Fahrartenangeberinnen“ hat der Eisenbahnminister Thiele folgendes bestimmt: Von den am 1. April d. J. hinzukommenden hundert Stellen soll mindestens die Hälfte mit vollbeschäftigten Gehilfenin besetzt werden; es sind solche auch weiter einzustellen, falls sich nicht genügend viele Militär-anwärter melden. Mit der Führung der Anwärterinnenliste wird die königliche Eisenbahndirektion Berlin beauftragt. Die etatsmäßige Anstellung erfolgt unter Vorbehalt einmonatiger Kündigung, bei der Anstellung haben die Fahrartenangeberinnen den Dienst bei Staatsbeamten zu leisten. Angenommen werden nur unverheiratete weibliche Personen, kinderlose Wittwen und solche Wittwen, welche der Pflege ihrer Kinder entbunden sind. Die Anstellungs-Verordnungen müssen daher den Vorbehalt enthalten, daß das Dienstverhältnis im Falle der Verheirathung der Fahrartenangeberin ohne besondere Kündigung mit Ablauf desjenigen Kalenderquartals, in welchem die Beschließung erfolgt, zu beenden ist. Das Dienstverhältnis der Fahrartenangeberinnen ist demjenigen der Fahrartenausgeber gleichgestellt; das Mindestgehalt beträgt jährlich 1100 M. und steigt in 15 Jahren 1500 M.; daneben wird der Wohnungsgeldzuschuss für Unterbeamte gewährt. Die vorangegangene Beschäftigung als Gehilfin im Eisenbahndienste (in selbständiger Stellung) soll nach Maßgabe der allgemeinen Grundzüge mit der fünf Jahre übersteigenden Dauer auf das Befoldungsdiensalter angerechnet werden, wobei aber eine sechsmonatige Probezeit außer betracht bleibt.

Das prächtige Wetter am Sonntag hatte zum ersten Male nach des Winters unwürdigen Gebahren die Berliner wieder ins Freie gelockt. Die Grunewaldzüge brachten Ausflügler in dichten Scharen und auf dem Kurfürstendam war es vor den Staubwolken, die durch ungezählte Equipagen und Fahrräder aufgewirbelt wurden, kaum anzuhalten. Dergleichen waren die Ortschaften an der Obersee zahlreich von Berlinern und Berlinerinnen belebt, und selbst auf die See hatten sich schon etliche Seebäder hinaufgewagt. Zur Vorfeier des 18. März waren zahlreiche Arbeiter im Friedrichshain versammelt, doch sah man an der geweihten Stätte auch manchen Mann aus bürgerlichen Kreisen.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Hierdurch wird die rechtzeitige Beschaffung namentlich derjenigen Ausrüstung in Erinnerung gebracht, welche insbesondere am 1. April, aber auch sonst zu bestimmten Fristen zum Ankauf der Zivil- und Militärbedürfnisse gebraucht werden. Bei einem Theile des Publikums ist die Annahme verbreitet, daß derartige Beschaffungen sofort auszuführen werden können. Diese Annahme ist aber irrig. Die Ausfertigung setzt Ermittlungen voraus, deren Erledigung in der Regel 8—10 Tage in Anspruch nimmt. Anträge um Ausrüstung sind deshalb möglichst früh bei dem zuständigen Revier-Polizeibureau und zwar schriftlich anzubringen; das persönliche Erscheinen im Polizeipräsidium ist für die Erledigung durchaus zwecklos.

Der Verein der Brauerinnen Berlins und Umgegend hat an das Polizeipräsidium das Gesuch gerichtet, den hier überhandnehmenden Mißbräuchen in der Weiterveräußerung und Benutzung der den Brauerinnen gehörigen Bierstufen durch Erlaß einer öffentlichen Warnung entgegenzutreten zu wollen. Die weitere Benutzung der von den Brauerinnen den Abnehmern ohne Kaution übergebenen Flaschen kann nach § 246 R.-St.-G. eine Strafverfolgung nach sich ziehen. Die Polizeibehörden der Städte Tilsit, Reizen und Chemnitz haben schon derartige Warnungen erlassen.

Das unbefugte Stehlen eines Fahrrades auf den Straßen Berlins ist neuerdings in einem Fall als Verstoß gegen die Straßenpolizei-Ordnung aufgefaßt und mit 3 M. Ordnungsgeld bestraft worden. Die Polizei hat das Rad als „Fuhrgewert“ aufgefaßt. Der Fall lag insofern eigenhümlich, als der betreffende Radfahrer sich an die Polizei gewendet hatte, nachdem ihm sein Rad von der Straße gestohlen war, um deren Hilfe gegen den Dieb anzurufen. Statt der erwarteten Hilfe erhielt er der „Voss. Zig.“ zufolge aber zunächst die Ordnungsgeldstrafe. Da zweifelte noch einer an der Tüchtigkeit unserer Polizei.

Die Liebe zur Musik soll die Ursache des Selbstmordversuches gewesen sein, den am Sonntag ein junges Mädchen begangen hat. Die 16 Jahre alte Emma B., die Tochter einfacher Bürgerleute aus der Brangelstraße, genos eine höhere Schulbildung und zeigte eine besondere Neigung für die Musik. Nachdem sie die höhere Mädchenschule durchgemacht hatte, besuchte sie eine Handelsschule, um sich in der Buchführung anzubahnen. Obwohl dieses kaufmännische Fach ihrer Liebe zur Musik wenig entsprach, so arbeitete sie doch sehr fleißig, um möglichst bald selbständig zu werden. Das Mädchen, das von Kindheit an Klavier gespielt hatte, äußerte seinen Wunsch, sich zur Künstlerin auszubilden und zu dem Zwecke auch noch Geigenunterricht nehmen zu können, vor einem halben Jahre, sich aber damit bei den Eltern auf Widerstand. Durch den innerlichen Zwist und Ueberanstrengung wurde es nervös und kam so schließlich auf Selbstmordgedanken. Hätten die Eltern die Tiefe der Neigung ihrer Tochter richtig erkannt, so würden sie auf ihrem Widerspruch nicht beharrt haben. Aber es kam wohl zu keiner gründlichen Aussprache, und so brachte erst eine Katastrophe vollständige, aber verhängnisvolle Arbeit. Vorgestern Morgen nach dem Kaffee saß sie Emma B. ans Klavier, und ihr Spiel ließ nicht ahnen, daß sie trüben Gedanken nachhänge. Dann schrieb sie einen Brief, den sie unten in

der Wohnung liegen ließ, und ging in das Zimmer hinauf, das in demselben Hause ihr Bruder bewohnt, der augenblicklich auch bei den Eltern unten war. Kaum hinaufgekommen, jagte sie sich in das Zimmer des Bruders aus einem Revolver eine Kugel in die Brust. Der Bruder fand sie dann mit einer schweren Verletzung in ihrem Blute schwimmend daliegen. Arzt und Polizei ließen die Lebensmüde mit einem Krankenwagen nach „Bethanien“ bringen, wo sie bedenklich darniederliegt. Der Brief, den man unten in der Wohnung fand, war an die Eltern gerichtet. Die Tochter erklärte, daß sie ohne Erfüllung ihres Wunsches nicht leben könne, und daß die Eltern wegen ihres Schrittes um Verzeihung.

Der übliche Redaktions-Maitäfer aus dem Friedrichshain ist gestern bei uns eingetroffen. Allen Lesern, die etwa gleichfalls diese braven Thierchen für uns in Bereitschaft halten sollten, zur Nachricht, daß weitere Zusendungen überflüssig sind.

Die Haupthalle des Stettiner Bahnhofes wird am heutigen Dienstag wieder in Benutzung genommen werden, nachdem sie wegen Umbaus einige Zeit lang geschlossen war. Der Bau ist nunmehr fertiggestellt, und der Betrieb wird in der Haupthalle um 6 Uhr morgens wieder aufgenommen. Die östliche Nothhalle wird wieder eingeben. Die Kulkstiege und der Droschkenhalteplatz bleiben an den früheren Stellen.

Mit seinem fünfjährigen Sohn ist der geisteskranke Tuchmacher Ernst Kühn aus Wittstock seit Dienstag voriger Woche verschwunden. Er sollte in eine hiesige Heilanstalt aufgenommen werden, doch gelang es ihm, seiner Frau, die ihn begleitete, zu entweichen, als diese ihren in der Holzmarktstraße wohnenden Schwager aufsuchen wollte. Kühn ist 35 Jahre alt und fällt durch seinen wackelnden Gang auf. Wer etwas über die Verschwundenen weiß, wird gebeten, entweder das nächste Polizeirevier oder Herrn Wilhelm Kühn, Holzmarktstr. 35a part., zu benachrichtigen.

Die „Allgemeine Volks-Krankenkasse“ (S. 126), Mäckerstraße 176, bittet um Mitzutheilen, daß sie mit der Kasse „Volkswohl“, welche die Nr. 127 trägt, nicht identisch ist.

Aus unglücklicher Liebe hat sich am Sonntag Abend um 11 1/2 Uhr der 20 Jahre alte Expedient Arthur Homann, der bei einem Fachblatt angestellt ist und in der Saarbrückerstraße wohnt, mit einem Revolver auf sich erschossen versucht. Er hatte von Bekannten erfahren, daß seine Braut mit einem Anderen ausgegangen sei. In gebrochener Stimmung begab er sich nach Hause, wo sein Schloßgenosse durch den Ruf: „Adieu, geliebte Clara!“ erweckt wurde. Gleich darauf fiel der Schuß, der ihn in die Brust traf. Nach einem großen Blutverlust wurde er nach einem Krankenhaus gebracht.

Vom Balkon abgestürzt ist am Sonnabend Mittag in der Weimstr. 13 die elfjährige Tochter des dort in der dritten Etage wohnenden Puhers Bischof. Das Mädchen war erst kurz vorher aus der Schule gekommen und begab sich, während seine Mutter in der Küche beschäftigt war, wie häufig nach dem mit einem eisernen Geländer umgebenen Balkon und blickte über die Brüstung hinweg auf die Straße. Hierbei verlor die Kleine jedenfalls das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Mit gebrochenem Schädel blieb sie auf dem Strohsackflur todt liegen.

Theater. In der ersten Aufführung von Henrik Ibsen's Schauspiel „Hedda Gabler“, welche im Deutschen Theater am nächsten Sonntag, den 19., stattfindet, sind außer Louise Dumont in der Titelrolle und Frau Gertrud Eysoldt vom Igl. Hoftheater in Stuttgart, die Damen Agnes Müller und Luise v. Wilmig, sowie die Herren Hermann Rissen, Emanuel Meißner und Edgar Sauer beschäftigt. — Im Luisen-Theater wird Ibsen's „Hedda Gabler“ heute zum ersten Male gegeben.

Feuerbericht. Im Laufe der letzten beiden Tage war eine ganze Reihe Brände abzulösen. Schillingstr. 12 hatte sich ein Feuer entzündet und erheblichen Schaden verursacht. Oranienstr. 120 brannte die erste Etage vollständig aus, wobei die nicht versicherte Wohnungsinhaberin sammt ihren Afterspielern großen Verlust erlitten. Lanbenstr. 2 wurde ein im 2. Stock belegenes Damennantellager vollständig eingekerkert. Ein Zimmerbrand war Kanonenstr. 35 abzulösen. Zwei Kellerbrände mußten Barnimstraße 38 und Langestr. 35 beseitigt werden. Gerichtstr. 32 brannte der Fußboden im Bodenverschlage, doch konnte die Gefahr rechtzeitig beseitigt werden. Im neuen Abgeordnetenhaus, Prinz Albrechtstraße, hatten Sonntag Mittag im großen Sitzungssaal Theile des Baugerüsts Feuer gefangen, das aber gelöscht werden konnte, bevor es große Ausdehnung erreichte. Zur selben Zeit mußte Oranienstr. 154 in einer Tischlerei ein kleiner Brand beseitigt werden. Montag früh 6 1/2 Uhr brannte Steglitzerstr. 70 verschiedenes Hausgeräth. Nachmittags 4 Uhr erfolgte Wollinerstr. 47 in einer Kellerwohnung ein Brand, bei dem Gardinen und Möbel stark beschädigt wurden.

### Aus den Nachbarn.

Nizdorf. Bei der gestrigen Gemeindevahl wurden unsere Kandidaten, Buchdruckereibesitzer Janiszewski mit 803, Zigarrenfabrikant Herrmann mit 802 und Restaurateur W. Sy mit 761 Stimmen gewählt. Für den Kandidaten des Kommunal-Bezirksvereins Zimmermeister Hesse wurden nur 12 Stimmen abgegeben. Für Herrmann und Sy hat indessen eine Nachwahl stattgefunden, weil diese beiden nicht Grundbesitzer sind. Die Nachwahl ist auf den 4. April anberaumt.

Ein neues Postamt in Nizdorf wird sam 1. April in dem Hause Knefbeck, Ecke Wendastraße eingerichtet.

An der heutigen Gemeindevahl in Aldershof werden die Parteigenossen sich nicht beteiligen, da ihnen kein geeigneter Hauseigentümer als Kandidat zur Verfügung steht. Die Parteigenossen werden ersucht, sich an der Illumination am 18. März rege zu beteiligen, sowie am nächsten Sonntag die Versammlung zahlreich zu besuchen, in der die Bedeutung des revolutionären Gedankes erörtert werden soll.

Friedrichshagen. Parteigenossen! Die Gemeindevahl der 8. Wahlklasse findet am Mittwoch, den 16. März, von nachmittags 5 Uhr bis abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Franz Verhe, Friedrichstr. 81, statt. Nur der zweite Bezirk hat in diesem Jahre eine Wahl vorzunehmen, derselbe umfaßt die Straßen: Bellevuestraße, Breitspinnstraße, Kaiserstraße, Kasanienallee, Kirchstraße, Kurzstraße, Mühlenweg, Neu-Kamerun, Nahnisdorferstraße, Seestraße, Sprihenweg, Scharnweberstraße, Viktorienstraße und Wasserwerk. — Unser Kandidat ist Genosse Otto Park. Wenn ein jeder Arbeiter seine Schuligkeit thut, dann wird der zweite Sozialdemokrat in die hiesige Gemeindevertretung seinen Einzug halten. Es ist darum die Ehrenpflicht eines jeden Genossen, recht rege für die Wahlbeteiligung zu agitieren und die Sämmigen heranzuziehen. Das Wahlkomitee.

Zu Stralau finden morgen Mittwoch im Restaurant Storch, nebst die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Die Wahlhandlung ist auf die Stunden von 4 bis 7 Uhr festgesetzt, die Wahl der zuerst in Aktion tretenden dritten Abtheilung wird um 6 Uhr beendet sein. Von sozialdemokratischer Seite wird der bisherige Vertreter, Genosse W. Bud., wieder kandidieren. Da die dritte Abtheilung sehr umfassend ist und, abgesehen von den Beamten, fast sämtliche Grundbesitzer in sich schließt, so wird der Kampf besonders lebhaft werden. Jedem Parteigenossen erwächst daher die dringende Pflicht, auf dem Posten zu sein und sein Wahlrecht auszuüben!

Aus Stralau wird uns geschrieben: Die Gemeindevertretung beschloß sich vor einigen Tagen zum dritten Male mit dem Antrag des Herrn Rittergutbesizers Röder, betreffend die Einverleibung der am Markgrafendamm gelegenen, zum Rittergutbezirk Eichenberg gehörigen „Parzellen“ in die Gemeinde Stralau. Der Antrag wurde in zwei vorhergehenden Sitzungen von der Gemeindevertretung abgelehnt, weil Herr Röder sich nicht verpflichtet hat, von seinem eingewerblichen Grundstück so viel Terrain abzutreten, als die festzusetzende Baufluchtlinie für den zu regulierenden Markgrafendamm erfordert. Sämtliches Material, Karte etc., welches dem Herrn Röder bei Festlegung der Baufluchtlinie zur Einsicht und Zustimmung übergeben war, wird von

diesem hartnäckig einbehalten auch trotz eingeleiteter Beschwerden beim Landrath und erfolgter Aufforderung nicht herausgegeben. Der Gemeindevorsteher hat nun gegen den gefassten Beschluß, die Parzellen nicht einzuverleiben, Beschwerde erhoben, dieselbe wurde vom Kreisaußschuß als begründet erachtet und verfügt, daß die Einverleibung des Grundstücks des Herrn Röder zu erfolgen hat. Die Gemeindevertretung beschloß nun, gegen den Beschluß des Kreisaußschusses Beschwerde beim Bezirksaußschuß zu erheben; gleichzeitig wurde der Gemeindevorsteher beauftragt, mit Herrn Röder in Verhandlung zu treten und denselben zu veranlassen, den zur Regulierung nötigen Theil seines Grundstücks unentgeltlich an die Gemeinde abzutreten, in welchem Falle alsdann die Einverleibung ohne weiteres erfolgen soll. Tritt nun Herr Röder nicht freiwillig ab und wird die Beschwerde der Gemeinde als unbegründet erachtet, so hat das Entschuldigungsverfahren einzutreten, wodurch die Gemeinde eine ganz bedeutende Belastung erleidet. Röder hat alsdann auf Kosten der Gemeinde Stralau seinen Vortheil gewahrt. Alle sonstigen Adjazenten haben sich zur unentgeltlichen Abtretung des nötigen Sitzplatzterrains bereit erklärt.

Vom Amt suspendirt wurde nach Einleitung eines Disziplinarverfahrens der Prediger Wood aus Nizdorf. Man legt ihm zur Last, daß er mit einem jungen Mädchen ein Verhältnis eingegangen sei und es trotz eines Eheversprechens habe lösen lassen. Die Entschuldigende hat beim Konsistorium Anzeige erstattet, die zu den Maßnahmen gegen W. führte. Die eingeleitete Untersuchung erstreckt sich auch noch auf einen anderen Fall, der von einer Konfirmandin zur Sprache gebracht wurde.

In Vorsig's Werken zu Tegel ist gestern Mittag dem Arbeiter Piech der linke Fuß vollständig vom Schwungrad der Maschine eines Gasmotors zermalmt worden. Der Unglückliche blieb eine Viertelstunde im Schwungrad hängen und mußte dann noch etwa eine halbe Stunde auf den Arzt warten. Piech wurde endlich, nachdem er verbunden war, im Krankenwagen nach einem hiesigen Krankenhaus gebracht. Die Mitarbeiter des Bergbauamtes schreiben die Ursache des Unglücksfalles dem Umstande zu, daß der Arme, der nur geringe Kenntniß vom Umgange mit der Maschine hatte, erst seit einigen Tagen an dem gefährlichen Plage beschäftigt war und als Reuling nicht einmal jemanden zugefleht erhielt, der ihn im Bedienen der Maschine unterrichten konnte.

### Soziale Rechtspflege.

Einem Vertrauensbruch warf der Tapetenfabrikant Cromberger dem Malermeister N. vor. Der Unternehmer weigerte sich, dem Arbeiter eine Gehaltszuschußung von 80 M. wegen unberechtigter Entlassung zu zahlen. Herr Cromberger behauptet vielmehr vor der Kammer VIII des Gewerbegerichts, wo über die Angelegenheit verhandelt wurde, daß er zu der sofortigen Entlassung des Klägers durchaus berechtigt gewesen sei. N. habe gegen sein Verbot Pausen von Entwürfen zu Tapetenmustern mit nach Hause genommen. Daß dies verboten war, bestätigte ein Zeuge. Der Kläger gab die ihm vorgeworfene Thatsache zu, er meinte jedoch, die mitgenommenen Pausen seien nur eigene Versuche gewesen, die gar keinen Werth hätten. Er habe zu Hause versuchen wollen, seine Geschicklichkeit zu erweitern, nicht aber sei es ihm in den Sinn gekommen, Geschäftsgeheimnisse zu verrathen. Des Klägers Darlegungen machten einen durchaus glaubwürdigen Eindruck. Der Zeuge, ebenfalls ein Zeichner, wurde gutachtlich darüber gehört, ob der Befehl jener Typenpausen eine Gefährdung des Cromberger'schen Geschäftes ermöglige. Der Zeuge bejahte diese Frage mit Rücksicht darauf, daß aus den Pausen die im Geschäft des Beklagten erfundene eigentümliche Komposition der zeichnerischen Ideen zu ersehen sei. Der Gerichtshof wies die Klage mit folgender vom Assessor Meier gegebenen Begründung zurück: Es sei ganz gleichgültig, ob der Kläger im guten Glauben oder mit böser Absicht gehandelt habe. Denn thatsächlich habe er sich eines Vertrauensbruchs schuldig gemacht, indem er eine Anzahl Pausen mitnahm, obwohl ihm dies ausdrücklich verboten gewesen sei. Somit sei die Entlassung zu recht erfolgt.

Weil sie nicht die Arbeitgeberin sei, lehnte die Firma Benedix Söhne, Aktiengesellschaft für Holzbearbeitung, es vor dem Gewerbegericht ab, auf einen Lohnentbehauptungsanspruch des Einsehers B. einzugehen. Der Kläger begründete seinen Anspruch damit, daß er ohne geschlichen Grund sofort entlassen worden sei. Außer der Entschuldigende beanspruchte er gemeinsam mit seinem Vater einen Restlohn. Ueber das Verhältnis des jüngeren B. zur belagten Firma wurde einer ihrer Angestellten vernommen. Dieser sagte aus, nur der Vater B. habe bei Benedix Söhne in Arbeit gestanden und zwar habe er in Afford gearbeitet. Einem Tages habe er ihn, den Zeugen, gefragt, ob ihm nicht sein Sohn helfen könne. Zeuge habe darauf erklärt, er hätte nichts dagegen. Von da ab habe denn B. junior seinem Vater bei der Fertigung seiner Arbeit geholfen, hierdurch sei er aber zur Firma selbst in keine nähere Beziehungen getreten. Ihn habe man nie besonders bezahlt. Die Kammer IV des Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Assessors Dr. Gerth wies hierauf den jüngeren B. mit seinem Anspruch ab, weil er nicht Arbeiter der Belagten gewesen sei. Die Restlohnforderung erkannte der Vertreter der Firma freiwillig an.

### Gewerkschaften.

Die rothe Fahne. Nach der Magdeburger Polizeiverordnung vom 21. April 1891 dürfen rothe Fahnen, deren Entfaltung als Demonstration gegen die bestehende Ordnung zu wirken bestimmt und geeignet sind, nicht öffentlich sichtbar angebracht werden. Hiergegen sollte sich der Gastwirth Müller vergangen haben; er wurde deshalb vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 20 M. verurtheilt. Das Landgericht wies seine Berufung zurück. Der Thatsachenbestand war folgender. Zu Ehren von Delegirten der Zimmerleute, die im Saale des Angeklagten Sitzungen abhielten, hatte Müller im Saale Guirlanden anbringen lassen, von denen sieben rothe Fahnen herabhingen. Diese Dekoration blieb später erhalten, bis sie auf polizeiliches Einschreiten entfernt wurde. In der Zwischenzeit fanden im selben Saal verschiedene Versammlungen anderer Gewerkschaften etc. statt. Gerade hieran nahmen Polizei und Gerichte Anstoß. Die Strafkammer schloßfolgerte: Allerdings mußten die rothen Fahnen öffentlich sichtbar angebracht sein, um ein polizeiliches und gerichtliches Einschreiten zu rechtfertigen. Nun hätten in dem Saale mehrfach öffentliche Versammlungen, ausgehend von verschiedenen Vereinen, stattgefunden, zu denen jedermann Zutritt gehabt habe. Die Dekoration sei also der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gewesen, folglich könne hier von einem öffentlich sichtbar daren Ausbringen geredet werden. Auch seien die rothen Fahnen bestimmt und geeignet gewesen, als Demonstration gegen die bestehende Ordnung zu wirken. Die Polizeiverordnung selber sei durchaus rechtmäßig. Gegen dieses Urtheil legte Rechtsanwalt Landsberg für den Angeklagten die Revision ein und machte geltend, der Begriff der Öffentlichkeit sei verkannt. Es komme lediglich darauf an, ob die rothen Fahnen von der Straße aus sichtbar gewesen seien; nur dann läge ein öffentlich sichtbar Ausbringen vor. Der Strafsenat des Kammergerichts hob die Vorentscheidung auf und sprach Müller frei. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Anwalts an, daß öffentlich sichtbar sei, was man von der Straße sehe.

Ein Rechtsstreit zwischen den Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft und dem Pfandbrief-Institut in Berlin beschloßte den dritten Senat des Ober-Verwaltungsgerichts in seiner letzten Sitzung. Die Finanzkommission der Aeltesten der Kaufmannschaft ist der Ansicht, daß Institute und Personen, die Kursmattler mit der selbständigen Wahrnehmung ihrer Geschäfte an der Börse betrauen, als Besucher der Börse im Sinne der Börsenordnung anzusehen sind, und daß sie darum zu Börsenbeiträgen

herangezogen werden können. Das Berliner Pfandbrief-Institut, das in dieser Weise handelt, wurde darum zu den Börsenbeiträgen herangezogen. Dem Komite war es vorbehalten, die rechtlich streitige Frage nach der Berechtigung eines solchen Vorgehens zum Austrag zu bringen. Eine Reihe anderer Reklamanten, die sich in derselben Angelegenheit an das Pfandbrief-Institut befanden, wurden auf den Ausgang des schwebenden Rechtsstreites verwiesen. Das Ober-Verwaltungsgericht hat nunmehr zu gunsten der Aeltesten der Kaufmannschaft entschieden, indem es ausführte, die Pfandbrief-Institute sind Kursmattler im Sinne der Börsenordnung, die Person aufgefaßt werden, die den Kursmattler für sich an der Börse wirken lassen. Das Pfandbrief-Institut sei deshalb von den Börsenbeiträgen freizustellen.

Die „Berliner Ausstellung internationaler Kunst- und Industrie-Erzeugnisse“, welche die Gerichte schon so vielfach beschäftigt hat, gelangte gestern wiederum vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I in der Berufungsinstanz zur Erörterung. Im September 1896 erschien in verschiedenen Berliner Zeitungen eine Notiz, worin mitgeteilt wurde, daß die Staatsanwaltschaft nunmehr gegen den Kaufmann Hugo Bloch, welcher Schwindel-Ausstellungen ins Leben rufe, einen ausgedehnten Handel mit Ausstellungs-Medaillen betriebe und die deutsche Geschäftswelt diskreditire und andere, einschreite werde. Die Thatsache, daß gegen Bloch ein gerichtliches Verfahren eingeleitet war, war richtig; es kam auch zu einer umfangreichen Verhandlung, welche große Schlaglichter auf die erwähnte Ausstellung, die im Sommer 1895 in zwei Räumen eines Hinterhauses unter den Linden stattfand, warf. Bloch mußte indessen aus juristischen Gründen freigesprochen werden. Darauf hat er gegen sämtliche Zeitungen, welche die obige Notiz brachten, den Privatklageweg beschritten. Im Dezember v. J. hatten sich die Redakteure Strömann und „Berliner Morgen-Zeitung“, Keller zur „Berliner Tagesblatt“ und Großmann von der „Berliner Zeitung“ wegen Beleidigung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die Verhandlung endete mit Freisprechung der Beklagten, da angenommen wurde, daß der Beweis der Wahrheit erbracht sei. Es war damals der Geh. Kommerzienrath Goldberger als Gutachter vernommen worden. Er erklärte, daß die betreffende Ausstellung so gekennzeichnet worden sei, wie sie es verdienen. Es sei einfach ein sogenanntes „Erwerbs-Unternehmen“ gewesen. Schon der Titel des Unternehmens erzeuge einen falschen Eindruck und dessen Organisation könne kein Vertrauen erwecken! Die ganze Ausstellung sei als ein Verkaufsbazar anzusehen, dessen Inhaber nicht das Recht hätten, Medaillen zu vertheilen. Durch ein derartiges Unternehmen werde die heimische Industrie geschädigt. Bloch legte gegen das freisprechende Erkenntnis Berufung ein. Im gestrigen Termine wurde er durch den Rechtsanwalt Dr. Hirschfeld vertreten, während die Beklagten von den Rechtsanwälten Wisse und Dr. Halle verteidigt wurden. Die Kammer der Kommerzienrath Kühnemann als Sachverständiger geladen. Sein Gutachten fiel fast noch vernichtender aus, als das des Geheimraths Goldberger. Er bezeugte die fragliche Ausstellung als ein Unternehmen, das im Interesse der Industrie entschieden zu verwerfen sei. Es sei dringend zu wünschen, daß Wiederholungen nicht stattfinden, denn die deutsche Industrie werde dadurch im Ausland geschädigt. Auf die Frage des Rechtsanwalts Dr. Hirschfeld, ob der Ausdruck „Schwindel-Ausstellung“ gerechtfertigt sei, erwiderte der Sachverständige, daß er es vorziehe, seine innere Ueberzeugung nach dieser Richtung hin nicht zum Ausdruck zu bringen, da er sonst befürchten müsse, ebenfalls verklagt zu werden.

Der Gerichtshof verwarf die Berufung mit der Begründung, daß die Beklagten in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten.

Einem Beitrag zur Beurteilung des heutigen Verhältnisses zwischen Dienstherrschäften und Dienstboten lieferte eine Verhandlung wegen Unterschlagung und Verletzung des Briefgeheimnisses, welche vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II gegen die Dienstmagd Anna S. G. in der gestern verhandelt wurde. Bei dem Ingenieur Herms in Sanktewitz war im Oktober vorigen Jahres die Angestellte gegen ein Monatsgehalt von 17,50 M. in Dienst getreten. Nach der Anklage soll nun die Magd zwar stets Geld zu den erforderlichen Einkäufen erhalten, theilweise aber auf Vorrat gekauft und die Herrschaft somit beim Kaufmann mit 17,50 M., beim Bäcker mit 9,00 M. und beim Rohlfenbändler mit 3,20 M. zu unrecht belastet haben. Als der Kaufmann schließlich einen Mahnbrief an die Herrschaft richtete, hat die Dienstmagd denselben in Empfang genommen, geöffnet und unterschlagen. Später klagte der ohne Antwort gebliebene Kaufmann und ließ die Klage zustellen. Die Magd unterschlug die Klage, wie auch später die Urtheilsvollstreckung und so erfuhr der Dienstherr von seinen Schulden erst, als der Gerichtsvollzieher die Zwangsvollstreckung vornehmen wollte. Die Anklage sah somit sehr bedrohlich aus. Der Vertretiger, Rechtsanwalt W. Gabriel führte einen umfangreichen Entscheidungsbeweis. Der frühere Dienstherr mußte zeugeneidlich selbst ausgeben, daß er der Magd vom Oktober bis zum Februar keinen Pfennig Lohn ausbezahlt, sondern nur kleine Vorschüsse gegeben habe. Nach Abzug der unterschlagenen Beträge habe die Magd noch 28 M. von ihm zu erhalten. Indessen suchte er sein Verhalten damit zu entschuldigen, daß er (obwohl Berliner) der Ansicht gewesen sei, daß der Lohn nach Monaten berechnet werde. Der Verteidiger folgerte daraus, daß das Mädchen in dringendster Noth gehandelt habe, als sie beim Kaufmann Schulden machte, die sie nach Empfang des ihr zustehenden Lohnes bezahlen wollte und thatsächlich auch bezahlt hat. Daß es in Berlin und Umgebung nicht Sitte sei, Dienstboten halbjährlich zu zahlen, wisse jedes Kind und der Herr Ingenieur werde wohl auch nicht gern ein halbes Jahr auf Gehaltszahlung warten. Der Gerichtshof hielt die Angeklagte zwar der Unterschlagung in einem und der Verletzung des Briefgeheimnisses in zwei Fällen schuldig, fand aber so viele Milderungsgründe in der Sachlage, daß das Urtheil nur auf 20 M. Geldstrafe lautete.

Die Verhandlung gegen den Schuhmann Otto Volkmann, welcher eines unethischen Antritts gegen ein junges Mädchen bei Ausübung seines Dienstes beschuldigt ist, wird am Mittwoch, den 16. d. M., im kleinen Schwurgerichtssaale stattfinden, da bei dem zu erwartenden großen Andrang der Sitzungsaal der ersten Strafkammer zu wenig Raum bietet. Es werden zu der Verhandlung Karten ausgegeben werden, die am Sitzungstage in den Vormittagsstunden in der Gerichtsschreiberei, Zimmer 51, zu erbitten sind.

### Witterungsbericht vom 14. März 1898, morgens 8 Uhr.

| Stationen. | Barometerstand in mm rebar. auf d. Meereshöhe. | Windrichtung. | Windstärke (Scala 1-12). | Wetter.   | Temperatur nach Celsius (9/10 F.) |
|------------|--|---------------|--------------------------|-----------|-----------------------------------|
| Swinemünde | 760  | SW            | 1                        | heiter    | -0                                |
| Danenburg  | 761  | SW            | 1                        | bedeckt   | 0                                 |
| Berlin     | 762  | SW            | 3                        | wolkenlos | 2                                 |
| Wiesbaden  | 763  | W             | 2                        | Regen     | 0                                 |
| München    | 764  | W             | 2                        | wolkenlos | 0                                 |
| Wien       | 765  | SW            | 1                        | wolkenlos | 4                                 |
| Saparanda  | 761  | NO            | 2                        | Schnee    | -10                               |
| Petersburg | 761  | NO            | 1                        | Schnee    | -9                                |
| Port       | 763  | W             | 2                        | heiter    | 6                                 |
| Aberdeen   | 766  | W             | 5                        | heiter    | 4                                 |
| Paris      | 761  | W             | 3                        | bedeckt   | 6                                 |

Wetter-Prognose für Dienstag, 15. März 1898. Ziemlich kühl, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.





Abgeordnetenhaus.

46. Sitzung vom 14. März 1898, 11 Uhr.
Am Ministerische: Dr. Woffe.
Die Spezialberatung des Kultusetats wird bei dem Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“ fortgesetzt.

Abg. Büchhoff (H.) wünscht in den Volksschulen den Kindern eine genauere Kenntnis der gütigen Pilze beizubringen, um den recht häufig vorkommenden Vergiftungsfällen entgegenzuwirken.
Abg. Langenberg (Z) erörtert die Wechselbeziehungen zwischen Schule und Kirche und führt aus, daß seit dem Ministerium Falk der berechtigte Einfluß der katholischen Kirche auf die Schule noch nicht wieder hergestellt ist.

Minister Dr. Woffe stimmt mit dem Vordredner darin überein, daß für die Volksschule garnicht genug gethan werden könne; aber der verfassungsmäßige Zustand, daß die Volksschule eine Veranstaltung des Staates ist, muß aufrechterhalten werden.
Abg. Schröder (Pole) bringt eine Reihe von Klagen über den Volksschulunterricht in den polnischen Schulen vor.

Abg. Dr. Woffe (H.) wünscht eine Vermehrung der deutschen Unterrichtsstunden in all denjenigen Schulen Polens, wo die Kinder nicht die erforderliche Fähigkeit im Deutschen erlangen.
Abg. Dr. Neubauer (Pole) die polnischen Kinder seien in der Schule so überlastet, daß von einer Vermehrung der deutschen Unterrichtsstunden irgend ein Vortheil nicht zu erwarten sei.

Abg. Dr. Woffe (H.) wünscht eine Vermehrung der deutschen Unterrichtsstunden in all denjenigen Schulen Polens, wo die Kinder nicht die erforderliche Fähigkeit im Deutschen erlangen.
Abg. Dr. Neubauer (Pole) die polnischen Kinder seien in der Schule so überlastet, daß von einer Vermehrung der deutschen Unterrichtsstunden irgend ein Vortheil nicht zu erwarten sei.

Abg. Dr. Woffe (H.) wünscht eine Vermehrung der deutschen Unterrichtsstunden in all denjenigen Schulen Polens, wo die Kinder nicht die erforderliche Fähigkeit im Deutschen erlangen.
Abg. Dr. Neubauer (Pole) die polnischen Kinder seien in der Schule so überlastet, daß von einer Vermehrung der deutschen Unterrichtsstunden irgend ein Vortheil nicht zu erwarten sei.

Abg. Dr. Woffe (H.) wünscht eine Vermehrung der deutschen Unterrichtsstunden in all denjenigen Schulen Polens, wo die Kinder nicht die erforderliche Fähigkeit im Deutschen erlangen.
Abg. Dr. Neubauer (Pole) die polnischen Kinder seien in der Schule so überlastet, daß von einer Vermehrung der deutschen Unterrichtsstunden irgend ein Vortheil nicht zu erwarten sei.

Abg. Dr. Woffe (H.) wünscht eine Vermehrung der deutschen Unterrichtsstunden in all denjenigen Schulen Polens, wo die Kinder nicht die erforderliche Fähigkeit im Deutschen erlangen.
Abg. Dr. Neubauer (Pole) die polnischen Kinder seien in der Schule so überlastet, daß von einer Vermehrung der deutschen Unterrichtsstunden irgend ein Vortheil nicht zu erwarten sei.

Der Präsident schlägt hierauf Vertagung und Abendsitzung um 7 1/2 Uhr vor, zur Fortsetzung der Beratung.

Abg. Wetekamp bittet, von einer Abendsitzung abzusehen, um nicht den Anschein zu erwecken, als wolle man den Kultus-Etat geringwertiger behandeln, als andere Etats.
Dr. Sattler und Dr. v. Jedlich sind für Abendsitzung.
Das Haus stimmt dem Vorschlage des Präsidenten zu.
Schluß 3/4 Uhr.

Verfassungen.

Die Möbeltransport-Arbeiter (Kutscher, Packer etc.) berieten in einer am Sonntag abgehaltenen zahlreich besuchten Versammlung die Frage, ob es angebracht sei, für den bevorstehenden Umzugs-termin Forderungen auf Lohnerböhung zu stellen.
Die Referenten Schumann und Dreher beleuchteten unter Heranziehung vieler Einzelfälle die Lage der Arbeiter, welche bei Umzügen und Transporten Verwendung finden.
Wann schon die Lohnverhältnisse der dauernd beschäftigten Möbeltransport-Arbeiter keine günstigen seien, so sei die Lage der gelegentlich eingestellten Arbeiter eine noch weit ungünstigere, da dieselben mit 3 bis 3,50 M. Tagelohn bezahlt würden und nur auf eine Beschäftigungsdauer von etwa vier Wochen in jedem Vierteljahr rechnen können.
Zwar nehme man an, daß der Verdienst durch Trinkgelber erhöht werde, aber diese fallen in der Regel sehr knapp aus, und dann sei es für den Arbeiter auch im höchsten Maße entwürdigend, wenn er mit der Mähe in der Hand um Trinkgelber bitten müsse, von denen in manchen Fällen noch der Unternehmer einen Antheil fordere.
Eine Erhöhung der bisher gezahlten Löhne sei also wohl berechtigt, umso mehr, als der kürzlich gegründete Verband der Möbeltransport-Unternehmer einen Tarif für Umzüge festgesetzt habe, der einen wesentlichen Preisausschlag bedeute, und für den bevorstehenden Umzugstermin bereits durchgeführt werden solle.
Die bekannte Firma Kruener habe schon vor einigen Wochen — allerdings auf Veranlassung einer Veröffentlichung im Organ des Verbandes der Handels- und Transport-Arbeiter — den bei ihr beschäftigten Arbeitern eine Lohnerböhung bewilligt.
Man hätte Vertreter von Arbeitern aller größeren Möbeltransport-Firmen sich dahin geeinigt, der Versammlung folgende an die Unternehmer zu stellenden Forderungen zu empfehlen, die denen im Kruener'schen Geschäft bereits zugetheilten angepaßt sind:
1. Für festangestellte Packer und Kutscher 25 M. Wochenlohn.
2. Für neuangestellte Packer und Kutscher 21 M. Anfangslohn, von Jahr zu Jahr um je eine Mark steigend bis zur Höhe von 25 M.
3. Für nicht festangestellte Arbeiter 4 M. Tagelohn, während der Ziehszeit, d. h. 14 Tage vor und 14 Tage nach dem Quartals-Ersten, 4,50 M.
4. Bei hundertweiser Beschäftigung 50 Pf. pro Stunde; je angefangene Stunde ist voll zu bezahlen.
5. Der Lohn ist seitens der Firma an jeden Arbeiter persönlich zu zahlen.
6. Unter den vorübergehend beschäftigten Arbeitern ist die Arbeit möglichst gleichmäßig zu vertheilen und an jedem Abend bekannt zu geben, wer von ihnen am folgenden Tage arbeiten soll.
7. Die Unternehmer verpflichten sich, die Kundschaft von der Bewilligung etwaiger Trinkgelber nicht abzuhalten.
— Die Vereinigung der Möbeltransport-Unternehmer ist zu dieser Versammlung eingeladen worden, sie hat aber weder einen Vertreter entsandt noch überhaupt auf die Einladung geantwortet.
— Alle Diskussionsredner erkannten die Nothwendigkeit einer Lohnerböhung an. Eine Meinungsverschiedenheit machte sich nur bezüglich des zweiten Punktes der Forderungen geltend, indem einige Redner verlangten, daß die neuangestellten Arbeiter mit den festangestellten von vornherein im Lohne gleichgestellt würden. Dem widersprachen jedoch die Vertreter der Organisation. Sie machten geltend, daß diese Forderung an sich durchaus berechtigt sei, daß sie aber nach Lage der Verhältnisse keine Aussicht habe, von den Unternehmern angenommen zu werden, und daß, falls man darauf beharre, der Kampf unendlich erschwert und sein Erfolg in Frage gestellt werde.
Die Schlußabstimmung ergab die Annahme obiger vom Referenten vorgelegter Forderungen. Zur Durchführung derselben wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen: Schumann, Dreher, Neumann, Grunz und Rig. In der Zeit vom 15. bis 25. März sollen sich die Unternehmer über die Forderungen der Arbeiter entscheiden.

Die Maler waren am 25. Februar circa 200 Mann stark in den „Arminhallen“ versammelt. Ein Referat in eingehender Weise über den Posadowsky'schen Erlass und wies nach, daß derselbe in striktem Gegensatz zu den bekannten Februar-Erlassen des deutschen Kaisers vom Jahre 1890 stehe.
Wieder wies ferner an der Hand von Thatsachen nach, wie man veruche, dem Arbeiter die Ausübung des Koalitionsrechts unmöglich zu machen.
Statt daß man dem Arbeiter dieselben Freiheiten in der Ausübung des Koalitionsrechts gewähre wie dem Unternehmer, sehen wir, daß der Unternehmer die größten Gesetzesverletzungen offenkundig begehen kann, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden.
In der Diskussion sprach Nowusch. Bezüglich der Maler beschloß die Versammlung, wie dieber, so auch in diesem Jahre vormittags eine öffentliche Versammlung abzuhalten.
Ein Antrag von Wöbling, Marx und Einl. der dahingehet, daß, da in diesem Jahre ein Ausfall an dem Arbeitsverdienste durch die Malerfrage nicht entfiel, so hat jeder arbeitende Maler und Berufsgenosse eine Malerliste à 1 M. zu entnehmen, welche dem Agitations- resp. Unterstützungsfonds zuzuführt, wird angenommen.
Der An denken der aus dem Schlachtfelde der Arbeit gebliebenen Opfer der Vergleuten bei Bochum ehrte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen.

Der Zweigverein Berlin des Verbandes deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmachergehilfen hielt am

10. März seine Versammlung ab. Ueber die Anträge zum Bezirkstage konnte nicht verhandelt werden, weil die am 1. d. M. fällige Zeitung nicht erschienen war.
Zu Punkt 3 der Tagesordnung „Bewilligung eines Kranzes für die Märzgefallenen“ gab Staroffson in kurzen, markigen Worten einen Auszug aus der 1848er Bewegung und kam zu dem Schluß, daß wir die Opfer jener Tage am besten ehren, wenn wir für das von ihnen Begonnene in ruhiger würdevoller Weise weiter kämpfen.
Die Versammlung stimmte seinen Ausführungen zu und bewilligte einen Kranz.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlin und Umgegend nahm in seiner Generalversammlung am 8. März einige Statutenänderungen vor. Die Mitglieder wurden aufgefordert, ihre genaue Adresse an die Hilfskassirer abzugeben, damit vom 1. April an die Zustellung der „Einigkeit“ pünktlich erfolgen kann.

Verein der Wäsche- und Krabatten-Branche. Am Donnerstag, den 10. d. M., fand eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Dr. Neumann-Friedenau einen ebenso interessanten wie lehrreichen Vortrag über den Bericht der Kommission der Arbeiterstatistik, die Wäsche-Industrie betreffend, hielt.
Eine rege Diskussion, an welcher sich die Kollegen Koopmann, Zink und Stanofsky betheiligten, zeigte, daß die Anwesenden sich vollständig mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten.

Die Stiefmacher beschäftigten sich in der letzten Mitglieder-versammlung am 10. d. M. mit der Regelung des Uebertritts zum Holzarbeiter-Verband. Es wurde eine Liste ausgesetzt, wo diejenigen Mitglieder, die gewillt waren, dem Holzarbeiter-Verband beizutreten, sich einzutragen haben.
Für Mitglieder, die nicht in der Versammlung anwesend sind, liegt eine Liste im Verkehrsstatistik-Büro bei Wiegand, aus. Es wird erucht, die Eintragung bis zum 1. April zu bewerkstelligen, da die Listen an diesem Tage dem Holzarbeiter-Verband übergeben werden.
Ferner wurde einem Kollegen, der wegen einer Unfallsache in Klage steht, seitens des Vereins ein Rechtsbeistand gewährt.

Zu Röpenitz fand am Mittwoch, den 9. März, eine öffentliche Maurerversammlung statt, welche sich mit den Bauplätzen in Wilhelmshagen beschäftigte. Dort haben die Maurer die Forderung von 55 Pf. Stundenlohn und 9 Stunden Arbeitszeit aufgestellt.
Aus dem Bericht des Lohnkommissions-Mitgliedes C. d. e. t. hing hervor, daß 67 Kollegen mit 81 Kindern an der Sperte betheiligt sind; die Haltung der Kollegen sei gut. Herr Oberfel, der bisher 45 bis 47 1/2 Pf. die Stunde Lohn zahlte, hat schon 52 1/2 Pf. und neun Stunden bewilligt. Herr Lebauer hat auch bewilligt.
Archieff Lehmann hat bewilligt, nur will er seinen von den alten Kollegen wieder einstellen. Auf einem Bau sind die Kollegen garnicht zur Arbeitsüberlegung gekommen, der Unternehmer hat sofort bewilligt.
Dann wurde den anwesenden Bauarbeitern aus Herz geleist, für die Forderungen der Maurer kräftig mitzutreten. Die Maurer würden, wenn die Bauarbeiter in eine Bewegung eintreten, dasselbe thun.
Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Versammlung für die Forderungen einzutreten verspricht.

Hummelsburg. Eine außergewöhnlich stark besuchte Volks-versammlung, in welcher der Erlass des Grafen Posadowsky auf der Tagesordnung stand, tagte vergangenes Sonntag Nachmittag bei Plakowitz. Genosse Bud... Stralau unterzog den geheimen Erlass des Herrn Ministers einer eingehenden Kritik.
In einer lebhaften Diskussion wurden noch von mehreren Genossen die Ausführungen des Redners ergänzt, worauf die bekannte Protestresolution einstimmig angenommen wurde.
Nach einem Hinweis, bei der Reichstags- sowie der bevorstehenden Gemeinderaths-Wahl diesen Protest in die That umzusetzen und den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen, wurde die Versammlung geschlossen.

Freie Vereinigung der Gadenfer. Erste, abends 8 1/2 Uhr, Dragonerstr. 15: Versammlung. Vortrag: „Die Kämpfe des baltischen Volkes im Jahre 1848“.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Herausg. J. G. W. Dieck) Verlag) ist soeben das 24. Heft 1-8 im Jahresverlauf erschienen.
Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben:
Zum Gedächtnis der Märzrevolution. — Politische Prosopöpe. Von Ed. Bernheim. — Sozialismus und Terrorismus. Von Professor Karl Pearson (London). — Kritische Besprechung von Dr. Emma Karpovitz (Schluß). — Aus der Revolutionschronik von 1848. — Selbstkritik für die Arbeiterbewegung. — Vorträge für soziale Verbesserung und Statistik.
Das neue Heft dieser von mir in einer Vorrede erläuterten von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen Zeitschrift „Neue Zeit“ (Verlag) hat folgenden Inhalt:
Ebenbürtigkeit. — Zur Revision der von ich in „Ebenbürtigkeit“ von Dr. G. Reich, herausg. in Göttingen. — Zur Geschichte der Hundsjugendfrage in der Schweiz und zur Beurteilung der neuen Gesetzgebung. Von Prof. Dr. G. Hermann in Zürich. — Das Einheitsrecht in den Vereinigten Staaten. Von Prof. Dr. G. W. W. in Chicago. — Selbstkritik: Zehnmal. Die dänische Arbeiterbewegung. — Selbstkritik des Arbeiterführers vom 7. Januar 1898. Von Carl Zapp. — Der Reichstags-Bureau der Stadt Kopenhagen. — Bericht über die Verhinderung der Arbeiter gegen die Folgen von Unfällen in großen Betrieben. — Schluß. — Bericht des Bundeskongresses (Entwurf) über die Arbeiterbewegung, Entwurf, Entwurf und Verkauf von Hundsjugend mit einem Anhang. — Arbeiter: Die Arbeiterbewegung in Belgien während des Jahres 1897 und 1898. Von G. Koenig, Ingenieur in Brüssel. — Die internationale Arbeiterbewegung in den Jahren 1894-1898. Von Prof. Dr. W. von der Voegtli in Basel. — Literatur: Hermann, Dr. Robert. Die Unternehmerröde (Konventionen, Ratselle), ihr Wesen und ihre Bedeutung. Besprochen von Prof. Dr. W. Wenzel in Wien. — Cornil, Georges. L'assurance mutuelle contre le chômage involontaire. Besprochen von Dr. G. Hoffmann in Stuttgart (Schluß). — Wöbling, Prof. Dr. Ernst. Das Armenrecht in Steiermark. Besprochen von Dr. Paul Kollmann, Direktor des baltischen Bureau in Cöpenhagen.

Solide, gut bürgerliche Wohnungen-Einrichtungen billigen Preisen. Bock & Zimmermann, Alexanderstr. 42. Hof 1. u. II. Etage, nahe dem Polizei-Präsidium. Besichtigung auch ohne Kaufzwang erbeten.

Latente Fahrräder. Theilzahlung ohne Preisverhöhung zu den kulantesten Zahlungsbedingungen. Reparatur-Anhalt. Adomeit & Landau, Lohringerstraße 48 I, dicht am Hohenheimer Thor. Lohnende Fabrikationen.

Für 2-3 Mark im Biesenstoffsager. Feuerstein's Festsäle. Alte Jakobstrasse 75. Joh. Martin Herzberg. Große und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. kulantesten Bedingungen.

Möbel-Verkauf. Cranicker, 73. Hof I, in meinem vier Etagen hohen Speichergebäude halte ich in überaus großer Auswahl wohl ganz neue Wohn- u. Geschäftsmöbel sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Preisliste gratis. Täglich Eingang verleiher gewasener und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Verzeichniß mit Abbildungen gratis und franco. 5 1/4 Pf. Brot 50 Pfg. Albrecht's Bäckerei, Drangellstr. 8. Langestr. 26. Goldeneisenstr. 25. Rauscherstr. 2.

Gänsefedern 60 Pf. Goldabfälle. Gold, Silber, Reingold, Treifen, Platin u. Brillanten faust die Scheide-Anhalt Zimmerstr. 32. [44772]

Stempel-Fabrik von Robert Hecht, Berlin S., Cranickerstr. 142. Stempel in bester Ausführung. Betten Dampf-Reinigung nach bestem System, ärztlich empfohlen. Abholen u. Wiederbringen der Betten geschieht auf Verlangen kostenfrei. Berlin, Friedrichstr. 6, Jannowitzbrücke. Vorfestgeschäft, frankheitshalber billig zu verkaufen Kreuzbergstr. 35.

Künstliche Zähne. Material u. Granitwerkzeuge, sichere Fertigung, Umbände halber bill. zu verkaufen. Zu erfragen Weidenbergstr. 151 beim Schlächter. 13465. Wer will viel Geld verdienen, verkaufe bei hoher Provision. Bukow, Invaliden-Strasse 13.

Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister. Harg-Magazin. Berlin NW., Bremerstrasse 67. 2. Geschäft: Thurmstrasse 81. 43972 und Beerdigungs-Comtoir.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Dienstag, den 15. März.  
Opernhaus. Undine. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Königlicher Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Stoll).  
Wachth. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Denkmal. Der Silberpfeil. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Löffing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Coprienne. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Ein gemachter Mann. Anfang 8 Uhr.  
Thalia. Fortunio's Lied. Die Kettenkammer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Belle-Alliance. Geschlossen.  
Luise. Ein Volksfeind. Anfang 8 Uhr.  
Cfend. Unter der Polarform. Anfang 8 Uhr.  
Meidens. Sein Trid. Anfang 8 Uhr.  
Neues. Die Schildkröte. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Goethe. Ein Sommernachts Traum. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Unter der Polarform. Der Opernball. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Friedrich. Wilhelmshäufchen. Die kleinen Bogabunden. Anfang 8 Uhr.  
Alexandropoly. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.  
Nraula. Taubenstraße 48-49. Rotirchndi. Aufstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.  
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntag und Mittwoch) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.  
Passage-Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft. American. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Fest-Balsh. Ethnographische Ausstellung.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr: Ein gemachter Mann.  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Ein gemachter Mann.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Schwanfrau.

**Ostend-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Welsh.  
Gr. Ausstattungsstück! Gr. Novität!  
Sum 29. Male:  
**Unter der Polarsonne.**  
Kühnste Aufstellung mit Gefang u. Tanz in 5 Bildern von G. Sandermann und Chr. Bischoff. Gesangstexte von J. Dill. Musik v. G. Schiller.  
Anfang 8 Uhr.  
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert.  
Morgen und folgende Tage: Unter der Polarsonne.

**Central-Theater**  
Alle Jakobstr. 30.  
Direktion Richard Schnitz.  
Dienstag, den 15. März 1898:  
Benefiz für Herrn Fritz Holmerding.  
Emil Thomas a. W.  
Sum 55. Male:  
**Die Tugendfalle.**  
Barocke Aufstellung in Gefang und Tanz in 4 Bildern unter Benützung eines französischen Sujets von Jul. Freund und W. Mannshardt. Musik von Jul. Gindshofer.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen und die folgenden Tage: Die Tugendfalle.

**Luise-Theater**  
34. Reichensbergerstraße 34.  
Abends 8 1/2 Uhr: Sum ersten Male:  
**Ein Volksfeind.**  
Schauspiel in 5 Akten von S. Wfen. Doktor Stockmann: Julius Turt. Direkte Verbindung mit dem Theater: Elektr. Bahn: Dönhofsplatz-Reichensbergerstraße in 10 Minuten.

**Volks-Theater**  
im Welt-Restaurant  
97. Drebbener-Straße 97.  
Neu! Neu! Neu!  
**Nureddin u. Bereddin!**  
Romische Oper von Richard Thiele. Sensationell!  
**Little Dolf-Gustav**  
- auf dem schlaffen Drahtseil. - Phänomenal!  
**Mr. Willy,**  
Singspiel auf rollender Kugel und Klopophon-Virtuose.  
Im vorderen Saale:  
**Tyroler Sänger Alois Ebner.**

**W. Noack's Theater**  
Brunnen-Straße 10.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
**Gr. Extra-Theatervorstellung Die Erbschleicherin**  
oder: Unser Sabluden.  
Schwank in 4 Akten von C. Paul.  
Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**

**Urania**  
Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlüsse.

**Passage-Panopticum.**  
**Berliner Nachleben**  
Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz.  
Vorher: Theater Variété.

**Castan's Panopticum.**  
Friedrichstr. 165.  
**Neu!!** Indisch-hindustanische Gaukler - und - Schlangen-Beschwörer.  
**Das BÄRENWEIB.**

**Apollo-Theater.**  
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.  
**Heute letztes Auftreten La Loie Fuller.**  
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.  
Morgen Mittwoch, den 16. März: Auftreten der berühmten **Bonhairs-Troupe**

**Neues Olympia-Theater.**  
(Circus Renz.) Karlstrasse.  
**Bolossy Kiralfy's Konstantinopel**  
mit dem sensationellen Feuer- und Flammentanz ausgeführt nicht von einer Person, sondern vom gesammten Ballet-Personal.  
ca. 1000 Mitwirkende, sowie das neue kolossale **Spezialitäten-Programm.**  
**Wiederauftreten** von **The jolly british girls.**  
Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst.  
Nachm. 1 Kind frei.

**Maehr's Theater**  
Oranien-Straße 24.  
Täglich:  
**Theater und Spezialitäten.**  
**Novitäten-Programm.**  
Der Raubmörder. | Sie kennen sich.  
Schwank. | Hofe.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 8 Uhr.  
Avis! Donnerstag, den 24. März: Grosse Gala-Benefiz-Vorstellung für den beliebtesten Konzertsänger **Franz Romberg.**

**Feen-Palast**  
Burgstrasse 22.  
**Wiener Zoologisch. Garten**  
**Aschanti-Dorf**  
**Javaner-Dorf**  
Geöffnet von 11-10 Uhr.  
Vorstellungen abends 7-9. Entree 50 Pf.  
Kinder und Militär 25 Pf.

**Nur noch kurze Zeit! Circus Busch**  
(Bahnhof Börse).  
Dienstag, den 15. März 1898.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Abend.**

**Amateur-Konkurrenz-Beiten.**  
Der drei Mal die Woche stehend auf dem Pferde untreitet, erhält eine Prämie von 50 Mk. Kavallerie zu Fuß, höchst komisches Intermezzo. Die vorzähl. Freiheitsdresur des Dr. Guld. Die Gille-Kröbuden Gebr. Borghetti. Die großartigen Springschönens Klipp und Tipp. Große Schil-quadrille à la Russetter.  
**Zaragoza.**  
Zweikampf d. andalusischen Barateros. Die rasende Fahrt in einem spanischen Raufführer-Bierzug. Der einzig da stehende grüne Akt in weißl. Fanfaren-schlägen u. Wiesen-Ballett etc.  
Morgen 7 1/2 Uhr: Sobros equestre.  
Künstliche Zähne, Plombiren etc. C. Geddeke, Streifenstr. 62.

**Reichshallen-Theater.**  
Leipzigerstrasse 77.  
Noch nie dagewesener durchschlagender Erfolg sämtlicher Kunstkräfte.  
**Karl Wilhelm,**  
Original-Humorist.  
**Corty und Rottlé.**  
Christina's Affen-Circus.  
Span. Trio Bernal.  
Anton Sattler.  
Ein ruhiges Zimmer zu vermieten. (Pantomime) u. a. w.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Reichshallen-Tunnel:**  
**2 vorzügliche Kapellen.**  
Mittwoch und Sonnabend) **Bockbierfest.**

**Quarg's Vaudeville-Theater**  
Grand Hotel Alexanderplatz.  
**Der Lumpenball.**  
Barocke in 2 Bildern.  
Die zweite Frau! Schwanz.  
Hervorragende Spezialitäten.  
Anton Sattler u. a. w.  
Anfang 8 Uhr. - Entree 15 Pf.  
Avis! Jeden Mittwoch während und nach der Vorstellung grosse **Ballmusik.**  
In Vorbereitung: Der Mord am Alexanderplatz und König Heinrich (Pöffen).

**Alcazar-Theater.**  
Drebbenerstraße 52/53 (City-Passage) Kienstrasse 42/43.  
Direktion: Richard Winkler.  
Ab 1. März 1898:  
Türdweg neues Programm.  
Neues Personal. Neue Spezialitäten.  
Hans und Clara Carno. Mary Mann. Anton Hübner. Helene Berner. Karl Müller. Betty Frey. Estelle Klond. Adolf Wolff. Familie Reusch (4 Personen).  
Die kleine Handschuhmacherin. Charakterbild mit Gefang in 1 Akt.  
Die erste Todte. Schwank in 1 Akt.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 9 1/2 Uhr.  
Entree 50 Pf. Meiserviz. Platz 50 Pf.  
Die für den Feen-Balsh ausgedehnten Ehren- und Freikarten haben Gültigkeit.

**I. Original Budapester**  
Possen- und Operetten-Theater  
**Kaufmann's Variété.**  
Direktion: Anton und Donat Hornfeld.  
**Hauptschlager der Saison: Von Dreien**  
der **Glücklichste**  
das originellste, lustigste und eigenartigste der Gebr. Hornfeld'schen Schöpfungen  
Ausserdem das grossartige Spezialitäten-Ensemble.  
Vorverkauf von 11-5 Uhr.

**Concerthaus**  
Leipzigerstr. No. 48  
Täglich:  
**Hoffmann's Quartett**  
und Humoristen.  
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr.  
**In Zossen.**  
Fortsetzung von: Alle 5 Barrisond.

**Böhmisches Brauhaus**  
Landsberger Allee.  
Gente, sowie jeden Dienstag:  
**Stettiner Sänger**  
(Wieschl, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Böhl, Schneider und Schrader.)  
  
Anfang 8 Uhr.  
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Sumpfhühner, Entende v. Meyfel.  
Freitag: Victoria-Brauerei.

**Konzert-Sanssouei**  
Kottbuser Straße Nr. 4a.  
Direktion: D. Bierry.  
Eine Stunde Kaiser von Cesterreich. Lustspiel in 1 Akt.  
Spezialitäten nur ersten Ranges.  
Eign. Pedro mit seinen vorzüglich dreifachen Hunden.  
Tim & Tom, die lustigen Chinesen.  
Frl. Marion, Koffin-Soubrette.  
Herr Rose, Salon-Humorist.  
Entree 30 Pf.  
Anf. d. Konz. 7 Uhr. Vorst. 8 Uhr.  
Passpartouts gelten.  
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.  
**Singvögeln.**  
Wiedererpielt in 1 Akt.

**Direct von Aachen!**  
weltberühmt durch fast auf allen Ausstellungen prämierte Tuche liefern wir zu **hervorragend niedrigen Preisen Herren-Anzug- u. Paletotstoffe** von einfachst. bis feinsten in reeller Waare. **Vorzügl. erstklassige** Musterauswahl senden Jedem franco ohne Kaufzwang. **Weit über 1000 ehrende Anerkennungs-schreiben** beweisen unsere **tedellose** Lieferung. Die Zahl der uns allein im Jahre 1897 durch uns **geschmackvollen, gediegenen Tuche** und **billigen Preise** erworbenen **neuen Kunden** **11860** **Diese Zahl kann nicht angezweifelt werden, beträgt** **11860** **da sie sich durch unsere Bücher ergibt!!** **uns seit 1893 bekannte und beliebte Spezialität** **wird in schwarz, blau, braun geliefert und kostet** **3 Mtr. zum godiogenen Anzuge 12 Mark.**  
**Monopol-Cheviot**  
Zahlreiche Empfehlungen. Garantie für reine Wolle, echte Farbe!  
**Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen Nr. 78.** Man bittet genau zu adressiren.

Wo Waschfrau'n sich geschäftig regen,  
Da sagen sie: Es ist ein Segen,  
Dass man ein solches Fabrikat  
Wie **Carol Weil's Extract** jetzt hat!

**Erste Acetylen-Fachausstellung Berlin**  
am Stadtbahnhof Savigny-Platz  
geöffnet von 1-10 Uhr nachmittags.  
**Bereinen und Gesellschaften** empfehle mein auf das beste renovirte Pofol, Saal und Kahliger Garten mit Theaterbühne, 2000 Personen fassend, zu Sommerfestlichkeiten jeder Art jeden Tag sowie auch Sonntag.  
**Julius Wernau, Gastwirth, Schwedterstr. 23/24.** Fernsprecher.

**Konkurs-Ausverkauf!**  
Das Georg Kuhn'sche Konkurswaaren-Lager,  
Rosenthalerstraße 18,  
bestehend in **Beleuchtungs-Artikeln** in echten Kristall- und Bronzefronen, Hänge- und Tischlampen, Ampeln, Leuchten, Wiegenschalen, Dezimalwaagen, für Labengehäste Petroleum-Verkaufsapparate und Milchfäße,  
ferner **Glas-, Porzellan- und Emaille-Waaren,** sowie **sämtliche Haus- u. Küchengeräthe** wird **täglich von 9-1 Uhr** und **Freitag von 3-8 Uhr** zu **enorm billigen Preisen** **ausverkauft.**

**Mechaniker-Kittel und blaue Körper-Anzüge** gut und billig in der Fabrik **C. Flach & Co., Köpckeckerstr. III, Hof part.**  
**A. Schulz,**  
**Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik**  
gegründet 1878  
**Reichenberger Strasse 5,**  
zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse. 41930\*  
Sehr grosses Lager  
**Bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen**  
in Nussbaum u. Mahagoni v. 240, 300, 400, 500, 600, 800-10 000 M.  
in nur anerkannt godiogener Ausführung. T. A. IV. No. 2395.

**B. Günzel, Lothringerstr. 52.** Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Vassalle, Mary etc. in Cigarrenstippen, Weissen, Kadeln, Drachen, Knöpfen, Hüften Bildern u. dgl. sowie jede Drehschneiderei u. Reparatur. (Man verl. Preisrichter.)  
**Türkis- und Opalschmucks**  
zur Einsegnung  
sowie alle Arten Schmuck in **Gold, Gold-doublé und Silber mit Korallen, Granaten** und allen Farbstainen in den geschmackvollsten Mustern, ferner **Goldene und silberne Herren- und Damen-Uhren**  
empfiehlt 4639L\*  
**Max Busse,**  
**Uhren- und Goldwaarenhandlung,**  
Berlin N., Brunnenstrasse 175.

**Grosser Möbelverkauf.** Neue Schönhauserstr. 2 (früher Rosenhallerstr. 13)  
liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Lager gebrauchter und verlegener gewesener Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Werkstatt. Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb. (4439L\*)

**Für 36 Mark**  
fertige feine Anzüge nach Waach, für 30 M. ff. Sommerpaletots nach Waach, für 8-12 M. feine Hosen nach Waach.  
**Biesenstofflager**  
Krausenstr. 14, I, kein Laden.  
**Naturbutter** 10 Pfd. Co., Fr. 5,75  
3,80 M. Jozes Nr. 1. Probuzina.  
Galtzien. 12085

**Sophastoffe**  
auch **Reste**  
in Nuss, Damast, Crépe, Phantase, Gobelin und Plaid **portbillig!** 40250\*  
**Proben franko!**  
in allen Quantitäten zu Fabrikpreisen.  
**Emil Lefèvre,** Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Grüner Weg 80  
**Großer Ausverkauf**  
in **Gardinen**  
und 4749L\*  
**Resten**  
Allerer Muster in weiß und crème, zu 1-4 Fensteru postend, **portbillig** in dem **Gardinenfabrik-Lager von Bruno Güther,** aus Plauen in Sachsen, Berlin O., Grüner Weg 80 part. Eingang vom Fluss (kein Laden). Neuheiten treffen täglich ein. Proben nach außerhalb portofrei.  
Grüner Weg 80

**Album- u. Lederwaaren-Fabrik**  
**Oskar Gundau, Oranien-Str. 30.**  
Gute Kvalitätswaare.  
Großes Lager aller Arten Lederwaaren und Schmuckwaaren zu billigen Preisen.  
In **Zimmer** **2,75 Mark,** in **Leder** **1,25 Mark** in größter Auswahl

Was ist die:  
**Original-Löwenbitter**  
Das beste für den Magen.  
In Flaschen **à 0,60, 1,10 u. 1,80.**  
Wie im Kaufhaus überall zu haben.  
Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen.  
**R. F. Mittelstädt**  
Weinhandlung und Bier-Fabrik N., Brunnenstr. 152.

**Möbel**  
verleihen gewesene und neue, stannend billig, Theilzahlung gestattet. Beamteten ohne Anzahlung. 40550\*  
**Neue Königstr. 59**  
u. **Gneisenaustr. 15.**  
**Möbel.**  
Passende Gelegenheit für Beamteten. Schönerstr. 2 sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, gebrauchte und neue Möbel zu sehr billigen Preisen verkauft werden. Einrichtungen schon von 150 bis 300 M., bodenrichtig 500 bis 2000 M., Nussbaum- und Mahagoni-Biederer, Betticow 35, Bettstellen, Federboden, Kellern 25, Sophas 25, Tische 8, Stühle 3, Spiegel 10, Küchenstühle 10, Pianos 80, Trumeaus 50, Koulissen-tische, Buffets, Salonarmaturen 75 an, Schreibische, Garderobenständer, Chaiselongues. Niemand sollte veräumen, wer gut u. reell kaufen will, durch Benützung meiner Möbel von der Billigkeit sich zu überzeugen. Theilzahl. gestattet.